

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien**

11. Sitzung  
7. September 2022

Beginn: 09.30 Uhr  
Schluss: 13.23 Uhr  
Vorsitz: Derya Çağlar (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht aus der Senatskanzlei**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Wir kommen zu

### Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0031](#)  
EnBuMe  
**Sachstand der Aufklärung der Vorgänge im RBB  
und mögliche Konsequenzen für die Novellierung  
des Medienstaatsvertrags**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die  
Linke und der Fraktion der FDP)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0030](#)  
EnBuMe  
**Der RBB in der Krise – Offene Fragen an die  
Leitung und Zukunft des Medienhauses**  
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

#### Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich ganz herzlich in alphabetischer Reihenfolge Herrn Steffen Grimberg, Vorstandsvorsitzender vom Deutschen Journalisten-Verband Berlin-Brandenburg, der sich ein paar Minuten verspäten wird. Er hat sich entschuldigt, keine Sorge, er kommt gleich. Dann begrüßen wir Frau Dorette König, amtierende Vorsitzende des Verwaltungsrats für den RBB, Herrn Christoph Reinhardt, Vorsitzender der Freienvertretung im RBB, und Herrn Dr. Jan Schulte-Kellinghaus, Programmdirektor und geschäftsführender Intendant des RBB. Ihnen allen herzlich willkommen! Schön, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Vielen Dank!

Ich stelle fest, dass Sie mit den Liveübertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen der Presse einverstanden sind. Dann darf ich darauf hinweisen, dass Frau König aufgrund weiterer Verpflichtungen heute nur bis 12 Uhr anwesend sein kann und wir die Fragen an sie entsprechend so schnell wie möglich stellen, damit wir unsere Antworten bekommen. Ich gehe davon aus, dass ein Wortprotokoll gewünscht wird. – Ich sehe Nicken.

Wer möchte den Besprechungsbedarf zu Tagesordnungspunkt 3 a begründen? – Frau Kühnemann-Grunow aus der SPD-Fraktion.

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die aktuellen Entwicklungen beim RBB in der Sommerpause haben die Änderung der Tagesordnung heute notwendig gemacht. Die Vorsitzende ist bereits darauf eingegangen. Auch wenn das Gebot der Staatsferne gilt, das uns als Politik eine Einmischung in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verbietet, haben wir inzwischen einen Tiefpunkt erreicht, der es doch dringend macht, dass wir hier miteinander zum einen aufklären, aber dass wir hier auch miteinander diskutieren, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Gerade in heutigen Zeiten brauchen wir einen handlungsfähigen, technisch modernen, hochqualitativen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der eine solide Berichterstattung macht, gegen Desinformationen, gegen Allmachtsphantasien und vor allen auch gegen Übergriffe von politischer Seite.

Ich will noch mal deutlich machen, dass wir hier an der Seite des RBB und auch der Mitarbeitenden stehen. Ich glaube, dass wir ganz dringend den öffentlich-rechtlichen Rundfunk miteinander reformieren müssen. Gerade bei den Gehältern, die jetzt zutage getreten sind, braucht es eine größtmögliche Transparenz. Das gebührenfinanzierte System muss besonders hohe Standards im Bereich Compliance haben. Hier muss Transparenz herrschen. Ich kann nur dringend appellieren, dass es uns gemeinsam gelingt, das Vertrauen der Beitragszahlerinnen und -zahler wiederzuerlangen.

Deshalb wollen wir heute einesteils aufklären, und wir werden unsere Fragen stellen, wir wollen aber auch nach vorne diskutieren. Wir wollen gemeinsam eruieren, welche Konsequenzen wir als Politik ziehen müssen, wenn es beispielsweise darum geht, Staatsverträge zu novellieren. Das Signal an die Mitarbeitenden ist, glaube ich, auch noch mal ganz wichtig. Es kann nicht sein, dass Millionen für Boni und ineffiziente Verwaltungen ausgegeben werden. Uns ist wichtig, dass wir den Sender stärken, wenn es darum geht, die Qualität der Berichterstattung zu stärken. Darauf wollen wir den Fokus legen. Deshalb haben wir diesen Tagesordnungspunkt heute auf die Tagesordnung gesetzt. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Herzlichen Dank! – Gibt es eine Begründung von der AfD-Fraktion zu TOP 3 b? – Sie haben das Wort!

**Ronald Gläser (AfD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte mich nahtlos anschließen. Wir haben hier im Ausschuss in der Vergangenheit erlebt, dass unsere Kritikpunkte am öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Allgemeinen und beim RBB im Speziellen als lästig, müßig und auch als ärgerlich bezeichnet worden sind. Nun ja. Patricia Schlesinger ist mehrfach hier gewesen und hat uns Rede und Antwort gestanden. Unter anderem habe ich sie 2018 auf der Grundlage des Rechnungshofberichts zu den Gehaltsstrukturen beim RBB, auch zu Bonusregelungen und hohen Gehältern, befragt. Genau damals kam leider auch von den anderen Fraktionen die Reaktion, darüber müssen wir jetzt hier gar nicht reden. Frau Schlesinger hat damals sehr souverän, aber auch ausweichend geantwortet. Jetzt sehen wir, dass wir ein etwas größeres Ausmaß haben, das wir vielleicht nicht gehabt hätten, wenn wir uns früher damit beschäftigt hätten.

Ich bin aber dagegen, dass wir jetzt Patricia Schlesinger zum alleinigen Sündenbock dieser Angelegenheit erklären. Wenn wir uns mit den Vorgängen beim RBB beschäftigen, kann es jetzt nicht so sein, dass alle mit dem Finger auf sie zeigen und sagen, die ist schuld, und jetzt machen wir weiter so. Wir müssen dieses öffentlich-rechtliche Rundfunksystem grundsätzlich überarbeiten. Aus unserer Sicht gibt es hier eine ganze Menge Klärungsbedarf, der weit über individuelles Fehlverhalten der Intendantin hinausgeht. Deswegen freue ich mich, dass Sie heute da sind und dass ich Ihnen Fragen stellen kann. Ich habe eine ganze Menge davon. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank! – Dann gibt es, glaube ich, eine einleitende Stellungnahme aus dem Senat dazu. – Herr Dr. Fischer, Sie haben das Wort!

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKZl):** Vielen herzlichen Dank für die Gelegenheit, am Anfang noch mal kurz aus der Sicht des Berliner Senats Stellung zu nehmen. Ich will vorwegschicken, dass für den Berliner Senat der öffentlich-rechtliche Rundfunk natürlich eine wichtige Stütze des öffentlichen Gemeinwesens ist, dass insbesondere die gemeinsame Rundfunk-

anstalt Berlin-Brandenburg von besonderer Bedeutung ist und wir alles dafür tun werden, diese Rundfunkanstalt zu stützen und in geordnete Fahrwasser zu bringen.

Wir begrüßen sehr, dass die umfangliche Aufklärung der Vorwürfe gegen den RBB und die ehemalige Intendantin jetzt deutlich Fahrt aufgenommen hat. Wir sind uns aber auch darüber im Klaren, dass die gesellschaftliche Wahrnehmung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks davon abhängt, wie schnell und mit wie viel Deutlichkeit die Aufklärung in den kommenden Wochen und Monaten geschehen wird. Wie Sie alle wissen, haben wir durch die grundgesetzlich normierte Rundfunkfreiheit und die durch das Bundesverfassungsgericht weiter ausgelegte Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine gewisse Distanz zu den Vorgängen, die sich innerhalb des RBB abspielen, zu wahren. Wir haben es als Berliner Senat in den vergangenen Wochen und Monaten so gehalten, dass wir ein Grundvertrauen in die Gremien des RBB – den Rundfunkrat, den Verwaltungsrat – haben, die Vorwürfe, die dort im Raum stehen, auch aufzuklären. Unabhängig davon haben der Staat, die Länder Berlin und Brandenburg, mit ihrer subsidiären Rechtsaufsicht auch eine Pflicht, darauf zu schauen, dass die Dinge, die die Gremien untereinander und miteinander behandeln, in geordneten Bahnen ablaufen.

Deswegen sind wir seit Beginn der Vorwürfe und der Geschehnisse rund um den RBB in stetem Kontakt mit der Staatskanzlei in Potsdam und üben diese Rechtsaufsicht aus. Wir haben direkt zu Beginn der Vorwürfe gemeinsam einen Fragenkatalog abgestimmt, der an die Intendantin geschickt wurde und auch beantwortet wurde. Wir haben vor wenigen Wochen dem Verwaltungsrat und dem Rundfunkrat ermöglicht, im Rahmen unserer Rechtsaufsicht gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen in Brandenburg jetzt ein Verfahren für die Wahl einer Interimsintendantin zu finden, denn das ist, glaube ich, ein wichtiger Schritt, um für die Zeit, bis wir ein reguläres, formales Verfahren zur Findung einer Intendantin haben, gut überbrücken zu können. Ich will damit sagen, wir werden als Berliner Senat unserer Rolle mit der notwendigen Distanz und Nichteinmischung in die Binnenverhältnisse des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an diesem Punkt gerecht.

Abschließend: Wir sehen unsere Aufgabe natürlich vor allem darin, jetzt die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Ähnliches nicht wieder geschieht, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, insbesondere den RBB, stabilisieren. Dafür ist eine Änderung des Staatsvertrags notwendig. Sie alle haben von uns eine erste Entwurfsfassung bereits vor der Sommerpause bekommen. Dort waren die Vorwürfe noch nicht bekannt. Ich will dennoch sagen, wir haben mit dem Erstentwurf schon einige Dinge antizipiert, von denen wir es für richtig halten, dass sie in Zukunft wahrgenommen werden. Ich will ein Beispiel nennen, das sind die erweiterten Prüfungsmöglichkeiten des Landesrechnungshofs gegenüber dem RBB. Das hat sich jetzt im Nachhinein, aus meiner Sicht zumindest, als richtigen und wichtigen Schritt erwiesen. Was wir jetzt in den kommenden Monaten tun werden, ist auch noch mal, eine Überarbeitung der Novellierung des Staatsvertrags vorzulegen, um auf die Geschehnisse zu reagieren und wesentliche Rückschlüsse zu ziehen, zu denen wir gemeinsam am Ende noch mal kommen werden.

Dabei will ich es für den Moment belassen. Wir werden sicherlich im Anschluss noch mal über die Schlussfolgerungen aus den Ereignissen sprechen.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank! – Dann gehen wir schon direkt in die Anhörung. Ich würde in der umgekehrten Reihenfolge anfangen. Herr Dr. Jan Schulte-Kellinghaus, Ihnen würde ich das Wort geben. Vorher möchte ich noch kurz ankündigen – wir hatten das vorher schon abgesprochen –, dass jeder ungefähr fünf Minuten für sein Eingangsstatement hat, so dass wir dann in die Fragerunde gehen können. – Sie haben das Wort, Herr Schulte-Kellinghaus!

**Dr. Jan Schulte-Kellinghaus** (Rundfunk Berlin-Brandenburg RBB, Programmdirektor und geschäftsführender Intendant): Herzlichen Dank, dass Sie mich eingeladen haben. Ich bin gerne hier. Ich bin mir gar nicht so sicher, wie weit ich ausholen muss, weil man natürlich viel länger als fünf Minuten über all das sprechen kann, was in den letzten Monaten im und mit dem RBB passiert ist. Ich will Ihnen vielleicht meinen direkten Eindruck aus den letzten zweieinhalb Wochen schildern. Seit dem 22. August bin ich verantwortlich für den RBB, Hagen Brandstätter ist krank. Es hat tatsächlich einen Tag lang gedauert, bis wir realisiert haben, dass es jetzt einen Nachfolger des Stellvertreters geben muss, weil wir der Hoffnung waren, schon in dieser Woche würde ein Interimsintendant oder eine Interimsintendantin gewählt. Wir haben in der Geschäftsleitung gesagt, jetzt kommt es auf die zwei Tage auch nicht mehr an; kommt es aber natürlich doch.

Die Geschäftsordnung des RBB legt fest, dass der dienstälteste Direktor dann in die Verantwortung tritt. Deshalb habe ich diese Verantwortung seit zweieinhalb Wochen und habe mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsleitung besprochen, auch mit Frau König, dass wir jetzt mit der größtmöglichen Aufklärung rangehen. Denn natürlich ist ganz viel Vertrauen zu Bruch gegangen, sowohl nach außen in der Wahrnehmung des RBB, auch das Vertrauen der Beitragszahler, aber – das ist für mich ein mindestens genauso großes Problem im Augenblick – auch das Vertrauen der Belegschaft in die Führung des RBB ist massiv gestört. Deshalb haben wir gesagt, wir können jetzt nichts anderes machen, und das ist unsere Hauptaufgabe, als aufzuklären, soweit das geht. Dazu gehört auch – das muss ich Ihnen auch hier sagen –, dass wir in einem kommunikativen Bermudadreieck sind. Denn es ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft bei uns im Hause, und die legt natürlich Wert darauf, dass wir weder sagen, was sie untersuchen, noch dass sie untersuchen. Das heißt, wir sind an bestimmten Stellen einfach gebeten, keine weiteren Details zu sagen. Wir haben die Compliancekanzlei Lutz|Abel, die im Auftrag des Verwaltungsrats und unserer Compliancebeauftragten die Vorwürfe untersucht, die wir auch nicht in ihren Untersuchungen behindern wollen und können. Natürlich haben wir, sobald es um Verträge geht, Verschwiegenheitsverpflichtungen, Datenschutz, Persönlichkeitsrechte und sind von daher auch beschränkt in bestimmten Formen der Aufklärung und Transparenz. Wir haben über 100 Presseanfragen, von denen aus all diesen Gründen keine einfach zu beantworten ist. Dazwischen bewegen wir uns. Wir bemühen uns aber, möglichst deutlich aufzuklären.

Drei wesentliche Punkte haben die letzten zwei Wochen bestimmt. Einmal war es die Aufarbeitung der Leistungsprämie, auch Boni genannt. Die haben wir jetzt gemeinsam mit dem Verwaltungsrat abgeschafft. Das heißt, es wird in Neuverträgen nicht mehr so ein Leistungsmodell geben, und die Personalabteilung entwickelt jetzt Vorschläge, wie wir mit den aktuellen Verträgen umgehen. Das sind natürlich alles Einzelverträge, das muss einzeln mit den Kolleginnen und Kollegen verhandelt werden. Wir sind aber entschlossen, dass das Modell nicht zur öffentlich-rechtlichen Verfasstheit passt und dass wir das deshalb nicht mehr haben wollen.

Wir haben uns mit dem Wirtschaftsplan 2023 beschäftigt, denn auch das ist wichtig. Auch in der Krise stellen sich natürlich den Kolleginnen und Kollegen ganz existenzielle Fragen. Nachdem die ARD zeitweise ihre Solidarität aufgekündigt hat, kamen sofort Fragen auf: Werden denn unsere Gehälter noch gezahlt? – Es war also wichtig, dass wir uns mit dem Wirtschaftsplan für 2023 beschäftigen und sagen: Ja, der ist safe. Macht euch jetzt erst mal keine Sorgen um die nahe Zukunft.

Das dritte große Thema waren die Aufarbeitung und das Zusammentragen allen Wissens über das digitale Medienhaus. Das haben wir in einer sechsstündigen Verwaltungsratssitzung vorgestellt und sehr kritisch besprochen. Das haben wir in einer Belegschaftsschaltung vorgestellt, die für mich sehr unschön war, haben es aber auch ausführlich besprochen. Das wird ja sicher auch heute noch mal Gegenstand der Beratungen sein. Deshalb nur die eine Botschaft: Es sind keine Kredite aufgenommen worden. Es ist noch kein Bauauftrag erteilt worden. Es sind Planungskosten in Höhe von 6,6 Millionen Euro entstanden. Darüber hinaus haben wir, die neue Führung, alle Möglichkeiten, zu sagen, das Projekt wird beendet, anders fortgesetzt, oder wir setzen ein neues Projekt auf. – Das nur mal in Kürze.

Es sind natürlich noch ganz viele andere Themen, die jetzt angegangen werden müssen, von Compliance über eine andere Art der Partizipation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das große Thema bestandsgeschützte Kameraleute und deren Einsatz im Programm. Es sind also noch ganz viele Themen, die jetzt bearbeitet werden müssen. Es ist extrem wichtig, dass jetzt jemand von außen kommt, der mit den ganzen Vorgängen bisher nichts zu tun hat und diese Themen gemeinsam mit uns bzw. mit der Belegschaft angeht. Deshalb freue ich mich sehr – dafür hat Frau König sehr gekämpft –, dass es heute im Rundfunkrat möglicherweise eine Wahl einer neuen Interimsintendantin geben wird. Das ist für uns ein ganz wichtiger Neustart, weil wir jemanden brauchen, der von außen kommt und mit den Vorwürfen bisher nichts zu tun hatte.

Wenn Sie mir eine Perspektive noch gestatten: In all dem Schlimmen gibt es aber auch etwas Gutes. Man sieht nämlich die journalistische Unabhängigkeit der Kolleginnen und Kollegen, die bei uns arbeiten. Mich hat das sehr beeindruckt, wie schnell und entschlossen sich das Rechercheteam gegründet hat und wie – ich will mal sagen – gnadenlos die ihrem Arbeitgeber gegenüber sind. Das ist gut und richtig. Das zeigt, dass wir unabhängig in alle Richtungen recherchieren. Das war auch für mich ein tolles Signal, dass wir so organisiert sind und auch so tolle Kollegen haben, die das machen. Ich glaube, in der Gesamtsituation, in der der RBB jetzt ist, weil so viele Grundsatzfragen gestellt werden, ist meine Hoffnung, dass wir in zwei Jahren ein ganz anders geführtes, ein partizipativer geführtes, modernes Medienunternehmen sind. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Schulte-Kellinghaus! – Dann hat Herr Reinhardt das Wort!

**Christoph Reinhardt** (Vorsitzender Freienvertretung im RBB): Vielen Dank für die Einladung! Für mich ist es immer ein bisschen was Besonderes, weil hier normalerweise mein journalistischer Arbeitsplatz ist und ich zuhöre. Aber wenn Sie mich jetzt fragen, mache ich das sehr gerne. Ich knüpfe – nicht ganz so gerne – an Herrn Schulte-Kellinghaus an. Das Vertrauen, auch der Belegschaft, ist zerbrochen. Wir stehen vor einem Scherbenhaufen.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Herr Reinhardt, entschuldigen Sie, können Sie das Mikro etwas näher an sich ziehen?

**Christoph Reinhardt** (Vorsitzender Freienvertretung im RBB): So ist es hoffentlich besser.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Ja, vielen Dank!

**Christoph Reinhardt** (Vorsitzender Freienvertretung im RBB): Wir in der Freienvertretung fragen uns natürlich auch, wie es passieren konnte, dass das Vertrauen, nicht nur für Frau Schlesinger und ihre unmittelbaren Vertrauten in der Geschäftsleitung, sondern für die ganze Führungsriege so zusammengebrochen, implodiert ist. All diese Fragen, was da an Complianceverfehlungen gewesen ist, ob das rechtlich in Ordnung war, wie das mit dem Medienhaus war, sind hoffentlich Fragen, die die Anwälte aufklären können. Für uns ist das Vertrauensproblem die zentrale Frage.

Wenn man die Frage schon so stellt, liegt die Antwort ein bisschen auch schon drin. Wie konnte es zu dieser Implosion kommen? Na ja, weil die Basis vorher so stark nicht gewesen sein wird. Das ist dann auch die Frage, die – ja, wir sind staatsfern und müssen es sein – auch hierher gehört.

Wie stark war die Belegschaft mit der Geschäftsleitung verbunden? – Wer sich ein bisschen im RBB auskennt, wird feststellen, dass dieses große Unternehmen mit 3 500 Mitarbeitern, vielleicht sind es sogar ein bisschen mehr, in mehrere Teile gespalten ist. Es gibt Bereiche, die total entkoppelt sind. Ich bin zwei Wochen im Monat unterwegs in einem System, das wir Sender nennen, das sind Redaktion, Produktion, Schaltungen, Liveberichterstattungen. Das hat eigene Gesetze. Dann gibt es noch einen zweiten Teil, da bin ich auch zwei Wochen im Monat, als freigestellter Freienvertreter, tätig. Das ist eine Behörde. Da gilt das Bundespersonalvertretungsgesetz, da gibt es Mitbestimmung, Mitwirkung, Bonussysteme, Führungskräfte. Diese beiden Systeme sind, freundlich gesagt, entkoppelt, oder man kann sagen, Schisma, eine Trennung in oben und unten. Das ist jetzt nicht mit Frau Schlesinger gekommen. Natürlich hat es sich in den letzten Jahren weiterentwickelt.

Es gibt eigentlich ein System, um diese beiden Systeme zu koppeln, das nennt sich Personalvertretung, zum Beispiel die Freienvertretung. Ich bin jetzt ziemlich genau acht Jahre in diesem Amt als Vorsitzender der Freienvertretung zusammen mit Frau Bednarek und insgesamt sieben arbeitnehmerähnlichen Freien, die in diesem Gremium dafür sorgen sollen, dass die Stimme der Belegschaft in der Geschäftsleitung gehört wird. Es gibt auch den Personalrat, der dasselbe mit deutlich mehr Rechten, deutlich mehr Personal und deutlich mehr Möglichkeiten für die Angestellten tun soll. Aber natürlich ist es ein Konstruktionsproblem, wenn zwei so große Gruppen – 1 500 Arbeitnehmerähnliche, etwas mehr als 2 000 Angestellte – durch zwei verschiedene Gremien vertreten werden, die sehr unterschiedlich ausgestattet sind. Ich bin ja nicht zum ersten Mal in diesem Ausschuss. Die, die dem Ausschuss schon länger angehören, wissen, dass dieses Thema Freien- und Personalrat uns schon viele Jahre bewegt, mich seit mindestens 2013. Es ist immer noch ein ungelöstes Problem. Ich bin sehr froh über den Entwurf des Staatsvertrags, der sich an der Stelle Freienvertretung und Personalrat positioniert hat. Das ist eine gute Lösung, auch wenn der DJV eine noch bessere Lösung hat. Das werden Sie diskutieren. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, wird aber dieses Grundproblem, das wir haben, nicht lösen.

Denn auch wenn die Freien mal durch den Personalrat vertreten sein werden – sagen wir, ab 2024 –, ist die Möglichkeit, die der Personalrat hat, sich in den relevanten Gremien des RBB einzubringen, zu schwach. Wir sind staatsfern, sind aber auch nicht so was wie Universitäten, die sich autonom selber verwalten können, sondern wir brauchen den Input der gesellschaftlich relevanten Gruppen der Öffentlichkeit, unseres Publikums. Es gibt den Rundfunkrat, in den Leute von den relevanten Gruppen entsandt werden, nicht immer nach Fachkenntnis ausgewählt, aber so ist es eben, wenn die Leute, die Gesellschaft, vertreten werden sollen. Da sitzen auch zwei Leute aus dem Personalrat drin, die den Sender kennen sollen. Aber natürlich sind zwei Menschen, die 3 500 Beschäftigte repräsentieren sollen und auch nur den Ausblick für die angestellte Welt haben können, nicht ausreichend. Da sind auch Sie gefragt. Sie sind ja mit dem Staatsvertrag dafür zuständig, wer im Rundfunkrat vertreten ist. Es müssen mehr Beschäftigtenvertreter rein. Der Verwaltungsrat wird wiederum vom Rundfunkrat gewählt. Auch da ist der Personalrat vertreten, mit Frau Jauer, davor mit Frau Matthews usw.



Ich hatte mir vorgestellt, das ist das Kontrollgremium, und da kann auch der Personalrat – – Das ist vertraulich, und darum erfahren wir nicht so viel davon. Da sind alle Zahlen auf dem Tisch und zu hören: Nein, da sind nicht alle Zahlen auf dem Tisch. Es trifft sich vorher eine Gruppe, die alles abspricht. Dann kommen die Rechtsaufsicht und die Personalvertretung dazu. Dann wird abgestimmt, und das war es mehr oder weniger. Frau König kann das sicherlich besser beschreiben als ich jetzt vom Hörensagen. Es war sehr befremdlich, das zu hören.

Die Belegschaft hat ja ein intrinsisches oder egoistisches Motiv zu kontrollieren. Die Belegschaft kennt sich auch aus. Die 3 500, zusammengenommen, wissen alles, was im Sender passiert. Das Problem ist, das zu kanalisieren. Die Leute, die vom Rundfunkrat entsandt werden, wissen erst mal nichts und müssen sich das berichten lassen, in erster Linie durch die Geschäftsleitung. Es braucht dieses Korrektiv der Belegschaft. Das ist meine Werbung. Der Verwaltungsrat muss paritätisch besetzt sein, sodass die Belegschaft Gewicht darin hat, dass wir von der Belegschaft Augenhöhe haben. Das ist nicht so. Der Redaktionsausschuss – habe ich noch gar nicht erwähnt, aber er ist für die journalistischen Kollegen ein sehr wichtiges Gremium, wo die Rundfunkfreiheitsfragen besprochen werden – hat darauf aufmerksam gemacht, dass da wohl Aufträge gestückelt worden sind, und ist abgewatscht worden: Ist gar nicht euer Zuständigkeitsbereich, der Verwaltungsrat hat es abgenickt, ist kein Problem.

Der Personalrat hat natürlich im CNC, unserem neuen Aktualitätzentrum, gesagt: Wie sieht es denn hier mit den Krankmeldungen aus? Ganz viele Plätze sind unbesetzt, die Leute stimmen mit den Füßen ab. Gebt uns doch mal den Krankenstand! – Ja, das ist passiert, aber es hat keinen Unterschied gemacht. Natürlich schreibt die Freienvertretung jede Woche einen Newsletter und beklagt sich darüber, wie hier mit der Sozialversicherungspflicht umgegangen wird, wie mit den ungleichen Honoraren umgegangen wird oder so, und geradezu ritualisiert einmal im Vierteljahr – wenn es gut läuft, fällt auch öfter mal aus – haben wir Quartalsgespräche mit der Geschäftsleitung. Da tragen wir das vor, und dann kommt die Personalchefin dran und sagt: Wir machen es aber anders. Vielen Dank für den Hinweis! Wir nehmen das mit. –, und es passiert nichts.

Was uns, der Belegschaft fehlt, ist die Augenhöhe, und das ist Ihre Aufgabe. Ich kann Sie nur bitten: Gehen Sie an den Staatsvertrag ran! Setzen Sie Rahmenbedingungen so, dass die Belegschaft wirksam mitarbeiten kann! – Ich kann noch stundenlang so weitererzählen, wie man das alles im Verwaltungsrat, im Rundfunkrat umsetzen könnte. Sie werden hoffentlich Fragen haben. Ich freue mich drauf, die dann zu beantworten.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Ich habe jetzt gehört, dass hinten bzw. vorne im Raum – je nachdem, wo man sitzt – die Akustik nicht gut ist. Es liegt vielleicht am Strom, wurde mir gesagt. Wir würden jetzt kurz beim Licht mal testen, ob es danach besser wird. Sieht jeder jeden? – Dann hört jetzt auch jeder jeden. Okay, dann lassen wir das so. Was sagt der Kameramann? Nicht gut? – Weitermachen! Danke schön! – Frau Ketteler, wir können so weitermachen. – [Zuruf] – Genau, unser Beitrag zum Stromsparen! – Dann hat jetzt Frau König das Wort.

**Dorette König** (Rundfunk Berlin-Brandenburg; amtierende Vorsitzende des Verwaltungsrats): Vielen Dank! Bin ich gut zu verstehen? – Ich hoffe. Auch ich danke für die Einladung, für die Möglichkeit, hier kurz ein paar Worte aus Sicht des Verwaltungsrates zu sagen, und stehe Ihnen dann gerne für Fragen zur Verfügung. Ich möchte gern kurz einen Einblick aus

Sicht des Verwaltungsrates geben. Einiges ist sicherlich auch bekannt aus der Medienberichterstattung oder den vielen Statements, die wir auch schon machen durften.

Der Verwaltungsrat ist ein Gremium aus sieben gewählten ehrenamtlichen Mitgliedern und einem Vertreter des Personalrates. Wir sind also acht, momentan sieben, weil Herr Wolf ja sein Amt niedergelegt hat. Gegenwärtig ist die Personalratsvorsitzende im Verwaltungsrat. Wir kommen aus sehr verschiedenen beruflichen Umfeldern und bringen unterschiedliche Qualifikationen mit. Ich bin Volkswirtin, wir haben einen Immobilienökonom, eine Juristin, einen Banker, Immobilienfachleute im Verwaltungsrat, aber es ist sicherlich ein Thema, über das man sprechen kann, wie hier Kompetenzen sachgerecht im Verwaltungsrat vorhanden sein sollten. Unser bisheriger Verwaltungsratsvorsitzender hat am 9. August seinen Rücktritt aus dem Verwaltungsrat erklärt, ich bin seine Stellvertreterin und deshalb nunmehr amtierende Vorsitzende, und in dieser Verantwortung stelle ich mich auch heute Ihren Fragen.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir gegenwärtig sehr arbeits- und zeitintensiv an der Aufklärung arbeiten. Das geht momentan insbesondere für mich, aber auch für einige andere Kollegen weit über ein Ehrenamt hinaus. Wir begleiten sehr eng die Complianceprüfung durch die Kanzlei Lutz|Abel, dazu hat Herr Schulte-Kellinghaus schon einiges gesagt. Wir haben uns intensiv mit der Beendigung des Dienstvertrags der Intendantin befasst. Das war nicht so trivial und hat auch zu einigen Nachfragen geführt, weil ja einerseits die Abberufung der Intendantin, also der Organstellung, erfolgt ist, und wir dann noch vorsorglich außerordentlich fristlos gekündigt haben, aber wir wollten natürlich alles dafür tun, dass die Ansprüche des RBB gesichert sind.

Wir haben die Bestandsaufnahme zum digitalen Medienhaus gemeinsam vorgenommen. Da waren auch die Kollegen des Haushalts- und Finanzausschusses des Rundfunkrats dabei. Das war eine sehr konstruktive, transparente und gute Diskussion, und wir haben in der letzten Verwaltungsratssitzung das umstrittene variable Vergütungssystem abgeschafft und haben da ganz klar gesagt: Wenn ein variables Vergütungssystem – das ich per se nicht generell ablehne, ich habe Zeit meines Lebens mit variablen Vergütungen gearbeitet – nicht die Zielsetzungen erfüllt, denen es dienen soll, dann gehört es abgeschafft.

Wir haben gemeinsam mit dem Rundfunkrat zur Stabilität des RBB nach einer geeigneten Interimskandidatin gesucht und hoffen sehr, dass heute die Wahl im Rundfunkrat gelingt. Ich bin optimistisch, aber es gibt natürlich unterschiedliche Interessen hier im RBB, was die Qualifikation und die Besetzung der Interimsintendantenstelle anbelangt.

Gegenwärtig sind wir als Verwaltungsrat noch in der Stellungnahme zum RBB-Staatsvertrag, aber sehr wohl haben wir aus der eigenen kritischen Reflexion unserer Arbeit auch erste Vorstellungen und Ideen, wie in der Zukunft Dinge so aufgebaut und geregelt sein müssen, dass möglichst viele Fehler, die wir jetzt auch feststellen, nicht wieder auftreten können.

Der Verwaltungsrat im RBB ist verantwortlich für die Überwachung der Haushalts- und Finanzordnung und die Überwachung der Geschäftsführung durch die Intendantin mit Ausnahme der inhaltlichen Gestaltung. Das ist auch die Differenzierung zwischen Rundfunkrat und Verwaltungsrat. Insofern ist es so, dass der Verwaltungsrat bei vielen Themen auch seine Verantwortung wahrzunehmen hat und sich deshalb auch in seiner Arbeit kritisch zu reflektieren hat. Er berät den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, den Geschäftsbericht mit Stel-

lungnahme an den Rundfunkrat und ist unter anderem zuständig für den Abschluss von Tarifverträgen, Ertragsabschlüssen und Investitionen größer als 200 000 Euro. Aktuell haben wir uns darüber verständigt, dass wir momentan dem Rundfunkrat nicht empfehlen, den Jahresabschluss 2021 festzustellen – das haben wir auch mit den Wirtschaftsprüfern besprochen –, weil natürlich im Ergebnis der Prüfung, die jetzt die Kanzlei Lutz|Abel macht nicht ausgeschlossen ist, dass es Sachverhalte geben könnte, die eine Wirkung auf den Jahresabschluss haben.

Wir haben festzustellen, dass wir als Verwaltungsrat in unserer Zuständigkeitsaufteilung ein System gewählt haben, das sicherlich für die Zukunft zu hinterfragen ist. Jedes Verwaltungsratsmitglied hat Zuständigkeiten übernommen. Wir haben damit die Möglichkeit gesehen, für jedes Verwaltungsratsmitglied tiefer in die Themen einzusteigen und dann als sogenannter Berichtersteller im Verwaltungsrat zu berichten. Sie kennen das sicherlich aus Aufsichtsräten. Dort sind es Ausschüsse, die sich dann mit Personalfragen oder Immobilienthemen oder anderen Sachen individuell in Vorbereitung von Sitzungen befassen. Bei uns war das ein Zuständigkeitsprinzip eines jeden einzelnen Verwaltungsratsmitglieds, und damit war einerseits gewährleistet, dass sich mindestens ein Verwaltungsratsmitglied besonders intensiv mit der Vorlage befasst hat, dort auch ins Haus gegangen ist und mit Fachabteilungen gesprochen hat und dann das Ergebnis den Verwaltungsratskollegen vorträgt. Wir hatten bisher alle zwei Monate Verwaltungsratssitzungen, gegenwärtig ist die Taktzahl natürlich eine ganz andere. Wir sind – das kann man in jedem Fall sagen, ich auch für meine Zuständigkeitsbereiche – sehr tief in die Kostenübersichten eingestiegen, und es waren für uns als Verwaltungsrat auch aus den vorgelegten Compliance- und Revisionsvorlagen, die wir selbstverständlich hatten, keine Sachverhalte erkennbar, die unangemessene Ausgaben und Pflichtverstöße erkennen ließen, und auch der Managementletter der Wirtschaftsprüfer war in der Detaillierung bisher nicht so, wie wir ihn in der letzten Verwaltungsratssitzung von unserem aktuellen Wirtschaftsprüfer zur Kenntnis genommen haben. Es gab durchaus Hinweise aus dem Haus, dass einiges auch im Vorfeld abmoderiert wurde.

Der Verwaltungsrat hat auch aus den Fachbereichen keine Hinweise bekommen. Ich bin selbst im Aufsichtsrat einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, dort habe ich regelmäßig auch Mieterbeschwerden. Ich will deshalb unsere Verantwortung nicht kleiner machen, als sie ist, aber wir hatten keine Hinweise, auch nicht anonymisiert, dass wir in bestimmte Prozesse oder Themen tiefer reinleuchten sollten.

Wir waren bisher davon überzeugt, dass die Aufteilung in Zuständigkeiten eine sachgerechte Lösung ist, allerdings muss man auch ganz klar sagen: Das setzt gegenseitiges Vertrauen in die Verwaltungsratsmitglieder voraus, dass jeder entsprechend seiner Kompetenzen die Verantwortung übernimmt, und das hat sicherlich auch einen Teil der Probleme verursacht, weil es eben unseren Vorsitzenden, Herrn Wolf, mit Kompetenzen ausgestattet hat, die uns in der Berichterstattung oft unzureichend in die Lage versetzt haben, zu hinterfragen oder zu prüfen. Er war Berichtersteller sowohl für den Dienstvertrag der Intendantin als auch für die Dienstverträge der Direktoren, so auch für das digitale Medienhaus. Gleichwohl kann man sich auch die Frage stellen: Inwieweit hätten wir kritischer hinterfragen sollen?

Die angestoßenen Transformationsprozesse im RBB finden wir sehr wichtig und richtig, insbesondere das crossmediale Arbeiten, denn ohne das wird der RBB nicht zukunftsfähig sein, und insofern haben wir auch die Investitionen – wir haben uns da umfänglich berichten las-

sen – in das crossmediale Newscenter und in das digitale Medienhaus unterstützt. Wir hatten dabei immer im Blick, dass die begrenzten Mittel des RBB sachgerecht verteilt werden und das Programm im Vordergrund steht. Wir haben auch Berichterstatter im Verwaltungsrat zu den Programminvestitionen, und es war immer ein Ringen um genügend Geld für das Programm.

Ich möchte an der Stelle auch noch mal sagen, dass das digitale Medienhaus – Herr Jan Schulte-Kellinghaus hat es schon gesagt – dem Programm kein Geld wegnimmt. Es sollte gute Rahmenbedingungen für eine Weiterentwicklung von Programmen schaffen. Insofern hoffen wir, dass wir zu einer guten Entscheidung kommen, wie wir damit weiter umgehen. Aber dazu wird es, denke ich, noch eine Reihe von Fragen geben. Ich kann Ihnen versichern, dass der Verwaltungsrat seine Zusammenarbeit und bisherige Aufgabenverteilung sehr kritisch hinterfragt. Es wird aber auch zu prüfen sein, was im Rahmen dieser ehrenamtliche Tätigkeit, so wie sie jetzt ausgestattet und aufgestellt ist, leistbar ist und wo wir in der Ausgestaltung der Gremienarbeit Veränderungen für die Zukunft zwingend nötig haben. Hier gibt es doch eine große Differenzierung zu dem, was mir zum Thema Corporate-Governance-Codex in meiner anderen Aufsichtsrats Tätigkeit bekannt ist, und dem, was hier die Grundlagen für den Verwaltungsrat im RBB sind. Ich kann Ihnen aber ganz klar schon mal sagen, dass wir uns gegenwärtig so aufgeteilt haben, dass wir die Themen, die jetzt in der Bearbeitung stehen, immer mindestens mit einem Vier-Augen-Prinzip bearbeiten und uns sonst sehr aktiv einbringen und unseren Beitrag als Verwaltungsrat darin sehen, hier mitzuwirken zur größtmöglichen Transparenz, zur Aufarbeitung und dann auch zur Weiterentwicklung. Insofern nehmen wir jetzt so lange, wie es gewünscht wird, trotz aller Verantwortung, die wir auch übernehmen, auch die Verantwortung für die Zukunft und Aufarbeitung wahr. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Frau König! – Jetzt hat Herr Grimberg das Wort. Ich habe Sie eben schon in Abwesenheit begrüßt, heiße Sie aber jetzt noch mal herzlich willkommen! Wir haben uns auf circa fünf Minuten verständigt, plus/minus ein paar Minuten ist nicht schlimm.

**Steffen Grimberg** (DJV Berlin – JVBB e. V.; Vorstandsvorsitzender Landesverband Berlin-Brandenburg): Ich gedenke, mich kurz zu fassen. Vielen Dank für die Einladung! Ich bitte, meine Verspätung zu entschuldigen. Es ist mal wieder die Deutsche Bahn, aber das ist in diesen Tagen fast schon üblich. Vielen Dank, dass ich aus Sicht des Deutschen Journalistenverbandes hier auch Stellung nehmen darf! Wir haben die Entwicklungen im RBB mit einigem Entsetzen verfolgt und sehen auf drei Ebenen akuten Handlungsbedarf. Wir hatten zum einen massives Fehlverhalten in verschiedensten Ebenen. Das war einerseits die Intendanz selber, das ist aber zum anderen eben leider auch in den eigentlich für die Aufsicht zuständigen Gremien gewesen. Die Frage, die ich der Landesregierung Brandenburg gestellt habe, kann ich hier gern wiederholen: Es ist für mich auch vor dem Hintergrund des momentan gültigen RBB-Staatsvertrags nicht verständlich, dass jemand wie Herr Wolf überhaupt in dieses Amt und in den Vorsitz gelangen konnte, da er ja als Aufsichtsrat der Messe eindeutig Interessen der Messe Berlin zu vertreten hatte, die wiederum mit dem RBB beispielsweise bei der gerade laufenden IFA – da ist eine halbe Halle gemietet – ja durchaus in Geschäftsbeziehungen steht. Selbst wenn Herr Wolf nicht in persona in diese Prozesse involviert gewesen sein sollte – auch da gibt es ja zumindest mit Blick auf die Anmietung des ICC als Ausweichquartier für die Orchester und Chöre Fragezeichen –, erscheint mir das doch ziemlich problematisch. Gleichfalls hat das von Frau König dankenswerterweise noch mal geschilderte Prinzip des

Verwaltungsrats mit der Ressortaufteilung in einem so kleinen Gremium unter der Abwesenheit eines Vier-Augen-Prinzips, dieses Prinzip des Treu und Glaubens, nicht funktioniert, wie wir leider als Fazit ziehen müssen. Ich glaube, da müsste das Abgeordnetenhaus als ein Staatsvertragsgeber für den RBB nachschärfen.

Ich würde auch dringend anregen – da gibt es ja Beispiele bei anderen ARD-Anstalten, beispielsweise beim Mitteldeutschen Rundfunk –, noch eine eigene Stelle einer zuständigen Ombudsfrau oder eines Ombudsmannes zu schaffen, die permanent als Ansprechpartnerin und Ansprechpartner für Beschwerden aus der Belegschaft fungieren können, natürlich unter Zusage, dass da keinem in irgendeiner Weise berufliche oder sonstige Nachteile entstehen dürfen. Was wir ausdrücklich in dem Zusammenhang auch unterstützen: Das Haus und der RBB können nur so gut sein, wie seine Mitarbeitenden sie machen. Es geht darum, dass die Rolle der Mitarbeitenden – Christoph Reinhardt hat das, glaube ich, eindrucksvoll ausgeführt – sowohl in den Aufsichtsgremien als auch generell gestärkt wird, denn wenn man sich die aktuelle Entwicklung anguckt – und da mache ich allen Kolleginnen und Kollegen beim RBB gerne noch mal ein ganz großes Kompliment –, wie die Aufarbeitung in eigener Sache läuft, wie auch die journalistischen Produkte, die dabei herauskommen, ganz klar beweisen, der RBB hat kein journalistisches Problem, kein redaktionelles Problem, sondern ein Führungsproblem auf anderer Ebene gehabt, dann ist das ein sehr gutes Zeichen, dass das, wozu der RBB eigentlich da ist, kerngesund ist und funktioniert.

Bei der künftigen Rollenbeschreibung der Gremien muss es auch um deren Rollenverständnis gehen. Wir haben einen neuen Medienstaatsvertrag, der so gut wie abgestimmt ist, der den Gremien ja noch mal zusätzliche Kompetenzen und Aufgaben zuweist. Das hat für mich zwei Konsequenzen – das hat auch Frau König schon angesprochen –: Man muss sicherlich noch mal über Kompetenzen und Expertise in den Gremien nachdenken, und ich hielte es durchaus für erstrebenswert, da auch entsprechend schon Rahmenbedingungen, beispielsweise im Staatsvertrag, zu schaffen, dass bestimmte Kompetenzen in den Gremien vorhanden sein müssen. Das ist angesichts der sehr komplexen Aufgaben, die die zu stemmen haben, ein richtiger Weg. Natürlich sollte man dabei aufpassen – da sehe ich den Verwaltungsrat stärker im Fokus als den Rundfunkrat –, dass dort nicht das allgemeine gesellschaftliche Vertretungsmandat dafür zurückgefahren wird.

Was meine ich jetzt noch mit Rollenverständnis? – Ich glaube, insgesamt muss sich am Rollenverständnis der Gremien etwas ändern. Das ist für Sie als Gesetzgebende jetzt nicht so relevant, ich möchte es trotzdem inhaltlich hier einmal einführen. Ich glaube, dass die Gremien sich zu lange immer noch als Teil und Mitwirkende der Anstalten betrachten. Das sind sie zu einem weiten Teil natürlich auch, aber gerade wenn jetzt durch den neuen Medienstaatsvertrag das Element der Kontrolle noch mal stärker in den Vordergrund rückt, dann muss da einfach mehr professionelle Distanz hin und auch die Bereitschaft, sich wirklich als Kontrollorgan zu betrachten und nicht als im Zweifelsfall dann doch – bis auf vielleicht interne Geschichten, die dann unter dem Deckel bleiben in den meisten Fällen – als ein den Sender und vor allen Dingen seine Geschäftsführung unterstützendes Gremium. Ich denke, da ist deutlich mehr Transparenz vonnöten, und ich würde da auch weitergehen und sagen: Natürlich hat der Verwaltungsrat das Recht, in bestimmten Bereichen vertraulich und nichtöffentlich zu tagen, wenn es um heikle finanzielle Dinge geht, wenn es um Personalfragen geht, es gibt aber auch sicherlich Elemente, wo man darüber nachdenken könnte, auch Verwaltungsratssitzungen für

die Öffentlichkeit zugänglich zu machen oder zumindest eine größere Berichtspflicht hinterher öffentlich festzuschreiben, sodass da mehr Transparenz herrscht.

Gleichzeitig müssten wir da noch mal schauen, wie die Gremien ausgestattet sind. Wir haben ein Gremienbüro oder eine Gremiengeschäftsstelle, wie es beim RBB heißt, mit, ich glaube, momentan 1,5 Stellen. Das ist für die Aufgaben und die Größe der Anstalt viel zu wenig. Also auch da muss definitiv nachgebessert werden, und dafür müssen Mittel bereitgestellt werden. Die Gremien können schlicht und ergreifend sicherlich gerade in ihrer ehrenamtlichen Funktion nur so gut funktionieren, wie ihnen Vor- und Nachbereitung zuteilwird, und ich würde Sie ausdrücklich ermutigen, von der Expertise, die Sie heute ja schon extern hinzuziehen können – was aber nach meinem Wissen nur sehr selten stattfindet –, viel stärker Gebrauch zu machen. Na klar, das kostet auch Geld, aber ich glaube, das sollte es uns wert sein.

Last but not least muss man ganz klar sagen: Hier sind massiv Warnungen nicht ernst genommen worden. Die mögen rein formal den Verwaltungsrat, vielleicht auch den Rundfunkrat nicht erreicht haben, aber wenn ich jetzt weiß, dass die Innenrevision Alarm geschlagen hat, dass die Freien- und Personalvertretungen immer wieder nachgefragt haben, dann erscheint mir, was ich gerade schon sagte, die Einrichtung einer zusätzlichen, wirklich unabhängigen Ombudsstelle dringend geraten, damit so was künftig kanalisiert werden kann, und es muss auch ganz klar sein, dass Compliance künftig auch für die Intendantin, für den Intendanten gilt, dass da ein Vier-Augen-Prinzip eingeführt wird. Das hat hier wohl heftigst gefehlt.

Ich möchte schließen mit einem eher inhaltlichen Appell. Das ist jetzt vielleicht hier im Abgeordnetenhaus von Berlin etwas kühn, aber es geht natürlich um Brandenburg. Wir haben hier im RBB schon unter der letzten Intendanz eine massive Verlagerung des Gewichts auf die Hauptstadt und auf Berlin gesehen. Das mag für den Speckgürtel noch tragen, aber uns erreichen über unsere Mitglieder und andere Menschen, mit denen wir in Brandenburg sprechen, immer wieder Rückmeldungen, die da heißen: Wir fühlen uns als Brandenburgerinnen, als Brandenburger vom RBB eigentlich gar nicht mehr so richtig wahrgenommen und versorgt. – Also hier ein ganz klares Plädoyer: Bitte Brandenburg nicht vergessen! Das eine B in RBB steht für Brandenburg. Vielen Dank!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Grimberg! – Dann kommen wir zur Aussprache. Ich habe auch schon Wortmeldungen. Die Erste ist Frau Gollaleh aus der Grünen-Fraktion.– Frau Ahmadi! Entschuldigung, Gollaleh!

**Gollaleh Ahmadi (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Es ist manchmal schwierig, in der Rolle zwischen Vor- und Nachnamen zu wechseln. – Vielen Dank an unsere Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes bedanke ich mich ganz herzlich, dass Sie heute hier sind, und auch für Ihre Ausführungen. Dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine der Grundsäulen unserer Demokratie ist und nicht nur in Deutschland, in der deutschen Presselandschaft Maßstäbe in höchster Qualität setzt, muss ich hier nicht gar nicht betonen. Umso wichtiger ist es mir, dass der RBB gestärkt aus dieser Krise herausgeht. Frau Kühnemann hat bei der Einführung schon einiges dazu gesagt, weshalb wir es für so wichtig erachtet haben, das Thema heute auf die Tagesordnung zu setzen.

Ich möchte betonen, dass wir heute zukunftsgerichtet sprechen wollen. Wir wollen gemeinsam schauen, wie wir die Fehler, die in der Vergangenheit begangen worden sind, in Zukunft verhindern können. Unsere Aufgabe als Ausschuss, als Politik ist es nicht, uns in Personalfragen oder Programmgestaltung einzumischen oder gar den RBB zu kontrollieren, wie es in den letzten Wochen hier und da von uns gefordert wurde – ich bin froh, dass wir uns hier fraktionsübergreifend in dieser Haltung einig waren –, ganz im Gegenteil: Die gebotene Staatsferne verbietet uns dies sogar ausdrücklich, und das ist auch gut so.

Unsere Aufgabe ist es, jetzt Rahmenbedingungen zu schaffen und mithilfe der Staatsverträge die Kontrollgremien zu stärken, damit sie ihre Aufgabe in Zukunft angemessener erfüllen können. Daher habe ich jetzt folgende Fragen an Sie – einige haben Sie bereits beantwortet in Ihren Ausführungen, vor allem Sie, Herr Grimberg. Vielen Dank für die konkreten Punkte, die Sie uns heute genannt haben! Ich möchte von Ihnen allen wissen: Was wird aus Ihrer Sicht gebraucht, um Fehler wie die, die in der Vergangenheit passiert sind, in Zukunft schneller zu erkennen? Zweitens würde ich gern wissen: Wie können die Kontrollgremien besser aufgestellt werden? Welche Werkzeuge müssen ihnen zur Verfügung stehen, damit sie ihrer Aufsichtspflicht besser nachkommen können?

Konkret an Sie, Herr Reinhardt: Sie haben uns schon einen Auftrag für den Staatsvertrag mitgegeben – ich sage es jetzt ganz einfach –: mehr Mitspracherecht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wie stellen Sie sich das vor, mehr Vertreterinnen und Vertreter im Rundfunkrat und Verwaltungsrat, oder haben Sie da noch konkretere Punkte, die Sie uns nennen wollen? – Vielen Dank!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Jetzt hat Herr Goiny aus der CDU-Fraktion das Wort.

**Christian Goiny (CDU):** Vielen Dank! – Die Kollegin Kühnemann hat ja für unsere Fraktion die Begründung des heutigen Besprechungspunktes vorgetragen. Dazu muss ich nichts weiter sagen. Ich will aber am Anfang klarstellen – das ist hier auch schon betont worden –: Wir haben einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wir haben keinen Staatsfunk. Weder die Landesregierung noch die Landeparlamente leiten den Sender, bestimmen das Programm oder treffen Personalentscheidungen. Wir setzen den Rechtsrahmen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, und es ist natürlich über diesen Weg auch unser Auftrag und unser Beitrag, dafür zu sorgen, dass dieser Programmauftrag vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch erfüllt und wahrgenommen wird. Es ist eine wichtige Sache, das festzuhalten, weil es da in der Vergangenheit auch unterschiedliche Äußerungen in der Öffentlichkeit gab.

Was wir jetzt sehen, ist, dass von verschiedenen externen und seriösen Institutionen die Aufklärung dieser Vorgänge betrieben wird. Der Verwaltungsrat – Frau König hat es gesagt – hat eine spezialisierte Anwaltskanzlei beauftragt. Wir haben die Generalstaatsanwaltschaft, die ermittelt. Wir haben Wirtschaftsprüfer, die neu beim RBB sind, die also das erste Mal den RBB prüfen und insofern auch sehr unverdächtig sind, und wir haben jetzt den Rechnungshof und übergeordnet noch die Rechtsaufsicht. Ich denke, alle seriösen Institutionen, die hier einen Beitrag leisten können, die Vorgänge aufzuklären, sind tatsächlich hier am Werke.

Auch wenn wir noch nicht die Ergebnisse kennen, hat die Diskussion der letzten Wochen gezeigt, dass sich einige Problemkreise herausgestellt haben. Ich bin dem Vertreter des Journalistenverbands sehr dankbar für seinen Beitrag, weil er genau diesen Punkt noch mal adres-

siert hat. Es geht um die Rechte und Zuständigkeiten des Rundfunkrats. Der ist im Wesentlichen zuständig für das Programm, für Wahlen und Abberufungen und die Beschlussfassung über den Haushalt. Hier muss man darüber nachdenken – und da gibt es ja auch schon Vorschläge –: Was kann man hier machen? – Es gibt den Verwaltungsrat – auch hierzu ist eben schon einiges gesagt worden. Wie kann der mit mehr Rechten ausgestattet werden? Wie können Compliancefragen besser berücksichtigt werden? Wie können möglicherweise auch Professionalisierungsfragen hier geklärt werden? Wir haben darüber hinaus noch die Frage: Welche Rahmenbedingungen können und müssen wir über den Staatsvertrag setzen, damit die Geschäftsleitung, die Intendanz des RBB in geordneten Bahnen ihre Arbeit machen kann und Verfehlungen und Dinge, die jetzt im Raum stehen, ausgeschlossen sind?

Wir haben vor diesem Hintergrund die Situation, dass die Amtszeit des Rundfunkrats Ende Februar endet. Das heißt, ab März muss ein neuer Rundfunkrat einen neuen Verwaltungsrat wählen. Wenn wir uns jetzt auf eine Interimsintendanz beim RBB verständigen sollten oder der Rundfunkrat das machen sollte, dann werden wir natürlich im nächsten Jahr auch die Intendanz neu ausschreiben. Ich halte es angesichts der Vorgänge, die wir hier feststellen müssen, für nicht akzeptabel, dass wir das auf der Basis des bisherigen Rechtsrahmens machen. Ich sehe hier also großen Handlungsbedarf und auch Eile für die Novellierung des Rundfunkstaatsvertrages, mindestens genau in den drei Themenkreisen, die ich eben adressiert habe. Insofern muss ich den ansonsten sehr hilfreichen Ausführungen des Rechnungshofs widersprechen. Nein, der Rundfunkstaatsvertrag kann nicht erst geändert werden, wenn die Ergebnisse der Prüfung vorliegen. Er muss dann vielleicht noch mal geändert werden, aber er muss auf jeden Fall jetzt schnell geändert werden und am besten noch in diesem Jahr. Das ist machbar. Wir haben in Coronazeiten erlebt, dass Landes- und Bundesregierung jede Woche Verordnungen und Gesetze mit weitreichenden Folgen in diesem Land beschlossen haben, und ich denke, das, was wir hier beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk erleben, ist allemal von gleicher Dringlichkeit, was eine schnelle Beschlussfassung sowohl der Landesregierung als auch der Landesparlamente erfordert, aber auch ermöglicht.

Deswegen wäre d meine Bitte, auch an die hier anwesenden Anzuhörenden – Herr Grimberg hat es teilweise schon gemacht –, auch uns hier, dem Parlament und der Landesregierung, noch mal in diesem Sinne Vorschläge zu unterbreiten, was jetzt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk des RBB verändert und verbessert werden kann und muss.



Nicht alles, was an Vorschlägen kommt, muss in einem Staatsvertrag stehen. Da gibt es noch andere Rechtsrahmen, in die man es setzen kann, aber ich glaube, wir sind als Politik gefordert, diesen Rechtsrahmen zu präzisieren und zu verbessern, damit wir die Glaubwürdigkeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zurückgewinnen und dann vielleicht noch über weitere Dinge diskutieren können.

Ich muss allerdings ein bisschen Wasser in den Wein der Beschäftigtenvertretung gießen. Natürlich wird auch künftig der öffentlich-rechtliche RBB nicht durch die Beschäftigten geleitet, und natürlich ist das Konstrukt des Rundfunkrates eines, das die Gesamtgesellschaft abbildet. Auch hier ist der Personalrat vertreten, und auch hier hat er die Möglichkeit der Mitgestaltung und Mitwirkung. Das Personalvertretungsgesetz gibt im Übrigen weitreichende Beteiligungs- und Mitbestimmungsbefugnisse. Es ist keineswegs so, dass das erst eingeführt werden muss. Hier muss man ein bisschen die Erwartungen dämpfen, was an so einem Rundfunkstaatsvertrag geändert werden kann.

Wir als CDU-Fraktion würden vor dem Hintergrund, dass wir weniger Geld haben, aber trotzdem technische Innovationen brauchen, weil wir in einer veränderten digitalen Medienwelt auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wettbewerbsfähig halten müssen, am Ende aber auch gern mal über programmliche Fragen diskutieren. Bei uns gibt es seit Jahr und Tag viel Kritik, auch an bestimmter Art und Weise, wie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Programm gemacht wird. Es stört tatsächlich viele Leute, wenn die deutsche Grammatik durch Gendersprech so verändert wird, dass sie das Gefühl haben, sie werden politisch motiviert erzogen. Es ist auch eine Albernheit, dass man jetzt unter verschiedenen politischen Rahmenbedingungen anfängt Sendungen, die seit vielen Jahrzehnten im Fernsehen gelaufen sind, nicht mehr auszustrahlen, und es wäre im Sinne von neutraler Information hilfreich, wenn wir Meinungen und Informationen in der Berichterstattung ordentlich trennen würden. Diese inhaltliche Debatte müssen wir am Ende auch mal führen, denn viel Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk speist sich aus weiten Teilen der Gesellschaft an dieser Art, wie bestimmte Dinge im öffentlich-rechtlichen Rundfunk präsentiert werden. Das haben wir alles nicht nötig. Es gibt hervorragende Journalistinnen und Journalisten. Es gibt wirklich hervorragende Programmbeiträge im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die zeigen, dass hier gut gearbeitet wird. Auch die Aufklärungsarbeit der letzten Tage und Wochen zeigt, dass Journalistinnen und Journalisten mit Verve, Herzblut und mit Kompetenz am Werk sind. Ich denke, das müssen wir wieder vernünftig miteinander zusammenführen. Insofern fände ich es gut, wenn der Rundfunkrat heute Nachmittag in der Lage wäre, eine Interimsintendanz zu wählen, weil wir zeitnah eine handlungsfähige Leitung dieses Senders brauchen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank! – Dann hat Frau Kühnemann-Grunow das Wort.

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ein herzliches Willkommen an die Anzuhörenden im Namen der SPD-Fraktion! Ich kann mich dem Kollegen Goiny anschließen. Ich glaube, wir brauchen schnell eine Novelle, und es ist denkbar, dass man hier in zwei Schritten vorgeht. Wichtig ist aber an dieser Stelle, dass alle, die hier im Haus sind – wir werden am 17. Oktober gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus Brandenburg tagen –, ein Stück weit auf seine eigenen Partner und Fraktionen in Brandenburg Einfluss ausübt, dass wir möglichst schnell zueinanderfinden.

Ich würde jetzt gern auf die einzelnen Anzuhörenden eingehen, würde mich in der Reihenfolge daran halten, wie die Anzuhörenden ihre Beiträge gebracht haben und gern mit Herrn Schulte-Kellinghaus anfangen. Sie sind darauf eingegangen, dass Sie sich schnell eine Interimsintendantin bzw. eine Lösung gewünscht haben. Jetzt steht die Wahl von Frau Dr. Vernau im Raum. Es ist klar, dass mitunter Tage eine Rolle spielen, wenn ein Sender führungslos ist. Mich würde ein Überblick über die Aufgaben interessieren, die die Interimsintendantin vor sich hat, was Sie erwarten, auch was die Interimsintendantin braucht, sofern sie heute durch den Rundfunkrat gewählt werden sollte, welche Auskunftsrechte der Rundfunkrat gegenüber der Intendanz hat bzw. welche Auskunftsrechte ergänzt werden müssten. Wenn wir hier von einer Novelle sprechen, ist mir sehr wichtig, dass wir Butter bei die Fische geben. Es sind schon ein paar Vorschläge gekommen, die wir sicherlich mitnehmen, aber das wäre für uns ein guter Hinweis, um Compliance-Anforderungen künftig besser einhalten zu können.

Hier ist viel die Rede von Augenhöhe und Mitbestimmung der Belegschaft die Rede gewesen. Mir wäre wichtig, wie zum Beispiel eine Neuordnung des RBB in der Personalordnung des Hauses abgebildet werden könnte.

Als letzten Punkt: Wann und wie werden Sie zur Novelle der Medienstaatsverträge angehört? Es sind alle aufgefordert, ihre Statements abzugeben. Das wäre von Ihrer Seite für uns interessant.

Nun komme ich zu Herrn Reinhardt: Hier ist das Thema Augenhöhe und Mitbestimmung angesprochen worden. Der Kollege Goiny hat darauf abgehoben, dass die Personalvertretung in den Gremien Rundfunkrat sowie im Verwaltungsrat vertreten ist. Da wäre für mich interessant, wie Sie gemeinsam Ihre Interessen mit dem Personalrat abwägen. Wie findet eine Rückkopplung statt? Wenn ich zwei Plätze in den Gremien habe, wie werden dann die Interessen reingetragen, und wie werden die zurückgekoppelt? Sich Mitbestimmung und Augenhöhe zu wünschen – – Wenn wir dort eine Stärkung vornehmen sollen, müssen wir erst mal schauen, wo es vielleicht hapert oder was man verbessern kann. Das wäre auch wichtig zu wissen.

Es ist das Thema Warnungen durch Herrn Grimberg angesprochen worden, was zum Teil auch von den Mitarbeitenden kam. Ich hätte gern einen Hinweis, inwiefern Sie Ahnungen hatten bzw. welche Warnungen ausgesprochen wurden und was eventuell in den Gremien nicht wahrgenommen oder nicht ernst genommen wurde, wo es gehapert hat. Mir ist ganz wichtig, dass Sie schildern, wie Sie sich eine Stärkung der Mitbestimmung wünschen.

Ich komme zu Frau König: Ehrenamt ist aller Ehren wert. Wir merken aber, dass mit dem Verwaltungsrat Ehrenamt an bestimmte Grenzen stößt. Sie haben über die Ressortaufteilung berichtet, das Vieraugenprinzip usw., das Gebot von Checks and Balances, das man vielleicht im PW-Leistungskurs lernt. Wer Politik studiert hat, der weiß, dass es auch da wirkliche Kontrollmöglichkeiten geben muss. Mir geht es darum, wie wir sowohl den Rundfunkrat als auch den Verwaltungsrat professionalisieren. Was braucht es noch an Strukturen, an Geschäftsstelle etc., die letztendlich auch zuarbeiten? Wir in der Politik wissen, wie es ist, wenn man ehrenamtlich arbeitet, bis man vielleicht irgendwann Abgeordnete wird, aber man braucht auch Strukturen, um Dinge zu durchdringen. Vertrauen ist angesprochen worden. Vertrauen ist immer eine gute Basis, aber manchmal muss man trotzdem hingucken können, und es wäre für mich interessant zu wissen, was Sie sich wünschen, was Sie sich da vorstellen. Dann würde ich aber auch gern genau wissen, wann aus Ihrer Sicht der entscheidende Fehler in Inten-

danz und Verwaltungsrat geschehen ist und wie es letztendlich zu diesen Entwicklungen kommen konnte. Zu den Schlussfolgerungen aus Ihrer Sicht, habe ich gerade etwas gesagt. Mir wäre wichtig, von Ihnen zu hören, weil es um die Stellungnahmen zum Medienstaatsvertrag geht, wann Sie dazu Stellung nehmen und wie Sie dazu befragt wurden.

Als Letztes zu Herrn Grimberg: Es sind zwei Dinge angesprochen worden. Streaming von Sitzungen ist interessant. Das müsste man mal rechtlich prüfen lassen. Es ist die Frage, ob ich das so richtig verstanden habe. Dann ist eine unabhängige Ombudsstelle ein Vorschlag gewesen. Die haben wir in vielen Bereichen, wo wir eine unabhängige Stelle haben müssen, wenn es beispielsweise darum geht, dass es Schwierigkeiten zwischen Beschäftigten und Leitung oder Vergabe gibt. Das müsste man sich mal rechtlich angucken. Hier wäre mir wichtig, von Ihnen zu wissen, wie sich die Ereignisse im RBB auf die Arbeit der Journalisten ausgewirkt hat. Wir erleben den RBB gerade in einer Ausnahmesituation, dennoch als wirklich aufklärerisch und vielleicht auch kämpferisch. Das, was die Mitarbeitenden und Journalisten dort leisten, sucht gerade seinesgleichen. Was ist aus Ihrer Sicht bei der Neuordnung des RBB notwendig? Welche Debatten gibt es innerhalb des Journalistenverbandes, die vielleicht nicht unbedingt einen RBB-Bezug haben müssen, sondern die vielleicht generell den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angehen, wie wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk neu aufstellen können. – Das wären meine Fragen für die erste Runde. – Danke schön!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank! – Dann hat Frau Kapek das Wort.

**Antje Kapek (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende und natürlich auch unseren Gästen für Ihre Eingangsstatements und die Möglichkeit, dass wir uns heute erstmals in Berlin zu diesem für uns alle bewegenden Thema der letzten Monate austauschen können! Höchste Zeit ist es, denn bei aller Staatsferne, ist es wichtig, dass wir deutlich machen, erstens, wie wichtig der Politik in Berlin der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist, welche Bedeutung er für uns und unsere Demokratie hat, und zweitens, dass wir diese Krise ernst nehmen und sie nicht nur aufklären, sondern auch Konsequenzen daraus ziehen müssen.

Herr Goiny hat sich schon zur Schnelligkeit der Novellierung der Staatsverträge geäußert. Ich bin da nicht ganz bei Ihnen, muss ich ganz ehrlich sagen, denn die Frage, ob ich die Aufklärung erst mal abwarten kann oder nicht, hängt vor allem von der Frage ab, wann diese Aufklärung abgeschlossen ist, bzw. wann die ersten Meilensteine erreicht sind, und das ist eine Frage, die mich seit Wochen bewegt. Das wäre meine erste Frage. Ich habe sie Ihnen schon häufiger gestellt, Frau König, an Sie: Haben wir denn schon irgend eine Vorstellung davon, wann der erste Prüfbericht von Lutz|Abel vorliegt, denn auf der Basis können wir in Zusammenarbeit mit den Gremien schauen, was die konkreten Vorwürfe sind, wie sie geprüft wurden und welche Konsequenzen man daraus ziehen kann. Soweit ich es verstanden habe, ist das sehr wohl noch im Laufe dieses Monats möglich, und das wäre dann der richtige Moment, sich als Politik mit der Frage zu befassen, was das beispielsweise künftig für die Gremiendarstellung bedeutet.

Ich bin selbst wie Herr Goiny und Frau Halsch eine der vier Rundfunkrätinnen und -räten, die vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt und entsandt wurden. Wir haben uns, seit wir gewählt wurden, intensiv mit dieser Aufgabe befasst, aber in den letzten Wochen noch viel mehr. Herr Grimberg! Als Sie gerade sagten, es seien in der Belegschaft die richtigen Fragen gestellt worden, und man hätte es ahnen und wissen müssen, haben Sie für mich einen der

zentralen Punkte, die für mich persönlich als Rundfunkrätin aus dieser Krise erwachsen, benannt, denn die Wahrheit ist: Es ist nicht angekommen. Wir bekommen regelmäßig Stellungnahmen der Freienvertretung, der Personalvertretung oder auch vom DJV, wenn es beispielsweise um die Frage der Zukunft des Kulturradios geht oder an anderen Stellen, aber wir bekommen nicht alles mit, und das hat auch Gründe, den wir als Rundfunkräte in den letzten Wochen nachgegangen sind. Es hat sich beispielsweise herausgestellt, dass es das Gerücht gab, man dürfe mit Gremienvertreterinnen und -vertretern nicht sprechen. Dafür gibt es überhaupt keine Grundlage. Ich bin froh, dass das dazu geführt hat, dass wir jetzt in einem viel intensiveren Austausch sind, aber Fakt ist: Wären uns die Fragen, die vielleicht schon 2018 gestellt wurden, auch als Rundfunkrat und vielleicht auch als Verwaltungsrat in der Form bekannt und bewusst gewesen, hätten wir uns natürlich auch anders damit befasst. Das bringt mich zu der Forderung von Herrn Reinhardt. Ich verstehe ehrlicherweise nicht die Polemisierung gegenüber der Belegschaft. Niemand in der Belegschaft hat vor, die Geschäftsleitung zu übernehmen. Das ist Quatsch. Aber der RBB ist andersherum nichts ohne die vielen Mitarbeitenden, die täglich das Programm, die Organisation und die technische Umsetzung dieses Programms auf den Weg bringen. Meines Erachtens wäre das eine oder andere Dilemma, vor dem wir jetzt stehen, nicht passiert, wenn wir eine andere Beteiligung in den Gremien hätten. Deshalb finde ich diesen Vorschlag zu überlegen, inwieweit man eine Vertretung des Personals im Rundfunkrat und vielleicht noch anders im Verwaltungsrat abbilden könnte, einen sehr guten Gedanken, und den sollten wir in der Umsetzung weiterverfolgen. Herr Reinhardt hat angekündigt, dass es noch weitere Ideen gebe. Ich bin sehr gespannt.

Herr Grimberg! Das zweite Problem hängt auch mit diesem Punkt zusammen. Ich weiß nicht, wer es gerade gesagt hat: Vertrauen ist wichtig, das stimmt. Wir müssen Vertrauen wieder herstellen, denn es ist wahnsinnig viel Vertrauen kaputtgegangen, vor allem Vertrauen der Belegschaft in die Geschäftsleitung. Aber Vertrauen ist auch eines der Grundprobleme, die uns in den Schlamassel geführt haben, denn ein Großteil der Dinge, die dort passiert sind, sind passiert, weil vertraut wurde. Ich finde Vertrauen per se nichts Schlechtes, aber es zeigt, dass es an manchen Stellen nicht um Vertrauen geht, sondern um harte Instrumente von Checks and Balances, von Controlling, von Revision usw. Die sind meiner Meinung nach einer Selbstverständlichkeit, und da sie offensichtlich unter der Überschrift „Intendantenverfassung“ keine Selbstverständlichkeit sind, ist es für mich die oberste und erste Aufgabe, bei der Novellierung der Staatsverträge hier zu gucken, wie man nachschärfen kann, damit es in Zukunft unmissverständlich so geregelt ist, dass nicht nur ein Vieraugenprinzip, sondern auch andere Controllingstandards eingehalten werden können.

Ich möchte noch ein, zwei Fragen an Herrn Schulte-Kellinghaus und Frau König stellen. Herr Schulte-Kellinghaus! Sie sagten gerade, Sie würden auch darüber diskutieren, die Verträge noch einmal individuell nachzuverhandeln. Bedeutet dies, dass wir nach der Abschaffung des Systems der variablen Vergütung durch den Verwaltungsrat auch über eine Abschaffung der AT-Verträge, der außertariflichen Verträge, diskutieren? Ist das ein Weg, der gerade geprüft wird, oder was genau meinten Sie mit dieser Andeutung?

Zweitens, die Frage habe ich gerade schon gestellt: Gibt es einen Zeitrahmen für die Vorlage des Prüfberichts von Lutz|Abel? Ich würde dem Ausschuss dringend empfehlen, sich diesen dann auch vorlegen zu lassen, ähnlich wie der Hauptausschuss in Brandenburg dies für sich eingefordert hat.

Drittens die Frage: Wie sieht es eigentlich mit der Wirtschaftsprüfung aus? Frau König! Sind Sie im Gespräch, im Austausch? Denn auch hier ist ein Stück weit die Frage, wie es eigentlich dazu gekommen ist, dass die Wirtschaftsprüfung niemals aufgemerkt und den Finger auf die eine oder andere Stelle gelegt hat. An der Stelle muss man sagen, dass die Wirtschaftsprüfung einmal im Jahr zum grundsätzlichen Bericht im Rundfunkrat war. Hier ist keine Problemanzeige vorgenommen worden, die uns auf eine Problemstellung hätte aufmerksam machen können.

Last but not least noch eine allgemeine Frage, vor allem an Herrn Schulte-Kellinghaus, aber auch an die beiden Vertreter der Journalistinnen und Journalisten. Ich wüsste gern, welche Maßnahmen Sie selbst vorschlagen. Sie haben gesagt, Sie wünschen sich, dass der RBB in zwei Jahren als modern geführtes Haus aus der Krise hervorgeht. Ich teile diesen Wunsch. Ich glaube, dass die Krise großer Mist ist, aber dass wir, wenn wir jetzt die richtigen Konsequenzen und Maßnahmen daraus ziehen, tatsächlich eine Chance haben, den RBB zu einem der modernsten Häuser innerhalb der ARD-Familie zu machen. Die Frage ist aber, wie weit wir bei diesen Vorschlägen gehen. Ich würde ganz gern von Ihnen hören, was die Maßnahmen sind, die Sie sowohl für die Geschäftsleitung als auch für den RBB als auch für das Thema Vertrauen zurückgewinnen konkret vorschlagen. Diese Frage ist gern auch an die anderen gerichtet. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank! – Herr Dr. King! Sie haben das Wort

**Dr. Alexander King (LINKE):** Danke, liebe Frau Vorsitzende! – Auch vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Berichte! – Meine Kollegen haben schon sehr viel darüber gesagt, warum wir einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk brauchen und warum er für die Demokratie wichtig ist. Ich will nur einen Aspekt hinzufügen: Diejenigen, die die Krise des RBB dafür nutzen wollen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk grundsätzlich infrage zu stellen, will ich darauf hinweisen, was für eine irre Konzentration von Geld und Macht wir mittlerweile auf dem privaten Medienmarkt haben, wo wirklich wenige Konzerne auf der ganzen Welt darüber bestimmen, wie und worüber Milliarden von Menschen kommunizieren. Dafür, ich glaube, das ist sehr leicht zu verstehen, brauchen wir ein öffentlich-rechtliches, hoffentlich im Ergebnis der Aufarbeitung demokratischeres, transparenteres Gegengewicht. Friedrich Küppersbusch hat es neulich sehr schön in der „Süddeutschen Zeitung“ formuliert. Er hat geschrieben, die Öffentlich-Rechtlichen müssen sich als Alternative zu dieser globalen Übermacht neu aufstellen, und ihre Verbündeten dabei sind die Belegschaften und die Zuschauer. Ich fand es interessant und auch ganz hoffnungsvoll, dass – vor einer Woche, glaube ich, gab es eine Umfrage unter Berliner und Brandenburger Bürgern – über 50 Prozent der Leute gesagt haben, sie verfolgen mit großem Interesse die Aufarbeitung des RBB-Skandals. Das kann man so oder so interpretieren. Natürlich sind die Leute damit unzufrieden, aber das heißt auch, dass die Leute sich für ihren öffentlich-rechtlichen Rundfunk sehr interessieren. Mich würde eine allgemeine Einschätzung von Ihnen interessieren, ob Sie die Aufarbeitung dieser RBB-Affäre auch als Chance und vielleicht sogar als Aufbruch in einen besseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk verstehen. – Das vielleicht mal allgemein. Das wären die Zuschauer als Verbündete.

Wenn wir jetzt über die Belegschaft sprechen: Wir haben jetzt schon sehr viel darüber gehört. Es sind sich offensichtlich alle einig, dass es wichtig ist, die Belegschaft stärker einzubeziehen, die Mitbestimmung auszubauen, und das finden wir natürlich auch. Die Frage ist natür-

lich, was sich jeder Einzelne darunter vorstellt. Sehr konkret ist Herr Reinhardt geworden mit einer paritätischen Besetzung des Verwaltungsrats, so habe ich es verstanden, und auch einer stärkeren Vertretung im Rundfunkrat. Herr Dr. Schulte-Kellinghaus hat aber davon gesprochen, dass wir in Zukunft einen partizipativ geführten Rundfunk haben wollen. Was stellen Sie sich denn darunter vor, gerade unter dem Aspekt der stärkeren Beteiligung der Belegschaft? Das würde mich interessieren.

Die zweite Frage betrifft vielleicht ein bisschen mehr Frau König: Ich habe nicht so ganz verstanden, ehrlich gesagt -- Folgendes: Wir haben jetzt, wenn wir mal absehen von den schlagzeilenträchtigen, aber vom Umfang her nicht so bedeutenden Aufregern, Stichwort Abendessen, Lustreise oder was auch immer, vor allem folgende Dinge, die die Menschen jetzt beschäftigen und die die Affäre und die Aufarbeitung ausgelöst haben, nämlich zum einen die Kostenexplosion beim Digitalen Medienhaus, wo man jetzt bei 188 Millionen Euro angelangt ist, und dieses Bonussystem. Da will ich hinzufügen, dass zwischendurch zu lesen war, dass es auch Boni geben sollte, zum Beispiel für Personaleinsparungen. Das fand sicher auch nicht jeder, der das in der Zeitung gelesen hat, besonders gut. Dann haben wir beim RBB im Vergleich zu gleichgroßen Sendern enorm viele außertarifliche Verträge, nämlich zehnmal so viele, wie zum Beispiel beim Hessischen Rundfunk, der dieselbe Zuschauergröße hat. Außertarifliche Stellen heißt, Vergütungen, die über die höchste Tarifstufe hinausgehen, die bei immerhin über 11 200 Euro liegt. Dann ist da noch die ganze Sache mit den Beraterverträgen. Damit hat es angefangen. Das hat jetzt hier noch gar nicht so eine richtige Rolle gespielt, aber das ist auch nicht unerheblich.

Mir ist aus Ihrem Beitrag nicht so ganz klar geworden, ob die Mitglieder des Verwaltungsrats diese Vorgänge nicht so genau gekannt oder einfach nur falsch eingeschätzt haben. Jetzt werden die sehr heftig diskutiert und aufgearbeitet. Die Bestandsaufnahme haben Sie vorhin erwähnt. Heißt das jetzt, dass Sie gar nicht alles wussten, oder heißt das, dass Sie es schon wussten und okay fanden, aber vielleicht die Tragweite nicht so ganz auf dem Schirm hatten, wie es vielleicht nach außen wirkt. Das würde mich interessieren, denn das lässt Rückschlüsse darauf zu, was man bei der Arbeit des Verwaltungsrats verändern müsste. Sie haben schon dieses System mit der Aufgabenteilung angesprochen. Sie haben allerdings ein bisschen offengelassen, ob sie in der Zukunft dabei bleiben würden oder eher nicht. Das habe ich nicht so ganz verstanden. Aber vor allem ist die Frage: Würden Sie sagen, dort sind auch Regelverstöße gewesen oder – ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen – schlechte oder nicht genügende Arbeit, aber im Rahmen eines Regelwerks, das eingehalten wurde oder ausreichend war? Was müsste man verändern, um solche Exzesse, ich nenne es mal so, in der Zukunft zu verhindern? Das ist das Ziel.

Als Letztes, ich will es nicht so lang machen, viele Fragen sind schon gestellt worden, vielleicht können Herr Dr. Schulte-Kellinghaus oder Frau König etwas dazu sagen: Wir haben jetzt unheimlich viele Untersuchungen beim RBB. Wir haben die Kanzlei, wir haben die Rechnungshöfe Berlin und Brandenburg, wir haben die Staatsanwaltschaft. Das wäre eine Frage an Herrn Reinhardt: Ich hatte gelesen, dass auch die Mitarbeiter eine Aufklärungskommission gründen wollen auch unter Hinzuziehung externer Expertise. Wie weit ist das? Mich würde interessieren, wie dort die genaue Abgrenzung ist? Im RBB muss unheimlich was los sein. Wie ist die inhaltliche Abgrenzung, oder wo greift das auch in einander? Die Kanzlei ist ziemlich teuer, wenn ich das richtig gelesen habe. Was passiert jetzt vielleicht

auch doppelt und dreifach? Wie verhalten sich diese unterschiedlichen Aufklärungsstränge zueinander? – Das wäre die dritte und letzte Frage. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Dr. King! – Wir haben noch zwei Wortmeldungen und dann würde ich die Fragerunde abschließen. Herr Gläser! Sie sind der Nächste und Herr Förster, Sie sind der Letzte in der Runde.

**Ronald Gläser (AfD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Hätte ich vor einem Jahr oder vor zwei Jahre ein Drehbuch oder einen Roman geschrieben, wie es beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk aussieht, wäre mir das wahrscheinlich von den Verantwortlichen eines Senders als rechtspopulistische Propaganda um die Ohren gehauen worden. Dabei übertrifft die Realität meine kühnsten Erwartungen, und darüber müssen wir heute sprechen. Nicht jeder, der die Zustände dort kritisiert, der eine Verschlinkung der Sender einfordert oder eine ausgewogene Berichterstattung, will gleich die Demokratie oder die Sender in Gänze abschaffen. Ich würde Sie bitten, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich würde gern mit Frau König beginnen. Zunächst haben Sie gesagt, ein leistungsbezogenes Vergütungssystem sei nicht per se falsch. Da würde ich sogar zustimmen. Auch hier gilt, dass man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten muss. Aber ich würde gern von Ihnen wissen, auch wenn wir hier keine Personalentscheidungen treffen und zwei Vorredner schon gesagt haben, das sei eigentlich nicht das Thema, warum Sie die Interimskandidatin, die Sie mit herausgefunden haben, für die richtige Kandidatin halten.

Dann würde ich noch gern von Ihnen wissen: Sie haben gesagt, Sie hatten keine Hinweise auf Fehlverhalten bei Ihrer Arbeit im Verwaltungsrat feststellen können. Haben Sie das Gutachten des Rechnungshofs von 2018 zur Kenntnis genommen? Da ging es um die Finanzen beim RBB und um das Vergütungssystem. Da war die Rede von einem intransparenten Bewertungssystem, von automatischen Beförderungen, von Gutscheinen, Prämien, Zulagen und all diesen Dingen. Ist das innerhalb der Gremien des RBB nie thematisiert worden?

Dann hätte ich als Nächstes mehrere Fragen an Herrn Dr. Schulte-Kellinghaus. Ich bitte Sie, es mir nachzusehen, wenn ich Ihnen eine Frage stelle, die Ihnen schon ein paar Mal gestellt worden ist. Ich glaube, ich habe alles geschaut, die Anhörungen in Brandenburg, alle Zeitungsartikel gelesen, aber bestimmt kriegen Sie die Fragen immer wieder aufs Neue gestellt. Deswegen kann es sein, dass ich Sie etwas frage, was Sie schon fünfmal beantwortet haben, und ich muss auch sagen, ich bin mit einigen Antworten nicht einverstanden, zum Beispiel mit dem Brief, den Sie am 1. September an den Brandenburger Landtag geschrieben haben. Da haben Sie gesagt, dass Sie sich zu den ganzen Aspekten der Altersvorsorge nicht äußern können, weil es um individualrechtliche Dinge geht. Ich erwarte nicht, dass Sie Namen nennen oder genaue Höhen, wie viel jemand bekommen hat, aber die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran zu erfahren, wie es um diesen ganzen Komplex der Altersvorsorge beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk steht. Ich würde Sie bitten, doch mehr preiszugeben von dem, was Sie uns anonym mitteilen können, was ist da mitzuteilen gibt. Da wäre zunächst die Frage: Wie viele Personen erhalten denn überhaupt eine Pension vom RBB, Stand jetzt?

Wie hoch ist der Gesamtbetrag in Euro oder in Prozent des Budgets, den der Sender dafür aufwenden muss? Welche Regelung gibt es für frühere Mitarbeiter unterhalb der Intendantin? In der Presse ist jetzt immer die Rede davon gewesen, dass eine Intendantin, die ausscheidet, oder vielleicht noch ein, zwei, drei aus der Geschäftsführung, 75 Prozent ihres letzten Gehalts bekommen. Ich würde gerne wissen, ob das dann auch für Nachgelagerte, Abteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiter, beim RBB gilt. Ist es üblich, ausscheidende Mitarbeiter noch schnell zu befördern, um ihnen eine höhere Zuwendung in der Zeit der Pension zu ermöglichen? Das wären Dinge zum Thema Altersvorsorge. Ich möchte dazu keine Namen, sondern erst mal nur Zahlen.

Dann würde ich gerne den aktuellen Stand der Dinge im Zusammenhang mit dem Medienhaus wissen. Sie haben sich neulich in der „Abendschau“ dazu geäußert. Ich würde aber gerne von Ihnen wissen, wie es zu dieser Kostensteigerung von 60 auf etwa 180 Millionen Euro kommen konnte. Wofür wurde das Geld für Beratungsleistungen ausgegeben? Es ist die Rede von 6 Millionen Euro, die bereits ausgegeben worden sind. Was sind das für Wahnsinnsberatungsleistungen, die da schon vorgenommen worden sind? Wofür wurden die weiteren Gelder im Zusammenhang mit dem Medienhaus ausgegeben? Was ist der Stand des Projekts jetzt? Jemand sagte zu mir, es sei immer noch ausgeschrieben, also es gäbe immer noch eine Datenbank – ich habe es nicht überprüft –, wo ich das finden könnte. Ist das jetzt auf Eis gelegt, oder machen Sie das noch weiter und schauen, ob Sie das irgendwie günstiger hinkriegen? Das wäre eine Frage, die auch wichtig für uns als Haushälter ist, weil wir wahrscheinlich dann dafür am Ende haften müssen. Natürlich möchte ich auch wissen, wer die Auftragnehmer sind, die bisher von Aufträgen im Zusammenhang mit dem Digitalen Medienhaus profitiert haben.

Ich würde auch gern wissen, was der Stand der Abfindung von Patricia Schlesinger ist. Ich vermute, Sie können dazu nichts sagen, weil dazu noch verhandelt wird und die Staatsanwaltschaft dran ist, aber vielleicht gibt es ja doch einen neuen Punkt.

Dann möchte ich über politische Einflussnahme und die Berichterstattung beim RBB reden. Wie stellen Sie denn sicher, dass beim RBB ausgewogen berichtet wird? Gibt es dafür Regeln im Haus?

Eine Sache ist durch diesen ganzen Skandal bekannt geworden: Es gibt eine große familiäre Nähe von einigen führenden RBB-Repräsentanten zu Leuten aus der zweiten und dritten Reihe in der Politik. Da ist der Hauptabteilungsleiter für Magazine, der ist mit unserer Bürgermeisterin verheiratet, da ist der kleine Bruder eines Bundesministers, der Redaktionsleiter bei „Kontraste“ ist. Verstehen Sie, dass es aus der Sicht des Beitragszahlers und des Staatsbürgers problematisch ist, wenn es eine so große Nähe ist, wenn hier immer betont wird, wir sind super unabhängig, und dann gibt es familiäre Verflechtungen dieser Art? Darüber hinaus haben wir ja gehört, dass die Rundfunkratsvorsitzende zurückgetreten ist, nachdem sie die Vermählung zweier Direktorinnen vorgenommen hat. Auch innerhalb des ganzen Senders gibt es offenbar sehr viele persönliche Beziehungen zueinander, wo ich mich frage, ob die sich wirklich im Sinne von Checks und Balances effektiv kontrollieren können.

Dann hätte ich gerne gewusst, welche Vorgaben es zu einer gendergerechten Sprache beim RBB gibt.



Eine Frage, die mich jetzt schon eine ganze Weile beschäftigt, ist, wann ich Akteneinsicht bekomme. Die hatte ich wegen der ganzen Berateraufträge, die vergeben worden sind, bei Herrn Brandstädter beantragt. Er hat das Schreiben noch nicht mal beantwortet. Es ist auch schon zwei, drei Wochen her. Ich würde mich freuen, wenn wir dazu heute ein bisschen weiterkämen.

Ich hätte gerne etwas von Herrn Reinhardt gewusst, und zwar Folgendes: Mir liegt ein Forderungskatalog von Cuttern vor, die in Potsdam und Berlin arbeiten. Es steht kein Name drunter, aber das sah für mich sehr authentisch aus. Die beklagen ineffiziente Personalstrukturen. Da heißt es wörtlich, – Zitat: Brauchen wir wirklich so viele Chefs? Ist Stelle X wirklich notwendig? Auch die Sinnhaftigkeit bestimmter Projekte muss hinterfragt werden. Welche dringend erforderlichen Mittel müssen aus dem Programm abziehen? Ist Projekt Y wirklich sinnvoll? – Ende des Zitats

Können Sie bestätigen, dass Mitarbeiter beim RBB solche Überlegungen anstellen? Ist das authentisch? Stimmt das? Sind die Kritikpunkte berechtigt? Wenn Sie Intendant beim RBB wären, was würden Sie tun, um diese Probleme abzustellen?

Dann hätte ich zuletzt noch zu zwei Vorrednern etwas zu sagen. Zum einen zum Kollegen Goiny, Sie hatten – jetzt ist er nicht da – Kollege Goiny hatte sich zum Thema Rundfunkrat und zu einer Neuausgestaltung des Medienstaatsvertrags geäußert. Wir sind auch der Meinung, dass sich einiges ändern muss. Der Rundfunkrat muss dringend anders zusammengesetzt sein. Es geht nicht, dass hier nur das Juste Milieu seine Vertreter hinschickt. Dann findet keine effektive Kontrolle statt. Deswegen wünsche ich mir eine Kontrolle zum Beispiel mit Leuten, die aufgrund von Zufallsprinzip ausgewählt werden. Natürlich müssen auch oppositionelle Gruppen drin sein, wie Steuerzahler, Autofahrer, denn wenn da nur Ihre Leute drin sind, dann wird es niemals eine Kontrolle geben.

Dann hat sich Herr Goiny erfreulicherweise – jetzt ist er wieder da – zu Gendersprech geäußert. Das fand ich sehr gut. Ich habe ja auch schon gefragt, ob es überhaupt solche Vorgaben gibt. Vielleicht kann uns Frau Kapek noch erzählen, ob sich der Kollege Goiny im Rundfunkrat auch schon so mutig gegen Gendersprech beim RBB ausgesprochen hat.

Zu guter Letzt möchte ich noch einen Aspekt ansprechen, den Sie, Dr. King, eben genannt haben. Sie sagten, es gibt eine wahnsinnig große Konzentration privater Medienhäuser, die uns erdrücken, und der arme kleine öffentliche Rundfunk ist unsere einzige Möglichkeit, uns dagegen zu wehren. Sie haben eine falsche Wahrnehmung der Dinge, das muss ich Ihnen mal so deutlich sagen. Wenn Sie alle überregionalen Tageszeiten in diesem Land – Welt, Bild, FAZ – zusammennehmen und – –

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Entschuldigen Sie, Herr Gläser! Es geht hier um die Fragen an die Anzuhörenden und nicht um einzelne Abgeordnete des Ausschusses. Deswegen würde ich Sie bitten, zum Ende der Fragen zu kommen. – Vielen Dank!

**Ronald Gläser (AfD):** Okay! Ich möchte noch einen Satz sagen. Sämtliche großen privaten Medien in diesem Land machen zusammen weniger Umsatz als die öffentlich-rechtlichen Sender mit ihren 9 Milliarden Euro an Zwangseinnahmen. Das zeigt wirklich, wie die Macht

im Medienbereich in unserem Land verteilt ist. Deswegen ist das auch der Grund, weshalb wir hier einen dringenden Reformbedarf sehen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank! – Herr Förster, Sie haben das Wort!

**Stefan Förster (FDP):** Vielen Dank! – Ich möchte Herrn Grimberg zu Anfang mal beruhigen. Man kann nicht nur mit der Bahn zu spät kommen, auch mit dem Auto. Ich stand heute Morgen aufgrund des großen Wasserrohrbruchs in Treptow auch eine Stunde im Stau. Die Umleitungstrecken inklusive des nichtfunktionierenden Verkehrsfunks haben dazu beigetragen, dass man später da ist. Auch das wäre mal ein Thema für eine Anhörung, Rundfunk und Verkehrsfunk. Aber das betrifft nicht nur die Öffentlich-Rechtlichen. Das kann man im digitalen Zeitalter vielleicht auch anders lösen. Die Busse nebenan standen auch im Stau, das wäre in diesem Falle auch keine Alternative gewesen. Insofern bitte ich, auch meine Verspätung zu entschuldigen. Es gibt auch andere Argumente als die Bahn, wollte ich nur mal Herrn Grimberg zurufen, um zur Anhörung hier zu spät zu kommen.

Ich möchte an der Stelle auch ganz klar sagen – da bin ich mir mit fast allen Vorrednerinnen und Vorrednern einig –, dass wir am Ende gucken müssen, wo Versäumnisse waren und schnell Abhilfe schaffen müssen. Das ist vielleicht keine Frage von Wochen, aber doch von Monaten. Ich fände es gut, wenn wir es hinbekommen, die Schärfung der Profile von Verwaltungs- und Rundfunkrat vor der neuen Amtszeit hier aufs Gleis zu setzen. Da bin ich wirklich beim Kollegen Goiny. Man kann die anderen Dinge ja dann im großen Abwasch später noch nachholen. Es wird noch viele Dinge geben, die man reparieren und korrigieren muss, auch im Rundfunkstaatsvertrag. Der Entwurf von 2021 ist sicherlich nicht mehr 1:1 die Blaupause für das Jahr 2023, wenn wir ihn dann verabschieden wollen. Aber ich glaube schon, dass wir gerade bei den Gremien, die sich Anfang 2023 neu konstituieren, schon klare Beschreibungen brauchen, dass wir die Erwartungen, die wir, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die auch die Öffentlichkeit hat, dort mitberücksichtigen müssen.

Ich will gerne noch mal aufgreifen, was vor allen Dingen Herr Grimberg und Herr Reinhardt schon gesagt hatten, und fragen, was Sie sich an Änderungen vorstellen, ob Sie noch konkretere Vorschläge machen können, insbesondere zur Ausgestaltung der Rolle von Rundfunkrat und Verwaltungsrat. Der Rundfunkrat ist von seiner Stellung im Vergleich zum Verwaltungsrat ein relativ schwaches Gremium, was die Überwachungskompetenzen betrifft. Das können wir jetzt hinterher alles kritisieren. Ich will an der Stelle aber auch sagen, dass zumindest die Vertreterinnen und Vertreter dieses Hauses, die wir gewählt haben – das kann man in den Protokollen nachlesen –, immer Fragen gestellt und mitunter falsche Antworten bekommen haben – auch das ist den Protokollen zu entnehmen –, die nicht gestimmt haben. Nur endet an der Stelle eben auch die Kompetenz. Hart nachzufragen und sich immer wieder nach dem Sachstand von Ereignissen zu erkundigen und dann Antworten zu bekommen, die vielleicht sogar geschönt sind, wie wir jetzt wissen, ist noch mal eine andere Diskussion.

Zum Thema Vertrauen – an der Stelle bin ich bei der Kollegin Kapek –: Vertrauen ist gut, aber Kontrolle ist besser. Dieser Spruch gilt in solchen Fällen nun mal. Aber auch bei jeder Hochschule, bei jedem Parlament, überall, wo es um Haushaltsthemen gibt, müssen andere mit drauf gucken. Deswegen, Frau König, kann ich mir die Kritik auch an Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen: Als stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzende muss man nicht jede Kleinigkeit, die der Vorsitzende macht, hinterfragen. Aber wenn es um so grundlegende Din-

ge geht, wie die Honorarvereinbarungen mit der Intendantin und grundlegende Fragen von Bonuszahlungen und Ähnliches, kann man als stellvertretende Vorsitzende eines Gremiums nicht sagen: Hat der Chef verhandelt. Wird schon stimmen. Machen wir so, heben die Hand, das war es. – Das geht nicht. Wir wissen doch alle, dass das Agieren von Herrn Wolf in dieser Stadt seit vielen Jahren bekannt war. Sie hätten uns doch hier fragen können. Wir wissen doch, wie eng die Ehepaare Wolf und Schlesinger-Spörl befreundet waren, dass sie gemeinsam bei Empfängen auftauchten, dass es Absprachen gab usw. Wir gehen auch zu Veranstaltungen, wir haben das doch auch gesehen. Das ist doch keine Neuigkeit, die Sie jetzt überrascht haben könnte. Gerade dann, wenn ich weiß, dass der Verwaltungsrat sehr enge persönliche Bindungen zur Intendantin und anderen Akteuren in dieser Stadt hat, mit Senatsmitgliedern Golf spielen geht und Ähnliches, dann muss man doch aufpassen und gerade drei und vier Mal hingucken und das hinterfragen. Das muss ich an der Stelle auch sagen, dass das an der Stelle nicht wahrgenommen worden ist.

Sie hatten darauf hingewiesen, dass über alle Jahre Wirtschaftsprüfer im Haus gewesen wären und alles ordnungsgemäß testiert hätten. Dann frage ich Sie: Haben die Wirtschaftsprüfer ver sagt und falsche Dinge testiert, oder sind die Dinge, die testiert wurden, nur moralisch zu be anstanden, rechtlich aber korrekt gewesen? Das ist ja die entscheidende Frage, die sich an der Stelle stellt. Wenn die Wirtschaftsprüfer Dinge nicht hinterfragt und falsch testiert haben, dann hätten sie auch ein Problem und wären in Regress zu nehmen. Auch das wäre eine Auf gabe, die der Verwaltungsrat einzuleiten hätte. Wenn man jetzt eine teure Kanzlei, Lutz|Abel, beauftragt, um die ganzen Dinge aufzuklären, die eigentlich eine Innenrevision leisten müsste, frage ich an der Stelle auch schon – Frau König, aber auch Herrn Schulte-Kellinghaus –: Hat der RBB keine funktionierende Innenrevision, die unabhängig arbeiten und das aufklären kann? Wie ist deren Personalausstattung? Warum hat sie die Ausstattung, die sie vielleicht braucht, nicht? Ich frage an der Stelle auch: Was kostet denn die beauftragte Kanzlei? Wir sind am Ende wahrscheinlich, bei den Stundensätzen – die kann man hochrechnen –, locker bei einem Betrag von über 1 Millionen Euro. Das muss man wohl sagen. Das ist auch wieder Geld der Beitragszahler, damit sollte man nicht leichtfertig umgehen.

Sie, Frau König, hatten darauf hingewiesen, dass Ihnen selber keine Beschwerden zugegan gen seien, weder aus dem Bereich Compliance noch aus dem Bereich der Mitarbeiterschaft und dass Sie deshalb auch keinen Dingen nachgehen konnten. Das mag zum einen daran lie gen, dass möglicherweise das Vertrauen in das Gremium Verwaltungsrat nicht da war, diese Dinge dort zu adressieren. Es mag aber auch daran liegen, dass Sie nicht gezielt nachgefragt haben. Auch ein Kontrollgremium ist ja immer nur so gut, wie man sich Informationen aus der Belegschaft einholt. Ein mir gut bekannter, langjähriger Vorsitzender des Aufsichtsrats einer städtischen Wohnungsgesellschaft hat mir mal gesagt, er geht immer auch ganz normal unangemeldet mal in die Büros der Beschäftigten und fragt konkret nach: Sagen Sie mal, wie können Sie hier arbeiten? Können Sie unabhängig arbeiten? Er fragt die Complianceleute, ob sie sich irgendwie bedrängt fühlen, ob sie Dinge haben, die sie nicht öffentlich machen sollen. Solche Dinge. Das kann man bei unangemeldetem persönlichen Gesprächen ganz gut heraus bekommen. Korrigieren Sie mich bitte, aber der Verwaltungsrat und seine Mitglieder haben diese Gespräche offenbar nicht gesucht und auch nicht geführt.

Herr Schulte-Kellinghaus, Sie haben darauf verwiesen, welche Rolle insbesondere das Direk torium gespielt hat und wie dort die einzelnen Verantwortlichkeiten verteilt waren. Ich möch te an der Stelle aber auch fragen, weil Sie sich in der „Abendschau“ enttäuscht über Ihre ehe-

malige Intendantin gezeigt hätten, dass sie Sie auch beim Thema Digitales Medienhaus nicht vollständig informiert hätte usw.: Sie sind ja nun kein Frühstücksdirektor, sondern im Direktorium einer von vier weiteren gleichberechtigten Personen gewesen. Warum haben Sie denn selber nicht früher mal die Intendantin befragt? Warum haben Sie in den Gremien nicht selber das Wort erhoben oder mal Einsicht in die entsprechenden Unterlagen verlangt, was Ihnen ja zugestanden hätte? Es ist aus meiner Sicht immer ein bisschen billig, die Verantwortung auf diejenigen zu schieben, die nicht mehr da sind. Sagen Sie doch mal etwas zu Ihrer Rolle! Wie haben Sie beim Digitalen Medienhaus und bei den entsprechenden Entwicklungen im RBB kritisch nachgefragt? Denn Sie sind ja auch Teil des Direktoriums gewesen und haben einen Teil der Verantwortung mitzutragen, wie die anderen auch. Es ist immer einfach, in der „Abendschau“ zu sagen, die Intendantin hat uns alle enttäuscht, es ist ja alles nicht bei uns angekommen. Sie hätten aber natürlich auch genauso gut nachfragen müssen.

Dann würde ich gern von Herrn Reinhardt und von Herrn Grimberg noch mal wissen – wir hatten das Thema Ausgestaltung der Gremien schon angesprochen –, wie Sie sich insbesondere dann auch die Rolle und das Miteinanderagieren von Rundfunkrat und Verwaltungsrat vorstellen. Beim Thema Verwaltungsrat steht die Frage an, ob wir bei der Novellierung des Medienstaatsvertrages erstmals innerhalb der ARD zu einem Modell von Hauptamtlichkeit im Verwaltungsrat kommen. Das ist eine Diskussion, die man führen muss. Dann müssen wir uns aber auch dazu bekennen, dass Hauptamtlichkeit Geld kostet. Vielleicht braucht man nicht mehr sieben Mitglieder, sondern nur fünf oder drei oder vier. Wenn man die dann hauptamtlich bezahlt, müssen natürlich auch sämtliche Nebentätigkeiten, jedenfalls eigenwirtschaftlicher Art, hier in Berlin und Brandenburg ausgeschlossen sein, sonst wird man wieder in Diskussionen kommen, die wir nicht haben wollen. Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Lehre. Deswegen die Frage, ob Sie so eine Hauptamtlichkeit befürworten würden und ob Sie, gerade beim Verwaltungsrat, spezielle Bereiche definiert haben wollen, die man an Kompetenz mitbringen müsste, also Juristen, Betriebswirte, Architekten, was immer man dort braucht, ob das eine Überlegung ist, der Sie nähertreten könnten oder wie Sie sich sonst das Gremium Verwaltungsrat vorstellen.

Die Frage wäre beim Rundfunkrat auch zu stellen. Wenn man weiterhin ein Gremium haben will, was von möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen getragen wird, hat man am Ende das Problem, dass außerhalb der politischen Vertreter, die in der Regel ganz gut in den Themen drin sind, weil es ihr Alltagsgeschäft ist, Leute hat – ich sage es mal salopp –, die denken, sie haben Medienkompetenz, weil sie eine Zeitung richtig herum lesen können. Das alleine reicht an der Stelle nicht. Ich habe es schon mal einer Zeitung gesagt: Ich finde es absurd, dass der Brandenburger Bauer dann entscheiden soll, ob das Digitale Medienhaus vernünftig ist oder nicht, wenn er überhaupt keine Kompetenzen in diesem Bereich mitbringt. Die Frage der Stärkung von Gremien und von Kompetenz beißt sich aus meiner Sicht mit einer möglichst breiten Abdeckung, wenn Verbände alleine entscheiden können, wen sie entsenden. Das ist auch eine Frage, die man beim Thema Rundfunkrat durchaus noch einmal stellen sollte.

Vorletzter Punkt: Sie, Herr Grimberg, hatten darauf hingewiesen – und ich will an der Stelle auch noch mal aufgreifen, dass Sie das gesagt haben –, Brandenburg würde im Konstrukt RBB zu schlecht wegkommen. Ich sehe das mitnichten so. Die Diskussion hat man bei allen Medialänderanstalten. Auch beim NDR wird immer behauptet, Hamburg sei der Primus, und die anderen drei Länder kämen zu schlecht weg. Dann hat man den Ländern mit einer

guten Million Einwohnern, wie Mecklenburg-Vorpommern, als Ausgleich riesige Glaspaläste als neue Landesfunkhäuser an den Schweriner See gesetzt, um die Leute zu beruhigen. Das ist immer so eine Diskussion, die wir kennen. Man kann aber nicht mit 38 Prozent Beitragsaufkommen 70 Prozent der Einrichtungen bei sich haben wollen. Das will ich an der Stelle ganz klar sagen. Wer in Brandenburg jemals die Studios des RBB in Frankfurt/Oder und Cottbus besucht hat – im Oderturm in Cottbus ist beispielsweise ein riesiges Studio –, weiß, wie viel Fläche da in Anspruch genommen wird und wie viele Leute dort für vier Stunden Regionalprogramm bei Antenne Brandenburg und ein paar Beiträge für „Brandenburg Aktuell“ sitzen. Damit würde ein Privatsender die ganze Redaktion gestalten. Es gibt auch noch Studios in Perleberg und Prenzlau, also auch die Uckermark und die Prignitz werden mitabgedeckt. Also bitte nicht immer das Märchen erzählen, dass der RBB berlinlastig sei und es in Brandenburg keine RBB-Beschäftigung gebe, keine Studios usw. Rechnen Sie mal zusammen, was die kosten. Vergleichen Sie das mal mit BB-Radio oder anderen. Dann kommen wir, glaube ich, zu einer etwas anderen Wahrnehmung.

Der letzte Punkt ist die Frage der Ausgestaltung von Mitbestimmung: Das ist eine Sache, die auch Herr Reinhardt beim Thema Führungspositionen angesprochen hat. Führungspositionen sind ja nicht nur die Intendanz oder die Direktoren, sondern es gibt ja auch die AT-Verträge darunter, die beim RBB – Kollege King hat es angesprochen – sehr üppig geschlossen worden sind, im Übrigen teilweise fern jeder Mitsprache, aber auch fern jeder Qualifikation. Wenn ein früherer Verwaltungs- oder Betriebsdirektor seinen langjährigen Fahrer unwidersprochen zum Abteilungsleiter machen konnte, dann fragt man sich schon, was beim RBB eigentlich los ist, dass solche Besetzungen ohne jede Beanstandung durchgehen. Da gibt es ja beim Abteilungsleiter eine ganze Menge solcher ähnlichen Fälle, die man sich auch mal angucken müsste. Bei der Spitze aufzuräumen, ist schön und gut, aber bei den Abteilungsleitern wäre auch mindestens die Hälfte mal kritisch zu hinterfragen. Auch das gehört dann zu einem Neuanfang beim RBB.

Wie stellen Sie sich möglicherweise diese Systeme von Außertarifverträgen vor? Sind die noch zeitgemäß? Sollten die Stellen normal ausgeschrieben werden, auch im Sinne einer normalen Mitbestimmung durch die Personalvertretung? Wie kann man das gewährleisten? Weil Frau König auch schon das Thema Intendantenwahl – oder jetzt wieder Intendantinnenwahl – angesprochen hat: Frau König, es gibt seit gestern noch mal massive Kritik an dem Auswahlprozess, insbesondere an der Tatsache, dass Sie keine alternativen Kandidaten vorschlugen. Redakteursausschuss und Freienvertretung haben moniert, dass die Vorschläge qualifizierter Art, die gemacht worden sind, offenbar von Ihnen in der Findungskommission nicht angesprochen wurden oder nicht hinterfragt worden sind. Vielleicht können Sie dazu auch noch Stellung nehmen.

Vielleicht können Sie auch zum Vorwurf, der von den beiden Institutionen erhoben wurde, dass quasi der WDR hier die Personalauswahl diktiert hat, dass also Herr Buhrow mit dem verlängerten Arm in die Personalauswahl eingegriffen hat oder diesen Vorschlag gemacht hat, jedenfalls unterstützt hat, Stellung nehmen. Denn diese Vorwürfe stehen im Raum, auch von der Freienvertretung und vom Redakteursausschuss. Am Ende – auch das wird entscheidend für die Glaubwürdigkeit sein – ist versprochen worden, dass jetzt eine Interimsintendanz eingesetzt wird. Wenn jemand beim WDR einen sehr gut dotierten Posten aufgibt, gehe ich davon aus, dass man hier nicht für die Hälfte des Geldes anfangen möchte. Dann sind wir bei einer Größenordnung von Honoraren wieder in einem Bereich, den wir eigentlich beanstan-

den wollten. Zweitens: Wenn ich dort einen Posten aufgeben, mache ich es nicht für ein halbes oder drei Viertel Jahr. Dann mache ich mir Hoffnungen, etwas Weiteres zu erreichen. Deswegen noch mal ganz klar die Frage: Gilt die Zusage, dass die Interimsintendanz dann nicht die neue Intendantenstelle besetzt, sondern dass ausgeschrieben wird und das Verfahren so ist, dass wir auf jeden Fall in einem Jahr jemand anderen an der Spitze vom RBB haben? – Vielen Dank!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Förster! – Jetzt kommen wir in die Antwortrunde. Ich weiß nicht, wie Sie sich das aufteilen wollen, wer anfangen möchte. – Sie haben das Wort!

**Dr. Jan Schulte-Kellinghaus** (Rundfunk Berlin-Brandenburg RBB, Programmdirektor und geschäftsführender Intendant): Dann fange ich mal an. Ich hoffe, dass ich tatsächlich alle Fragen mitbekommen habe, bin mir aber sicher, dass Sie sie mir noch mal stellen werden, wenn ich sie nicht ausreichend beantwortet habe.

Eine Frage war, welche Aufgaben aus meiner Sicht für die neue Intendanz oder Interimsintendanz jetzt anstehen. An fachlichen Projekten sind es zwei. Das ist das Digitale Medienhaus, nämlich genau die Frage, wie es jetzt mit dem Projekt weitergeht und welche Optionen man eigentlich hat, das weiterzuführen, zu beenden oder ein neues Projekt zu machen. Das zweite große Thema ist die wirtschaftliche Situation des RBB mittelfristig. Die drei weiteren großen Themen, die ich sehe, sind eher organisatorischer Art. Na klar muss die Geschäftsleitung neu aufgestellt werden. Wir haben als amtierende Geschäftsleitung gesagt, wir machen das jetzt auf Zeit, bis eine neue Führung kommt. Die wird dann entscheiden, wie die Geschäftsleitung in welcher Form weitermacht oder nicht weitermacht. Das Thema Compliance muss betrieben werden. Es war ja hier gerade schon die Innenrevision angesprochen worden. Ja, aus meiner Sicht ist die personell nicht ausreichend besetzt. Auch das Thema Ombudsmann, Ombudsfrau für extern und intern wurde angesprochen. Das sind alles Sachen, die jetzt geregelt werden müssen. Das aus meiner Sicht fünfte große Thema ist die Partizipation. Darüber hat Herr Reinhardt schon gesprochen. Das hat für mich verschiedene Ebenen, auch gerade jetzt in der Krise hat es verschiedene Ebenen.

Frau Kapek hat nachgefragt, welche Maßnahmen zur Partizipation ich konkret meine. Wir, Herr Reinhardt und ich, auch mit den Mitarbeitervertretungen, reden im Moment über eine Zukunfts- oder Aufklärungskommission, die, neben dem, was die Generalstaatsanwaltschaft und die Compliancekanzlei machen, für den RBB und seine Mitarbeiter das Geschehene aufarbeitet und Fragen stellt und beantwortet, was wir gemeinsam für eine Unternehmenskultur schaffen müssen und wie wir die schaffen, damit sich so etwas nicht wiederholt. Ich habe nur gesagt, ich fände es gut, dass wir das machen, wenn die neue Intendantin oder der neue Intendant da ist, damit das auch wirklich das Backing hat. Deshalb sage ich, wir sind im Gespräch. Es gibt im Moment Vorschläge aus der Belegschaft, so eine Art Krisenbeirat zu machen, dass man sagt, regelmäßig, nicht mehr nur in Monatsgesprächen, sondern wöchentlich begleiten die Mitarbeitervertretenden und ausgewählte Kolleginnen und Kollegen die Arbeit der Geschäftsleitung. Auch das, glaube ich, muss in irgendeiner Art und Weise eine Form finden, ist aber ein Punkt, über den wir jetzt nachdenken müssen. Auch das setzt aber voraus, dass wir eine – ich sage es jetzt mal salopp – neue Chefin haben, mit der wir das dann besprechen können und mit der man das organisieren kann. Zu solchen Formen der Partizipation jetzt im

Konkreten muss man sich aber auch überlegen, was aus solchen Modellen für die Regelzusammenarbeit in der Zukunft werden kann.

Sie haben mich gefragt, was ich glaube, was man aus rundfunkstaatsvertraglicher Sicht aus der Sache lernen kann. Zum einen erst mal die Frage der Stellungnahme: Zu dem Medienstaatsvertrag haben wir schon Anfang des Jahres Stellung genommen. Ehrlich gesagt, bin ich mir jetzt nicht ganz sicher, in welchem Status die Neuauflage des RBB-Staatsvertrags ist. Dazu werden wir aber sicher auch Stellung nehmen. Das möchte ich jetzt nicht als Entschuldigung verstanden wissen. Herr Förster, Sie stellen die richtige Frage, die stellen wir uns in der Geschäftsleitung auch: Hätten wir hartnäckiger sein müssen? Hätten wir besser hingucken müssen? Die Frage liegt auf der Hand. Trotzdem kann ich jetzt natürlich schlechte Vorschläge machen, wie unser Kontrollorgan sich aufstellt, denn wir sind ja das Objekt der Kontrolle. Deshalb ist es nicht an mir, Ihnen Vorschläge zu machen, wie man die Arbeit des Rundfunkrats oder des Verwaltungsrats gesetzlich anders gestaltet. Das müssen die Rundfunk- und Verwaltungsräte machen. Da bin ich ein schlechter Ratgeber, denn die sollen uns ja kontrollieren. Aber ich glaube, aus meiner Sicht, das kann ich hier dazu beitragen, dass man sich über die sogenannte Intendantenverfassung noch mal Gedanken machen muss. Es steht im RBB-Staatsvertrag, der Intendant, die Intendantin leitet den Rundfunk Berlin-Brandenburg in eigener Verantwortung. Sonst nichts.

Zu den Direktoren und Direktorinnen ist im Rundfunkstaatsvertrag geregelt, dass sie auf Vorschlag der Intendantin gewählt werden und dass sie jederzeit abberufen werden können. Mehr nicht. Wenn man das mit dem Recht einer Aktiengesellschaft vergleicht, hat da der Vorstand eine gemeinsame Verantwortung für die Entscheidungen des Unternehmens. Er kann dann noch einen Vorstandsvorsitzenden wählen, der dann so ein bisschen Primus inter Pares ist, aber der Vorstand hat die gemeinsame Verantwortung. Das ist im Rundfunkstaatsvertrag des RBB anders geregelt. Das ist aber keine Besonderheit des RBB. Ich glaube, diese Art von Intendantenverfassung findet sich in allen anderen Rundfunkstaatsverträgen. Ich glaube, entweder muss man, würde ich vorschlagen, den Direktorinnen und Direktoren eine größere Verantwortung im Gesetz geben, so etwas wie eine gemeinsame Verantwortung für die Entscheidungen, oder wenigstens festlegen, dass jeder Direktor, jede Direktorin für ihr Arbeitsfeld die Verantwortung trägt, dass die Gremien ausreichend transparent über das, was sie tun, informiert werden. Das wäre mein Beitrag dazu.

Vielleicht auch noch ein Beitrag, weil wir über Wolf-Dieter Wolf sprachen und dass das vielleicht ein Interessenkonflikt ist, weil er auch Aufsichtsrat der Messe war: Es gibt auch im Rundfunkstaatsvertrag Unvereinbarkeitsvorschriften. Es ist geregelt, wer nicht im Rundfunk- oder Verwaltungsrat sitzen kann. Auch die könnte man sich noch mal angucken in der Hinsicht, ob da Änderungen sinnvoll wären und dem vielleicht ausgewichen werden kann. Auf der anderen Seite muss ich aber sagen, der RBB berichtet über jeden und alles, was berichtenswert ist, auch über den Naturschutzbund, ob da jetzt in den Rundfunkrat ein Vertreter entsandt ist oder nicht, das tut er trotzdem. Man wird trotzdem immer die Situation haben. Vielleicht macht es aber Sinn, sich diese Unvereinbarkeitsvorschriften noch mal anzugucken.

Frau Kapek hat mich gefragt, was ich mit der Leistungsprämie und den Verträgen meine. Wir haben beschlossen, und der Verwaltungsrat hat die Erwartung definiert, dass es dieses Prämienmodell im RBB nicht mehr geben soll. Deshalb wird es das für Neuverträge nicht geben. Wir haben aber natürlich in den bestehenden AT-Verträgen – das wissen Sie – dieses Prämi-

enmodell drin. Jetzt müssen wir mit jedem Einzelnen darüber reden, dass der Vertrag geändert werden muss. Dazu hoffe ich, dass wir einen systematischen Vorschlag machen können, auf den sich alle einlassen. Faktisch sind es aber natürlich Einzelverträge, die nur in gegenseitigem Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Mitarbeiter geändert werden können. Die Hoffnung ist – das ist jetzt die Aufgabe der Personalabteilung, wir haben darüber gesprochen –, dass die einen Vorschlag machen, der das möglichst einheitlich macht. Das führt nicht zur Abschaffung des AT, es wird aber durchaus über ein HR-Modell nachgedacht.

Die Berichterstattung unseres Recherteams ist super. Ich habe an manchen Stellen eine andere Meinung. Bei dieser Berichterstattung fand ich es noch nicht zu Ende recherchiert, denn auch der HR hat natürlich ein AT-System. Die bezahlen ihre Leute nach Tarif, und es gibt einen außertariflichen Zuschlag, das ist ja nichts anderes als eine außertarifliche Vergütung, nur zusammen mit einer tariflichen Vergütung. Deshalb glaube ich, dass man sich das noch mal genau angucken muss. Unser Ziel ist aber, dass wir diese Leistungsprämien nicht mehr haben. Wir haben auch in der Geschäftsleitung beschlossen, dass wir auf die verzichten werden.

Es wurde nach der inhaltlichen Abgrenzung der unterschiedlichen Ermittlungen gefragt. Das ist natürlich ein Problem. Natürlich hat die Generalstaatsanwaltschaft überall Vorfahrt. Dann hat auch die Compliancekanzlei Vorfahrt. Dann beginnt die Diskussion, wie wir eine innere Aufbereitung für uns und die Belegschaft machen können und wie das zueinander passt, ohne dass sich das behindert und ohne, dass jede Akte dreimal angeschaut wird. Das müssen wir regeln. Ich bin mir sicher, dass wir das hinkriegen, aber auch dafür braucht es natürlich eine neue Chefin, einen neuen Chef, damit man das gut regeln kann.

Herr Gläser hat nach der Unabhängigkeit unserer Berichterstattung gefragt. Wir haben ein Redaktionsstatut im RBB. Das legt fest, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Redaktionen frei und unbeeinflusst durch den Arbeitgeber RBB in ihrer Berichterstattung sind. Dazu gibt es einen Redaktionsausschuss, der über dieses Redaktionsstatut wacht. Sobald eine Kollegin oder ein Kollege den Eindruck hat, nicht frei berichten zu können, müssen und sollten sie den Redaktionsausschuss dazu anrufen.



Das ist die rechtlich vereinbarte Grundlage dafür. Natürlich streiten wir uns jeden Tag wahnsinnig in Redaktionssitzungen, welche Perspektiven da reingehören und welche nicht, und das gehört natürlich zum Redaktionsprozess dazu, dass man ein möglichst ausgewogenes Bild, möglichst viele Perspektiven zu den Themen liefert.

Beim Komplex Altersversorgung kann ich natürlich jetzt über Einzelverträge nichts sagen. Ich verstehe auch Ihre Grundsatzfragen, Herr Gläser. Verzeihen Sie es mir, dass ich da nicht aussagefähig bin. Das würde ich aber gerne nachliefern. Also die Frage: Wie ist die Altersversorgung insgesamt im RBB geregelt, und wie viel Prozent der Aufwendungen gehen da drauf? –, da bin ich mir sicher, haben wir auch schon aufbereitet auf Transparenzseite, aber das liefere ich gerne nach. Sehen Sie mir es nach, dass ich das im Augenblick nicht kann.

Medienhaus: Herr Gläser, Sie fragten: Wofür sind die 6,6 Millionen Euro? – Für sehr viele unterschiedliche Dinge. Das Wesentlichste sind natürlich die Planungskosten des Architekten, denn wir sind in der Vorplanungsphase. Wir haben einen Architektenentwurf, und die Erstellung dieses Entwurfes hat Geld gekostet. Wir haben zusätzlich sehr viele unterschiedliche Gutachten erstellt über den Baugrund, über sehr verschiedene Dinge. Ich bin nicht aus der Bauabteilung und kann Ihnen das nicht genau erklären, aber es sind sehr viele Gutachten erstellt worden zu der Frage: Unter welchen Bedingungen kann man überhaupt an dieser Stelle bauen? Und ja, es ist auch Geld für Beratungen in diesem Prozess bezahlt worden.

Wie ist der Stand des Projektes? – Das Projekt ist jetzt angehalten. Das ist es schon seit dem 18. Juli, weil wir wegen der Compliance-Vorwürfe gesagt haben, wir treiben da nichts voran, wo wir nicht hundertprozentig sicher sind, dass das compliance-technisch in Ordnung ist. Wir prüfen jetzt alle Möglichkeiten. Wie gesagt, der Bau ist nicht beauftragt. Es sind auch keine Kredite beantragt worden. Jetzt geht es um die Frage, wie wir weiter machen, und da gehört es dazu, dass wir auch prüfen: Kann man eine geordnete Pause machen, die aber natürlich nicht ihrerseits dann wahnsinnig viel Geld kostet, sondern dass man Zeit gewinnt, auch mit den Projektpartnern, um dann zu sagen: In einem halben Jahr wissen wir dann, wie wir mit dem Projekt weiter umgehen? Das ist im Moment das Ziel, und wir prüfen, was dafür zu tun ist. Wir prüfen auch, dass diese geordnete Pause geordnet ist und nicht ihrerseits dann wieder Geld kostet. – Über politische Einflussnahme habe ich gesprochen.

Gendergerechte Sprache: Bei der gendergerechten Sprache gibt es eine Regel im RBB: nicht in den Nachrichten. In den Nachrichten wird nicht gendert. Eine Ausnahme gibt es bei „Fritz“, weil wir glauben, dass das in der Wahrnehmung der jungen Menschen anders ist als in der Gesamtbevölkerung und dass das die jungen Menschen nicht stört. Aber ansonsten haben wir gesagt: In den Nachrichten gendern wir nicht. Ansonsten stellen wir es aber den Redaktionen frei, damit umzugehen. – Ich glaube, ich habe eine Menge beantwortet. Sagen Sie mir, was ich noch nicht beantwortet habe. Aber vielleicht will ich auch erst mal Frau König und Herrn Reinhardt vorlassen, und dann stehe ich wieder jederzeit zur Verfügung.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Sie können jetzt untereinander das Wort hin- und herreichen. – Frau König!

**Dorette König** (Rundfunk Berlin-Brandenburg; amtierende Vorsitzende des Verwaltungsrats): Dann mache ich weiter und würde aber auch ein wenig absichten, weil einige Fragen an uns gemeinsam gingen, sodass ich möglichst nicht wiederhole. Es gab die Frage, ob der

Verwaltungsrat beim Ehrenamt an Grenzen stößt. – Ich habe schon viel in Ehrenämtern gearbeitet, wo es diese Probleme nicht gab. Aus meiner Sicht muss nicht zwingend der Verwaltungsrat hauptberuflich tätig sein, denn wir haben ein Organ, das ist die Intendantin. Da fände ich es sehr viel zielführender, die Vollmachten einer Intendantin durchaus breiter auch auf eine Geschäftsleitung mit Konsequenz des Vier-Augen-Prinzips zu hinterfragen, also das hauptberuflich auch abzubilden. Wir brauchen aber, wenn wir das leisten wollen, natürlich entsprechende Gremien, ein Gremienbüro, eine entsprechende Möglichkeit nicht im Sinne einer organisatorischen Assistenz, die es bisher lediglich ist, sondern auch im Sinne einer fachlichen Assistenz, gerade wenn man zu unterschiedlichen Standpunkten kommt. Wir können natürlich auch extern Dinge beauftragen, aber hier haben wir natürlich auch die Kosten im Blick. Wenn wir eine juristische Frage hatten, dann ist diese an das Justizariat gegangen, und die wurde dann auch mitunter so beantwortet, dass man natürlich aus Sicht der Intendanz oder der Intendantin geantwortet hat. Wir haben natürlich auch Diskussionen gehabt und unterschiedliche Herangehensweisen, aber sind möglicherweise auch nicht zu allen Punkten durchgedrungen. Insofern wäre es gut, das kenne ich aus anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten, wenn man ein Gremienbüro hat, das in jedem Fall juristischen und kaufmännischen Sachverstand abbildet im Sinne von Referentinnen und Referenten, die einen dann entsprechend unterstützen und auch vorbereiten, so wie Sie das wahrscheinlich auch mit Ihren Büros kennen. Gegenwärtig mache ich im Ehrenamt weitgehend alles allein, außer organisatorische Themen.

Ich finde die Professionalisierung des Ehrenamtes sehr wichtig. Das gibt es auch in einigen Landesrundfunkanstalten. Ich durfte die letzten acht Monate im Rahmen des ARD-Vorsitzes, das hatte Herr Wolf mir überlassen, dort den Finanzausschuss leiten innerhalb der ARD und bin da, vorher eben nicht, mit sehr vielen Gremienvertretern aus Rundfunkräten und Verwaltungsräten der anderen Landesrundfunkanstalten in Kontakt gekommen. Es ist so, dass es bereits in anderen Landesrundfunkanstalten klare Vorgaben gibt, fachliche Qualifikationen, die festgeschrieben werden, sodass eine gewisse Breite, wie es auch in anderen Aufsichtsräten üblich ist, des Ehrenamtes abgesichert ist und das natürlich auch Grundlage ist für eine Wahl des Rundfunkrates. Da haben zumindest mir die Kollegen berichtet, dass sie damit gute Erfahrungen gemacht haben.

Die Frage, wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte: Ja, es ist einerseits Vertrauen, aber man muss dazu auch ganz klar sagen: Wir haben alles, was uns vorlag, nicht nicht betrachtet. Wir haben die Vorlagen, die uns vorgelegen haben – – Deshalb würde ich das mit der Frage von Herrn Dr. King verbinden: Haben Sie die Vorgänge nicht gekannt oder falsch eingeschätzt? – Wir haben eine Vorlage. Die Vorlage bekommen wir aus dem Fachbereich. Sie wird von der Intendantin unterschrieben, und nach dem zuständigen Berichterstatteprinzip sind wir in die Fachbereiche tiefer eingestiegen. Insofern ist zu hinterfragen: Ist uns alles vorgelegt worden? Ist uns alles bekannt gemacht worden? Inwieweit haben wir dann in den individuellen Gesprächen Störgefühle entwickelt? – Ich kann Ihnen ganz klar sagen, ich habe ab Oktober, November zum Digitalen Medienhaus massiv Störgefühle entwickelt, weil ich aus dem Fachbereich gewisse Signale erfahren habe, die ich dann auch versucht habe, bilateral mit Herrn Wolf zu klären. Es ist mir bilateral nicht gelungen, was dazu geführt hat, dass ich im März ganz klar dieser Vorlage von 125 Millionen Euro nicht zugestimmt habe, weil mir die Transparenz gefehlt hat. Es war aber so in der Argumentation, auch da sind uns keine 188 Millionen Euro genannt worden, sondern 125 Millionen Euro, und auch die aus meiner Sicht nicht hinreichend transparent. Erst diese Diskussion, der Berichterstatte war Herr Wolf, die zu sehr viel Unmut auch zwischen uns geführt hat, hat überhaupt etwas in Gang gesetzt im

Verwaltungsrat, sodass wir im Juni nach der Verwaltungsratssitzung uns deutlich in einem kleinen Kreis im Verwaltungsrat verständigt haben. Es war dann absehbar, dass ich dann auch für meine Position Mehrheiten habe, und es war angedacht, dass wir im September eine Klausur durchführen, um über die Arbeitsweise an diesem konkreten Beispiel zu sprechen. Nun haben uns die Ereignisse eingeholt. Insofern kann ich hier beides sagen. Sicherlich will ich mich nicht herausreden, dass wir vielleicht oder auch sicher Dinge falsch eingeschätzt haben, nicht erkannt haben aufgrund der Vorlage, aber es ist so, dass wir auch manches gar nicht in der Vorlage genannt bekommen haben. Wir haben gerade in der sechsstündigen Verwaltungsratssitzung am 31. August sehr deutlich mit hoher Transparenz von den Mitarbeitenden, die damit befasst waren, gesagt bekommen, dass sie die klare Auflage hatten, auch Dinge nicht dem Verwaltungsrat zu sagen, weil sie Gefahr laufen, dass dann der Verwaltungsrat dieses Projekt kritisch hinterfragt und vielleicht stoppt.

In dem Zusammenhang: Was müsste passieren, um das zu verhindern? – Es muss ganz klar passieren, dass wir sehr viel mehr Möglichkeit haben, dort auch unabhängig ins Haus zu prüfen und dann auch eigene Dinge zu hinterfragen. Da war das Zuständigkeitsprinzip, das Berichterstattungsprinzip sicherlich nicht gut, aber es ist natürlich auch so, man muss dann auch, wenn Leute einem bewusst Dinge nicht sagen – – Ich habe selbst im Mai noch von der zuständigen Projektleiterin, Frau Formen-Mohr, die sehr eng mit der Intendantin zusammengearbeitet hat, eine andere Zahl von 150 bis 160 Millionen Euro bekommen, und mir ist gesagt worden im Mai, weil ich nachgehakt habe: Diese Zahlen dürfen wir gar nicht sagen aufgrund von Sachen, die die Anwälte gesagt haben: das wäre kritisch, wenn man das jetzt, weil es Angebote sind, und das sind Zahlen, die nicht der Öffentlichkeit zugänglich sein sollten zu dem Zeitpunkt des Standes des Verfahrens. Insofern ist es, glaube ich, beides. Es ist einerseits: Wir hätten schon viel früher kritischer nachfragen müssen. Wir sind auf dem Weg gewesen, gerade beim Digitalen Medienhaus. Wir waren schockiert, dass uns ganz bewusst gesagt wurde, welche Dinge dem Verwaltungsrat vorenthalten worden sind und damit auch dem Rundfunkrat. Insofern werden wir zu prüfen haben, inwieweit wir da auch gegen Personen vorzugehen haben, die das zu verantworten haben. Gleichwohl muss man zukünftig natürlich überlegen: Wie kann man das vermeiden? Auch das war eine Frage. Wir brauchen ein anderes Compliance-System. Das hat bereits die Kanzlei Lutz|Abel festgestellt. Die Compliance-Beauftragte war direkt weisungsgebunden bei der Intendantin. Das haben wir sofort mit Beginn der Prüfung durch Lutz|Abel verändert durch eine Veränderung ihres Arbeitsvertrages. Wir haben nur eine Compliance-Beauftragte, eine Person, die insofern nicht unabhängig war. Es gibt andere Beispiele in Landesrundfunkanstalten wie im MDR, wo nach dem KiKA-Skandal und anderen Dingen ganz bewusst Compliance-Systeme anders aufgebaut worden sind. Hier gibt es auch gute Beispiele, wo wir uns in jedem Fall als RBB anders aufstellen müssen, damit diese Unabhängigkeit gesichert ist.

Zum anderen war auch die Personalkapazität völlig unzulänglich, was auch dazu geführt, dass Lutz|Abel in den ersten Wochen sehr zu tun hatte, die Rahmenbedingungen für eine gute Prüfung aufzustellen. Wir haben jährlich einen Compliance-Bericht und auch von der internen Revision einen Bericht erhalten. Auch der ist natürlich eingereicht von der Intendantin. Dort, wo wir Hinweise bekommen haben, auch bei der internen Revision – – Man muss sich sicherlich auch fragen, ob die interne Revision von den Personalkapazitäten her hinreichend besetzt ist, aber wir haben durch die Gespräche, die wir jetzt geführt haben, und wir arbeiten sehr eng mit der internen Revision zusammen wie mit der Compliance-Beauftragten, bereits mitgeteilt bekommen, welche Dinge alle nicht bearbeitet worden sind, nicht bearbeitet werden

konnten, weil Arbeitskapazitäten fehlten und die Sensibilität auch vonseiten der Intendantin nicht da war, weil in andere Dinge investiert wurde oder andere Dinge eine höhere Priorität hatten. Das ist sicherlich eine Aufgabe, die dringend und zwingend, um zukünftig solche Dinge zu vermeiden, angegangen werden muss. Wir haben deshalb den Prüfungsgegenstand auch mit der Kanzlei Lutz|Abel dahingehend gestaltet, dass nicht nur die einzelnen Dinge aufgearbeitet werden und die übrigen natürlich auch, inwieweit ein Fehlverhalten vonseiten des Verwaltungsrates vorliegt. Wir stehen da genauso in Interviews, arbeiten zu, haben ein großes Interesse. Wenn eine Krise überhaupt etwas Gutes hat, dann, dass wir alle miteinander daraus lernen können und uns weiterentwickeln. Insofern schonen wir uns da nicht. Ich will hier auch nicht verstanden wissen, dass wir nicht eine Mitverantwortung haben, aber es ist eine Gemengelage. Ich habe versucht, Ihnen das darzustellen. Der Prüfungsgegenstand lautet, dass eben nicht nur eine Bewertung der Vorkommnisse aus der Vergangenheit erfolgt, sondern auch Handlungsableitung und Empfehlungen unterbreitet werden.

Da komme ich zu der Frage – ich glaube, das war Frau Kapek –: Wann ist die Aufklärung abgeschlossen? – Es wird jetzt so sein, dass Mitte September sich die Kanzlei Lutz|Abel in der Rundfunkratssitzung den Fragen der Rundfunkräte stellt. Das hat sie Ende August in der Verwaltungsratssitzung getan. Sie hat uns gesagt, sie wird wenig zu den Ergebnissen abschließend sagen können, denn es gibt auch eine Abstimmung zwischen Generalstaatsanwaltschaft und Kanzlei, und, was Herr Dr. Schulte-Kellinghaus schon gesagt hat, es ist so, dass die Generalstaatsanwaltschaft an einigen Dingen die Kanzlei Lutz|Abel bewusst angehalten hat, zu diesen Themen nicht tiefer zu gehen, weil es auf dem Tisch der Generalstaatsanwaltschaft liegt. Das heißt, Lutz|Abel kann sich nur zu den Themen dann gegebenenfalls äußern, wenn man sie in sich abgeschlossen, abgeschichtet bearbeiten kann, wo es keine Probleme zu den Untersuchungen der Generalstaatsanwaltschaft gibt, wo sie uns gleich gesagt haben: Das Digitale Medienhaus ist so komplex, dass wir dort noch warten müssen, weil dort aufgrund der Datenmenge, der Datenflut, der Relevanz dann auch der generalstaatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die, gerade wenn die im Raum stehenden Vorwürfe abgearbeitet werden, am Digitalen Medienhaus nicht vorbeikommen. Da werden wir im September noch keine Ergebnisse haben. Das ist der jetzige Stand. Der Rundfunkrat wird sich aber berichten lassen über das, was die Kanzlei macht. Insofern sind wir auch als Verwaltungsrat in engem Austausch.

Zu den Kosten: Wir haben im ersten Monat eine Honorarabrechnung. Die Stundensätze sind im üblichen Bereich. Da gibt es Spannbreiten, und ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung sagen, auch wenn man über so eine Mandatsvereinbarung nicht im Detail spricht, sie liegt nicht im oberen Bereich. Es arbeiten nicht nur Partner, es arbeiten auch Associates, unterschiedliche Leute, die auch mit unterschiedlichen Stundensätzen dann in die Abrechnung eingehen. In den ersten vier Wochen ist ein geringer sechsstelliger Betrag entstanden, und es wird jetzt davon abhängen, wie der Aufwand weiter entsteht. Wir achten sehr darauf, auch die Compliance-Beauftragte, die interne Revision und auch wir vonseiten des Verwaltungsrates, dass natürlich ein nicht unnötiger Aufwand entsteht und auch nicht Dinge doppelt und dreifach gemacht werden oder mehrere Anwälte an einem Thema arbeiten, wo es vielleicht einer allein kann. Also da sind wir sensibilisiert.

Dann gab es die Frage: Haben die Wirtschaftsprüfer nicht richtig geprüft? – Doch, die Wirtschaftsprüfer haben richtig geprüft, aber es war so, dass diese Art von Managementletter, die wir jetzt bekommen haben Ende August, von dem Wirtschaftsprüfer Mazars, der momentan den RBB prüft, in dieser Detaillierung noch nicht hatten, und auch meine Frage im kaufmänn-

nischen Bereich wurde mir dann mitgeteilt, dass auch im Vorfeld bei bisherigen Managementlettern durchaus Fragen geklärt, man kann auch sagen, vielleicht abgeräumt wurden, um bewusst zu der Erkenntnis zu kommen: Das haben wir jetzt gelöst, und das ist dann nicht mehr relevant für das Aufsichtsgremium. Das hatte keine Wirkung auf Zahlen, und insofern sind die Jahresabschlüsse nicht infrage zu stellen. Wir haben bisher keine Erkenntnisse. Man weiß nicht, was da hochkommt, aber es gibt bisher keine Erkenntnisse, dass wir bisherige Jahresabschlüsse infrage stellen. Es ist aber natürlich sehr zwingend, wenn eine Compliance-Untersuchung jetzt in der Dimension und Größenordnung, was gerade auch das Digitale Medienhaus anbelangt, stattfindet, dass das dann eine Relevanz haben könnte, die Einfluss hat auf den Jahresabschluss, weshalb wir dem Rundfunkrat vorschlagen, den Jahresabschluss 2021 nicht festzustellen, bis das geklärt ist.

Warum halte ich eine Interimsintendantin für gut? Eine andere Frage war noch zu den Kompetenzen und zur Findungskommission. – Ich glaube, wir haben da unterschiedliche Meinungen, was der Auftrag der Findungskommission ist. Wir haben fünfmal sehr intensiv getagt. Wir haben auch Kandidaten angehört, die die Personalvertretung vorgeschlagen hat. Ich glaube, das war sogar auch ein Vorschlag von der Freienvertretung. Ich bin aus der Rundfunkratsitzung – – Nachdem wir ein sehr enges Zeitfenster, ausdrücklich keine Ausschreibung, von der Rechtsaufsicht für die Möglichkeit der Besetzung einer Interimsintendantin oder eines Interimsintendanten bekommen haben, habe ich den Auftrag so verstanden – es ist ja immer ein Thema der Wahrnehmung –, dass wir aus Sicht des Verwaltungsrats, die wir der Meinung sind, dass das Haus momentan ein Führungs- und Managementvakuum hat. Aufgrund der unterschiedlichen Themen, die auch schon tangiert wurden, Vertrauen in der Geschäftsführung sowohl in der ARD aber auch aus dem Haus, haben wir gesagt: Hier muss zwingend etwas passieren. Wir halten das nicht durch. Wir als Verwaltungsrat sehen es für die Stabilität des RBB als dringend geboten an, recht schnell jemanden einzusetzen, der Ansprechpartner ist und hier auch wirksam sein kann für die anstehenden Untersuchungen, für die Bearbeitung der Themen bis hin zur Aufstellung des Jahresabschlusses usw. Insofern habe ich dann auch sehr klar gesagt: Ich erwarte, aus Sicht auch des Verwaltungsrates, eine Management- und Führungskompetenz. Es wird zunächst nicht darum gehen, in einer interimistischen Phase Programme zu überarbeiten und weiter zu entwickeln, sondern es wird darum gehen, das Haus zu führen, das Haus wieder zu einen, die Aufklärung bestmöglich zu einem Ergebnis zu bringen und eine Grundlage zu schaffen, dass der RBB wieder aufs Gleis gesetzt wird und in ruhigem Fahrwasser ist. Aus meiner Sicht sind da entsprechende Kompetenzen erforderlich, die die jetzt in Rede stehende Kandidatin sehr gut mitbringt aufgrund ihrer Beratungs- und Restrukturierungserfahrung, aufgrund ihrer Managementenerfahrung. Ich hatte durchaus auch einen Kandidat außerhalb der ARD mit ins Gespräch gebracht. Ich fand das gerade vor dem Aspekt ARD-Gewächs schwierig. Dieser Kandidat hat nicht die Zustimmung der Personalvertretung gefunden, weil man eben der Meinung war, es wäre doch sehr hilfreich, wenn es jemand wäre aus der ARD, weil derjenige dann sehr viel schneller die Komplexität, das Konstrukt versteht und schneller wirksam sein kann, was ich auch nachvollziehen kann. Wenn jemand von außen kommt, braucht er sehr viel länger, und wenn wir über eine Interimsintendantin sprechen, dann ist es sicherlich richtig, dass jemand, der das Konstrukt kennt, schneller aktiv sein kann.

Ausdrücklich ist es so, dass der Vorschlag nicht von Tom Buhrow kam. Ich habe mich mit Tom Buhrow persönlich, bevor er sich am Samstag in der „Tagesschau“ geäußert hat – – sehr kritisch votiert – –. Ich habe ihn dringend gebeten, es nicht zu tun aufgrund des Signals ins

Haus, aber da gab es auch Verletzungen in der Zusammenarbeit zwischen der bisherigen amtierenden Intendantin und den anderen Intendanten. Ich bin trotzdem der Meinung, das war absolut nicht glücklich, und das hilft uns in der Situation nicht, aber Herr Buhrow hat keine Aktie daran. Im Gegenteil, er möchte am liebsten die Kandidatin nicht gehen lassen, weil sie für ihn auch im WDR sehr wichtig ist. Diesen Vorschlag habe ich von anderer Seite erhalten und habe dann mit der Kandidatin gesprochen, ob sie sich das vorstellen kann. Wir haben andere Kandidaten gehabt, die wir auch erörtert haben und die ich nicht generell weggewischt habe, aber sehr wohl habe ich eine andere Sicht auf die Kompetenzen für diese interimistische Besetzung gehabt. Ich habe gesagt, einen Programmdirektor mit aus meiner Sicht nicht hinreichender Erfahrung was Krise, was Restrukturierung, was das Management anbelangt und das Aufsetzen von Compliance- und Revisionsystem usw., halte ich vielleicht perspektivisch für gut, aber in der jetzigen Situation für nicht geeignet, und da haben wir erkennbar unterschiedliche Auffassungen in der Findungskommission gehabt, was mich, ehrlich gesagt, gestört hat, weil das alles nicht vergnügungssteuerpflichtig ist, gerade, wenn man hier jedes Wochenende sitzt. Wir hatten am Sonntag einen klaren Kompromiss mit dem Commitment auch der Freienvertreter, dass es nicht ihre Kandidatin ist, aber sie die Kandidatin von den Kompetenzen her akzeptieren. Insofern halte ich das auch für die jetzige Situation für schwierig, wenn eine Debatte in der Richtung läuft. Wir haben aber alle das Recht, unsere Meinung zu sagen.

Ich glaube auch, wenn das nicht gelingt, dann ist das sehr schwierig für den RBB, denn dann müsste eine Ausschreibung gestartet werden. Sie können sich vorstellen, es haben sich ganz viele, ohne dass wir eine Ausschreibung vorgenommen haben, aktiv initiativ bei uns beworben. Was die Kompetenzen, die diese Kandidaten mitbringen, angeht: Dort geht die Selbst- und Fremdreflexion auf das, was man kann, mitunter weit auseinander. Das kann man alles in einem vernünftigen Ausschreibungsverfahren lösen. Ich bin auch dafür, dass, sobald es sinnvoll möglich ist, diese Ausschreibung alle Kandidaten berücksichtigen sollte. Man sollte aber auch, aus meiner Sicht als Verwaltungsrat, überlegen, was ein richtiges Profil ist. Ich glaube nicht, dass der beste Journalist unbedingt der beste Intendant ist. Insofern muss man prüfen: Was braucht ein Intendant, damit er in allen Bereichen gut aufgestellt ist?

Zur Kostensteigerung Digitales Medienhaus hatte ich etwas gesagt. – Den aktuellen Stand hatte Dr. Schulte-Kellinghaus schon genannt. – Vielleicht noch eine Sache zur Besetzung der Gremien und zur öffentlichen oder nichtöffentlichen Tagung. Sie müssen sich vorstellen, im Verwaltungsrat reden wir über konkrete Zahlen. Wir reden über konkrete Personalvorlagen. Wir reden über den Stand von Tarifverhandlungen. Das sind viele Sachen, sehr viel mehr Sachen, weil es auch zum Schutz des RBB, der Entwicklung oder der unternehmerischen Entscheidung für den RBB nicht sinnvoll ist, das in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Was man in jedem Fall andenken kann, ist, über unsere Arbeit transparenter auch im Haus zu informieren. Das fände ich wichtig, weil viele gar nicht wissen, mit was wir uns befassen und wo wir vielleicht auch unterschiedliche Auffassungen haben. Ich bin auch der Meinung, dass die Zusammenarbeit mit dem Personalratsvertreter im Verwaltungsrat nicht gut lief. Ich habe gegenwärtig mit der Personalratsvorsitzenden eine sehr konstruktive und gute Zusammenarbeit. Ich halte es auch für wichtig, zukünftig, und so kenne ich es auch aus anderen Tätigkeiten, dort, wo es sachgerecht und sinnvoll ist, unter anderem dann auch in einer Findungskommission, Personalvertretungen genauso einzubeziehen und anzuhören. Inwieweit das immer geht, ist auch die Frage, inwieweit die Interessen der einzelnen Personalvertretungen – – Zumindest ist mir auch bekannt, dass die Freien und die Festen mittunter nicht mit einer Sprache

sprechen und das dann natürlich eine zusätzlich Komplexität und Herausforderung mit sich bringt, wenn man zu Entscheidungen kommen muss. – Ich hoffe, ich habe nichts vergessen. Meine Verantwortung habe ich, denke ich, auch dargestellt. Ansonsten fragen Sie gern noch mal nach. – Danke schön!

**Christoph Reinhardt** (Vorsitzender Freienvertretung im RBB): Es gab eine große Frage, die praktisch von allen gestellt wurde: Was sind denn jetzt Ihre Vorschläge im Konkreten? – Darauf gehe ich gerne ein. Herr Goiny hat nichts gefragt. Er hat eine Vision angemalt: Die Belegschaft übernimmt die Leitung des RBB. – Das ist genau so ein stehender Spruch bei uns in der Freienvertretung. Wenn wir wieder mal verzweifelt sind, sagen wir: Ach, lasst uns doch als nächste Intendantin bewerben, so als Kollektivorgan, zu siebt. Das ist dann ein Demokratieschub, und wir wissen sowieso immer alles besser, dann wird es schon gehen. – Der Nachteil wäre natürlich, dass wir dann, das sieht jetzt auch schon langsam nach Ironie aus, nicht mehr die Freienvertretung sein könnten, und das wäre sehr schade. Das sind haufenweise Interessenskonflikte. Die Kernfrage: Wie soll denn der RBB aufgestellt sein? – kann man vielleicht gut in der Geschäftsleitung anfangen. Ich freue mich immer, gerade in den letzten Wochen. Als Herr Schulte-Kellinghaus zu uns ins Haus kam, habe ich mich auch gefreut. Da hat er gesagt: Es ist komisch, dass die Freien durchschnittlich so viel weniger verdienen als die Festen. Es müsste doch eigentlich umgekehrt sein. Beim NDR war es wohl auch eher so, und in fast allen ARD-Sendern ist es auch so. Dann ist es fünf, sechs Jahre verschütt gegangen, dass wir das nur im Prinzip gemeinsam gut finden. Wir haben es aber nicht auf die Straße bekommen.

Intendantinnensystem, Intendantensystem abschaffen, reformieren, auf den Prüfstand stellen, das ist genau der Punkt. Dass wir jetzt so viel nur über diese eine Wahl, heute oder wann auch immer, zur Interimslösung sprechen, ist eigentlich Energieverschwendung. Es geht doch darum, eine Geschäftsleitung selbstverständlich kollegial aufzustellen. Diese Intendantenverfassung ist, glaube ich, eine Berliner Erfindung aus den Zwanziger- oder Dreißigerjahren. Der Rundfunk ist hier erfunden worden, und da kam einer vom Theater, der war der Intendant gewesen. Bis heute sind alle ARD-Leitungen Intendanten, und darüber gibt es nichts wegen der Rundfunkfreiheit. Da gibt es keine Oberbehörde, die aufpasst. Der Vorstand, das, was in Unternehmen da ist oder was das Präsidium in der Universität ist, bei den unabhängigen Gerichten ist es noch mal anders aufgestellt, hat diese Ausnahmefunktion, die sich in den letzten hundert Jahren überholt hat und dringend reformiert werden muss. Da sind wir, glaube ich, ganz einer Meinung. Das kann man unterschiedlich ausgestalten. Da sind auch Sie gefragt. Da geben wir auch gerne eine Stellungnahme ab. Ich denke, da kann man fünf Bereiche machen. Jemand, der für das Programm zuständig ist und dann vielleicht auch besonders beaufsichtigt wird. Er wird vom Rundfunkrat gewählt, klar, würde ich sagen, aber ist dann zum Beispiel dem Redaktionsausschuss so etwas wie Rechenschaft schuldig. Und wenn dann jemand kommt, der nicht das Vertrauen der Redakteure im Haus hat, dann ist das vielleicht nicht die richtige Person. Ein schönes Vetorecht verschafft der Interessenvertretung Augenhöhe. Jemand, der für Wirtschaft und Finanzen zuständig ist. Ich weiß nicht, ob der Rundfunkrat da überhaupt das richtige Gremium ist, so jemanden zu wählen. Das könnte der Verwaltungsrat tun, der auch zuständig ist, und der hat dann jemanden in diesem Vorstand, der direkt angebunden ist und direkt an den Verwaltungsrat berichtet. Für Produktionen muss es jemanden geben, jemand, der sich mit Technik auskennt und Verantwortung übernimmt. Dass das Justizariat direkt in der Geschäftsleitung bei der Intendanz angebunden ist, halte ich für einen Konstruktionsfehler. Dass Frau Lange – – Bei aller persönlichen Wertschätzung, mir wäre es lieber, die Justiziarin würde vom Verwaltungsrat berufen und müsste dem auch berichten und würde ein anderes Interesse an die Rechtmäßigkeit des Handelns der Geschäftsführung haben als nur ein funktionierendes Rädchen zu sein, das dafür sorgen muss, dass die Beauftragung der Berater einigermaßen rechtssicher erfolgt, aber eben mehr aus Dienstleisterperspektive. Das kann man so oder anders machen. Die Hochschulen sind da sehr autonom, aber dass die Checks and Balances schon in der Geschäftsleitungsebene sein sollten, finde ich eigentlich selbstverständlich.

Verwaltungsrat paritätisch – habe ich ganz kühn gesagt. Ich habe auch mal Politik studiert, und da haben wir das in der Geschichte der Montanmitbestimmung gelernt, dass sich das da bewährt hat. Wir sind ein systemrelevanter Bereich. Es ist nicht mehr Kohle und Stahl, es ist Information und Analyse. Die Gesellschaft hat ein Interesse daran, noch anders als in der Privatwirtschaft, dass das auch funktioniert. Deswegen geht es, glaube ich, ohne Belegschaft nicht. Das hat sich jedenfalls, so wie es jetzt war, nicht bewährt.

Rundfunkrat – ganz wichtig: Was in der AG dann die Eigentümerseite im Verwaltungsrat ist, das muss der Rundfunkrat sein, also der Eigentümer des Senders. Niemand Richtiges ist verantwortlich dafür, dass da die richtigen Repräsentanten geschickt werden. Ich bin natürlich gerade in diesen Wochen, wo es so sehr darauf ankommt – – Für Herrn Gläser ist das heute einfach ein schöner Tag, weil er es schon immer gesagt hat. Wir müssen akzeptieren, er hat nicht in allem recht, und die Kritik und gerade die Abschaffung ist nicht korrekt, aber an der Stelle der Kontrolle haben wir alle keinen guten Job gemacht. Ich führe es noch mal aus. Das darf auf keinen Fall passieren. Wir sind in einer Krise. Darum möchte ich auch Herrn Goiny



zurufen: Lieber ein bisschen größer denken, und darum würde ich Sie auch bitten, nicht einfach den Staatsvertrag von oben nach unten durchlesen und paar Anmerkungen dranschreiben: Wie könnte man das noch retten oder ein bisschen aufmuskeln? – sondern noch mal neu denken: Wie muss man das aufstellen? – also den Rundfunkrat nicht einfach nur vergrößern. Von mir aus können da gerne fünf weitere Personalvertreterinnen und Personalvertreter rein, die aus verschiedenen Bereichen des Hauses kommen, die sich in Cottbus auskennen und in Potsdam, und die sich in der Produktion auskennen und natürlich in der Redaktion. Der Redaktionsausschuss ist da auch hinzuzuziehen. Warum nur der Bericht der Intendantin als Standardtagesordnungspunkt im Rundfunkrat? Warum nicht gleich danach einen Bericht aus der Belegschaft und nicht die zwei, die vom Personalrat dazu verdonnert worden sind, dahin zu gehen und zu antworten, wenn sie gefragt werden oder ganz wichtig dazwischen grätschen müssen, wenn etwas gesagt wird, was falsch ist? Das ist doch ein Standardberichtspunkt. Dieses Gremium muss so ausgestattet sein, um systematisch das Know-how der Belegschaft einfließen zu lassen und auszuwerten.

Frau König und ich sind uns heute zum ersten Mal begegnet – unglaublich, aber wahr –, und das ist natürlich auch mein Fehler. Ich bin schon acht Jahre Freienvertreter. Ich habe mit vielen Rundfunkräten gesprochen, mit allen, die hier im Raum sind sowieso, und vielen anderen, aber mit Frau König nicht. Wie kann das sein? – Das ist ein Konstruktionsfehler, dass es da keine Koppelung gibt.

Die Eigentümerseite, unser Publikum, die Hörerinnen und Hörer, die User, wird nicht gut von uns bedient, und das ist jetzt mein Problem auch als journalistischer Mitarbeiter. Wir haben nur unsere Glaubwürdigkeit. Wenn die weg ist, dann haben wir nur noch Worte. Wir müssen diese Qualität liefern, und wir müssen uns gegenüber dem Publikum öffnen. Das ist jetzt als Plädoyer des Beschäftigtenvertreters vielleicht ein bisschen überflüssig, und das sollten lieber Rundfunkräte machen, aber so etwas wie Publikumsbeiräte, auch eine institutionalisierte Möglichkeit, direkt von Userseite in den Sender hinein, nicht über den Rundfunkrat, der alle paar Monate mal tagt, wenn nicht gerade eine Krise ist, brauchen wir auch.

Ganz wichtig – last but not least – ist: Im RBB gibt es Vertretungen für Feste, für Freie, die sich manchmal schwertun, es manchmal ganz gut schaffen, sich abzustimmen und das reinzutragen, aber auf Abteilungsebene, also da, wo die operative Arbeit ist, gibt es nichts Institutionalisiertes, was an den Universitäten der Fachbereich ist, wo eigentlich die Musik spielt, wo das Führungspersonal besetzt wird, wo die Etats verwaltet werden, haben wir null Mitsprache. Das war mal im SFB anders. Da gab es eine Dienstvereinbarung zu Berufsgruppen. Die hatten einen Sprecher und haben dem Personalrat zugearbeitet. Das ist ein bisschen was anderes als die Abteilungsebene, aber das war nah dran an der operativen Arbeit. Wir haben in der Freienvertretung so etwas Ähnliches, eine Struktur, dass wir möglichst in jedem Bereich, wo Freie eingesetzt sind, auch eine Sprecherin, einen Sprecher haben, die uns als Freienvertretung informieren können: Was ist denn da los? – und die auch ein bisschen den Puls da dranhaben. Wenn Herr Gläser fragt: Was ist denn da bei den Cutterinnen und Cuttern los? – Ja, da habe ich Leute, die kann ich fragen. So eine Struktur, dass die Leute auch Mitspracherechte haben und ihre Teamleiter selber aussuchen können oder wenigstens gefragt werden: Wie machen sich die Chefs denn so vor der Vertragsverlängerung? –, das darf keine einsame Entscheidung des Personalrats sein, wo es reiner Zufall ist, ob da jemand aus dem Personalrat gerade in diesem Bereich tätig ist und sich auskennt und angesprochen wird, uns fehlt diese

Struktur. Die kann man super im Staatsvertrag anlegen, wenn man es will. Ich kann Ihnen nur dazu raten.

Wir können über diese Ideen – – Das sind wirklich nur Ideen, und die Zeitungen sind auch voll damit. Über die Fachkompetenz in Gremien haben sich viele kluge Leute Gedanken gemacht. Das ist immer so eine Sache. Wählt man die Leute, dann haben sie nicht unbedingt Kompetenz. Darauf müssen wir, auch gerne gemeinsam, noch ein bisschen intellektuelle Anstrengung verwenden. Da stehen wir gerne zur Verfügung.

Ich schaue mir die anderen Fragen noch mal an. Die Aufarbeitung als Chance hat Herr King, glaube ich, nicht nur in meine Richtung gefragt, aber es hat hier, glaube ich, noch niemand so richtig darauf geantwortet. – Ja, Sie merken, ich glühe. Das ist die größte Chance, die wir seit Jahren haben. Seit acht, neun Jahren dümpelt die Vertrauenskrise der Öffentlich-Rechtlichen vor sich hin, und jetzt ist die Krise richtig ausgebrochen. Das ist natürlich sehr schade, dass dafür nicht die Freienvertretung gesorgt hat oder der Personalrat oder der Rundfunkrat oder Verwaltungsrat, sondern die Springer-Presse. Wir müssen aber dankbar sein. Ich bin dankbar, dass der Journalismus als Instrument hier auch gezeigt hat: Wir können Missstände aufdecken. Und dass wir jetzt im RBB nachklappen und uns alle ein bisschen schämen: Warum haben wir das denn nicht früher gemacht, es gab doch schon, was wir auch wussten? – das soll uns eine Lehre sein. Ich verspreche mir wirklich viel davon mit Ihrer Hilfe.

Das führt mich zu der Frage: Welche Warnungen gab es denn, die da nicht weitergeleitet oder ernstgenommen wurden? – Mich hat es sehr gefreut, als der Businessinsider mich anrief und fragte: Wir haben gehört, da ist etwas mit Kameraleuten. Die sind da und bekommen auch Geld, weil sie Bestandsschutz haben. Es gibt diesen Tarifvertrag, aber sie werden gar nicht eingesetzt. Auf der anderen Seite drehen die Reporter widerwillig mit Smartphones irgendwelche Pressekonferenzen mit, oder wenn es nach 21 Uhr ist. Ich war bei den Koalitionsverhandlungen, das ist schon ein bisschen her, da war ich dann plötzlich als Hörfunker alleine und musste das Fernsehen versorgen, weil das Team nach Hause gefahren war. Die Kameraleute sitzen da aus strategischen Gründen. Wir haben das immer wieder vorgebracht. Gestern, sehr respektabel und ehrenwert, hat der Interimsintendant auch mal das direkte Gespräch mit dem Bereich der Kameraleute gesucht. Wie kann man das denn konkret lösen? Das sind hohe Summen, die da einfach verbraten werden, und es geht auf Kosten der Qualität. Ist das ein Missstand, von dem man dem Rundfunkrat hätte Bescheid sagen müssen, dem Verwaltungsrat, oder wo er drauf reagiert hätte? Ich bin nicht auf die Idee gekommen, dass das Herrn Goigny interessieren könnte, sondern meine Vorstellung ist: Er sagt, das muss die Intendantin klären. Im Quartalsgespräch haben wir das auch vorgebracht, und die Ansage war: Nein, das ist eine Entscheidung von Herrn Augenstein, und so machen wir das. – Die Fünf-Tages-Prognose für Produktionsbeschäftigte, neue Leute, die im nichtprogrammgestaltenden Bereich arbeiten wollen, neue Cutter, neue Kabelhilfen, neue Kameraleute, werden maximal fünf Tag im Monat eingesetzt. Das heißt, sie können nicht unter den Schutz des Tarifvertrages fallen. Das ist Tarifflicht. Das finden wir überhaupt nicht gut. Das findet die Gewerkschaft auch überhaupt nicht gut. Mir sagen auch etliche Hauptabteilungsleiter: Das finden wir auch nicht gut, aber es kommt von oben. Das ist die strategische Entscheidung. Arbeitsrechtliche Sicherheit geht vor. – Das ist bedauerlich. Wir sind da gegen eine Wand gelaufen. Ist das ein Missstand? Ich kann noch über Sozialabgaben, die abgeführt werden müssten – – Und dann trickst man herum und sagt: Das sind unständig Beschäftigte, obwohl es Dauerbeschäftigte sind. Leider haben wir es als Freienvertretung nicht geschafft, den Prüfdienst der Rentenversicherung loszuschicken. Er

ist dann zwar losgegangen, hat aber genau das dann nicht geprüft als er nach dem Fünf-Jahren-Turnus wieder da war. Würde das den Rundfunkrat, den Verwaltungsrat interessieren? Was ist mit dem Berliner Mindestlohngesetz? Das kommt hier aus dem Haus. Ist der RBB eine landesunmittelbare Anstalt? Das ist eine interessante Rechtsfrage. Sollte der RBB nicht, auch bei seinen Ausschreibungen für das Medienhaus, so etwas wie den Berliner Landesmindestlohn berücksichtigen, oder bei Fortbildungen, die er zahlt oder bei externen Dienstleistern, die Leute der Security, die Leute, die im Casino die Suppe auslöffeln? Das spielt keine Rolle. Ich finde, es ist ein Skandal. Wir Journalisten vom RBB arbeiten nicht mit Skandalen. Das wissen Sie. Wir haben auch Ihre letzte Diätenerhöhung nicht skandalisiert, weil wir das immer ausgewogen machen, das sage ich in Richtung Herrn Gläser. Wir hören beide Seiten. Das hätte man skandalisieren können. Dass „Springer“ das jetzt geschafft hat, für ein ganz normales lästiges Alltagsproblem diesen Umgang mit den Kameraleuten zu skandalisieren, freut mich sehr. Skandalisierung ist ein journalistisches Mittel, und in dem Fall hat es Erfolg gehabt. Leider sind die Nebenwirkungen sehr hoch. Danach hatte keiner gefragt, aber es sprudelt auch ein bisschen aus mir heraus.

Die Aufklärungskommission – da muss ich Herrn Schulte-Kellinghaus nicht ergänzen: Wir sind auch da einer Meinung. Wer die Idee als Erster gehabt hat, darum streitet man sich immer, wer der Urheber ist bei so guten Ideen. Dass sich das ein bisschen am „Spiegel“ orientieren könnte kam aus einer Belegschaftsversammlung. Seit Wochen schreiben wir gemeinsam an einem Aufruf: Leute, nennt doch mal Namen. Wen können wir denn da wählen für diese Kommission? In der Tat, wir warten auf die neue Führungsperson, die sich dann auch dahinter stellt. Bei dieser Beiratsidee ist es genauso. Wir sind jetzt ein bisschen aufgehalten im Aufklärungsehrgeiz, weil wir auf die neue Person warten.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Herr Reinhardt! Kommen Sie langsam zum Ende? Wir sind nicht unter Zeitdruck, aber ich habe noch drei Wortmeldungen, und es kommt noch eine Frageunde. Von daher haben Sie gleich noch mal die Chance, weiter darauf einzugehen. – Herr Reinhardt, Sie haben das Wort!

**Christoph Reinhardt** (Vorsitzender Freienvertretung im RBB): Herr Gläser hatte gefragt: Ist dieses Papier der Cutterinnen und Cutter authentisch? – Ja, das ist authentisch. Das sind die Probleme, und so etwas wird diskutiert. Was würden Sie tun als Intendant, das zu ändern? – Die Leute auf Abteilungsebene stärken, damit solche Papiere nicht nur irgendwo auf einer Internetseite versauern, sondern in die Geschäftsleitung und in die Gremien getragen werden. Das würde ich tun. Ich glaube, ich habe das Wichtige beantwortet, was ich typischerweise beantworten kann. Alles andere können Sie dann in der zweiten Runde noch nachfragen.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Bevor Herr Grimberg das Wort bekommt, müssten wir feststellen, dass wir die Sitzung verlängern. – Ich sehe einvernehmliches Nicken. Frau König geht in 15 Minuten. Ich sehe in Gesichter, die noch Fragen an Frau König haben. Deswegen würde ich Ihnen, Herrn Grimberg, gerne das Wort geben und dann aber direkt zu den Fragen an Frau König kommen, damit sie noch in die Beantwortung kann, bevor sie uns verlassen muss. Wir verlängern erst mal ohne Zeitvorgabe.

**Steffen Grimberg** (DJV-JVBB e. V.; Vorstandsvorsitzender Landesverband Berlin-Brandenburg): Ich kann mich gerne kurzfassen und versuche die wesentlichen Fragen zu beantworten. Wir werden auch alles in der Stellungnahme noch mal nachreichen. Wir haben als

DJV zum eigentlich gesetzten Termin Anfang September schon geantwortet, werden aber die noch aufkommenden Fragenkomplexe entsprechend bearbeiten und dann gerne nachreichen.

Vielleicht noch mal ganz kurz zu den Gremien: Ich hatte vorhin gesagt, es braucht eine Art Besinnungswandel. Da ist auch die Problematik, das ist hier gerade kurz aufgeschlagen, die Aufhängung der Gremien mit ihrer Hausnähe. Frau König hat gesagt, wenn wir eine Frage hatten, sind wir zur juristischen Direktion des RBB gegangen, und da ist natürlich das Hausinteresse dann da. Wenn die Gremien mit der Öffentlichkeit kommunizieren, läuft das über die Pressestelle des Senders. Das ist natürlich alles etwas, was dieses von mir eingangs skizzierte Zusammengehörigkeitsgefühl, nenne ich es mal ganz vorsichtig und höflich, man könnte aber auch sagen die Abhängigkeit in gewisser Weise befördert. Ich glaube, da muss tatsächlich eine separate Struktur geschaffen werden, möglichst schlank natürlich, damit das nicht noch horrend Geld kostet, die aber die Gremien ermächtigt, dort unabhängig von der Geschäftsleitung des Senders zu agieren. Ich kann mich sehr damit anfreunden. Ich halte das Intendantinnen- und Intendantenmodell auch in weiten Teilen für überkommen, weil die Komplexität, die heute im Management eines Hauses, das crossmedial aufgestellt ist, auf allen Hochzeiten tanzt, derartig komplex ist, dass das in einer einzigen Führungspersönlichkeit eigentlich auch nicht mehr abzubilden ist. Sie haben als Land, wenn man vom RBB mal weggeht, die Problematik, Sie haben Intendantinnen und Intendanten, die kommen aus dem Programm, die haben dann da wiederum Lücken, und dann gibt es andererseits Intendantinnen und Intendanten, die sagen: Na ja, bei Programmgeschichten hänge ich mich lieber nicht so weit aus dem Fenster, denn ich komme aus der juristischen Ecke, ich komme aus der Verwaltungsecke oder so etwas. – Das ist sicherlich dann nicht wirklich zielführend. Deswegen wäre ich für so eine Art kollektive Führung wie in einem klassischen Vorstand, der dann eine gemeinsame Verantwortung trägt. Das würde für uns im DJV in jedem Fall sinnvoll sein und von uns unterstützt.

Zu dieser Unabhängigkeit der Gremien gehört als eine weitere unabhängige Säule, das ist hier mehrfach schon gesagt worden, die unabhängige Compliance, die nicht unter der Intendanz oder dem Vorstand oder so etwas sein darf und nach Möglichkeit auch noch eine direkte Ombudsstelle zusätzlich haben sollte. Es gibt viele Anstalten, die machen so etwas dann auch mit der Innenrevision usw. Die Erfahrungen, die mir die Kolleginnen und Kollegen dort berichten sind allerdings so, dass das dann doch eher in einer untergeordneten Position oder Priorität läuft. Wir hatten es letztlich beim RBB auch. Da müssen wir nicht drum herumreden. Die Compliance-Beauftragte des RBB war bis vor Kurzem in erster Linie Datenschutzbeauftragte und hat meines Wissens da auch einen großen Teil ihrer Arbeitszeit darauf verwendet, und Compliance lief so mit.

Wie könnte man eine Zusammenarbeit, wie von Christoph Reinhardt angeregt, auch der Gremien untereinander unter verschiedenen Vertretungsorganen professionalisieren und vor allen Dingen verstätigen? Ich denke, das ist nichts für den Staatsvertrag, aber es gibt die Satzungen und Geschäftsordnungen der jeweiligen Organe. Da wäre denkbar, dass dort entsprechende Berichte vorgesehen sind, wie von Christoph Reinhardt angeraten. Man könnte auch jahresturnusmäßig gemeinsame Klausuren oder so etwas abhalten, um sich dort auch kennenzulernen. Ich muss gestehen, da bin ich jetzt auch ein bisschen baff, wenn du jetzt sagst, du hast Frau König heute das erste Mal live und in Farbe kennengelernt. Das ist dann sicherlich ein Manko.

Noch mal kurz zu den Unvereinbarkeitsvorschriften: Damit meinte ich, auch mit Blick auf Herrn Wolf, nicht irgendetwas, was in erster Linie mit dem Programm und dem inhaltlichen Output zu tun hat. Die dürfen natürlich gar nicht sein. Die habe ich beim RBB zum Glück allerdings auch nicht bemerkt, aber mit Blick auf Geschäftsinteressen, mit Verhältnissen, der RBB ist Mieter bei der Messe in verschiedenen Zusammenhängen usw. oder auch den noch offenen Fragen zu den Beratern rund um das Digitale Medienhaus, sehe ich Geschichten, wo eigentlich auch nach dem heutigen RBB-Staatsvertrag für mich definitiv ein Interessenskonflikt vorliegt und eigentlich die Ausschlussklausel, die es schon gibt, hätte greifen müssen. Da geht es eher wieder um die Frage der Anwendung und einer engeren Auslegung und Prüfung solcher Sachverhalte.

Zu Herrn Förster noch mal ganz kurz wegen Brandenburg: Ich meinte weniger umbaute Fläche mit Blick auf Studios, die in der Tat sehr ordentlich ausgestattet sind. Aber nehmen Sie zum Beispiel den Westen oder Teile des Nordens Brandenburgs, da sieht es schwierig aus. Die neuen Regionalreporterinnen und -reporter, die dort unterwegs sind, ob die das kompensieren können – Es geht darum: Wie viel Fläche habe ich denn im Programm über „Brandenburg Aktuell“ noch hinaus? Ich glaube, das ist eine spannende Aufgabe für alle, die künftig Programm machen, wie man da vielleicht zu einer von Brandenburger Seite dann ausgewogen betrachteten Berichterstattung kommt.

Hauptamtlichkeit mit Blick auf Gremien: Davon würde ich eher abraten, auch im Verwaltungsrat. Ich glaube, eine weitere hauptamtliche Struktur braucht es eigentlich nicht. Dafür gibt es Hauptamtlichkeit genug. Wir reden eigentlich beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk normalerweise davon, dass schon zu viel in der Verwaltung unterwegs ist. Jetzt sozusagen den Verwaltungsrat noch zu einem professionellen Organ aufzuwerten, würde da für mich abbiegen in die falsche Richtung bedeuten. Ich bin aber, das hatte ich schon eingangs gesagt, sehr dafür, in diesem ehrenamtlichen Gremium beim Ehrenamt nach bestimmten Qualifikationen zu gucken und die dann vielleicht tatsächlich zwingend im Staatsvertrag festzuschreiben.

Dann war noch gefragt worden: Wie ist das für die Mitarbeitenden im RBB? – Das war am Anfang sehr schwierig. Die Kolleginnen und Kollegen haben uns berichtet, dass sie sich quasi, ich sage es mal salopp, draußen nicht mehr sehen lassen konnten, weil sie natürlich bei kritischen Nachfragen, sei es bei Behörden, sei es bei anderen Unternehmen, gesagt bekamen: Räumt doch erst mal bei euch auf. – Das ist natürlich keine allzu gute Arbeitsgrundlage, wenn man kritische Recherchen betreibt. Ich glaube, dass sich das aber wieder, das ist ja immer eine Pendelbewegung, normalisiert, weil der RBB, ich sagte schon, durch seine hervorragende Berichterstattung in eigener Sache zeigt, dass da journalistisch gut gearbeitet wird und journalistisch eigentlich keinerlei Probleme bestehen, jedenfalls was den journalistischen Ethos des Ganzen angeht. Mit Blick auf die Zeit würde ich es dann damit erst einmal beenden.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Grimberg! – Ich habe fünf Wortmeldungen. Ich würde die Wortmeldungen bitten, gezielt die Fragen erst mal an Frau König zu richten, und dann würde ich noch mal aufrufen. – Herr Förster, gibt es eine Frage an Frau König?

**Stefan Förster (FDP):** Ich habe zwei Fragen und eine kurze Anmerkung. Sie hatten etwas zur schwierigen Findung der Intendanz gesagt. Ich bin ausdrücklich Ihrer Meinung, eine Lösung von außen hätte auch andere Diskussionen erspart möglicherweise. Also manchmal ist der

Blick von außen recht hilfreich. Von außen hätte auch ZDF oder Deutschlandradio bedeuten können. Das wäre deutlich im System gewesen und trotzdem von außen. Ich glaube, immer nur im eigenen Stall zu suchen, damit tut man sich keinen Gefallen, aber so ist das manchmal auch in Gremien.

Ich hatte die Frage zur Kanzlei Lutz|Abel gestellt, die Summen die im Raume stehen. Kann es sein, dass am Ende auch die Beitragszahler und der RBB mehr als eine Million Euro zahlen müssen, eine Größenordnung, die im Raume steht, wenn die Untersuchung abgeschlossen ist? Ich nehme an, die werden aus Altruismus keinen großzügigen Rabatt einräumen, 70 Prozent wie bei den Fahrzeugen oder so etwas, sondern die werden natürlich ortsübliche Stundenlöhne abrechnen, und da ist man bei diesen Kanzleien in einem sehr teuren Bereich. Auch die Frage, ob die Wirtschaftsprüfer, die bisher geprüft haben, Ihrer Meinung nach fehlerhaft gearbeitet haben, denn dann müssten Sie sie in Regress nehmen. Das sind alles unschöne Dinge, über die wir reden, die aber eigentlich rechtlich vollkommen korrekt waren und letzten Endes auch von den Wirtschaftsprüfern so durchgewunken werden mussten. – Danke!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Förster! – Frau Kühnemann-Grunow!

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD):** Vielleicht nur noch mal die Frage, die ich bereits gestellt habe, wie es mit der Novelle des Medienstaatsvertrags aussieht, mit der Stellungnahme bzw. Anhörung dazu.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Danke schön! – Dann hat Frau Ahmadi das Wort. Haben Sie eine Frage an Frau König?

**Gollaleh Ahmadi (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe eigentlich versucht, meinen Beitrag positiv zu richten, aber, Frau König, ich hatte auch gehofft, dass Sie heute etwas selbstkritischer mit uns sprechen. Das war nicht der Fall. Deshalb noch mal die direkte Frage: Wie wollen Sie in Zukunft solche Missstände verhindern?

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Herr Gläser, eine Frage an Frau König?

**Ronald Gläser (AfD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau König! Sie hatten über massive Störgefühle beim Medienhaus gesprochen. Ich würde gerne wissen, hatten Sie die eigentlich auch bei RBB Media? Da ist bei Business Insider heute früh schon wieder ein neuer Artikel gekommen. Ich frage mich, ist dieses ganze Geschäftsmodell von Ihnen eigentlich verheimlicht worden, oder kannten Sie das alles, und hatten Sie da auch solche Störgefühle?

Dann hatte ich nach dem Bericht des Rechnungshofs von 2018 zur Gehaltsstruktur beim RBB gefragt. War das damals Thema im Verwaltungsrat? Haben Sie damals darüber gesprochen? Können Sie sich daran erinnern? – Danke!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Herr Dr. King! Haben Sie noch eine Frage an Frau König?

**Dr. Alexander King (LINKE):** Ja, eine Frage hätte ich. Die ist auch kurz und ganz konkret. Es ist schon paarmal die Rede davon gewesen, dass es diese Ausschlussklausel gibt, die eigentlich hätte verhindert werden müssen, dass Herr Wolf sowohl Aufsichtsratsvorsitzender der Messe Berlin ist als auch Verwaltungsratsvorsitzender beim RBB. Was ich jetzt nicht so

richtig verstanden habe, ist: Warum hat es denn dann trotzdem stattgefunden? Warum war das so?

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Herr Förster!

**Stefan Förster (FDP):** Vielen Dank! – Ich hatte eine Frage vergessen: Wie geht es eigentlich mit der Geschäftsleitung weiter? Nehmen wir mal an, die Interimsintendantin würde heute gewählt werden. Es ist so, dass wir immer noch einen amtierenden Intendanten im Krankenstand haben, dass wir einen amtierenden Intendanten haben, der hier sitzt, der aber öffentlich erklärt hat, er wolle nur so lange im Amt bleiben, bis die Nachfolge gewählt wurde, vorhin aber sagt, das müssen wir alles mit der neuen Chefin besprechen. Wer ist denn eigentlich „wir“? Das ist eine Frage, die kann er nachher vielleicht selbst beantworten. Aber die Frage ist: Wie sollen die Vertragsverhältnisse mit der bisherigen Geschäftsleitung aufgelöst werden? Sie können schlichtweg nicht das Gremium so unverändert im Amt lassen für das eine Jahr oder wie lange auch die Interimsintendantin amtiert. Soll die selber entscheiden können, wen sie davon noch behalten will, oder wird der Verwaltungsrat quasi mit allen Auflösungsvereinbarungen entsprechend schließen? Es muss ja irgendwie die bisherige Geschäftsleitung aus dem Amt herauskommen.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Frau König, Sie haben jetzt das Wort!

**Dorette König (Rundfunk Berlin-Brandenburg; amtierende Vorsitzende des Verwaltungsrats):** Zur Kanzlei: Das waren die Kosten Lutz|Abel. Wir schließen nach jetzigem Stand aus, dass es siebenstellig wird, denn wir werden alles daran setzen. Ich hatte es so in den Raum gestellt als ich in Brandenburg gefragt wurde, dass ich es nicht sagen kann, und dann hat die Kanzlei gleich gesagt: Das ist illusorisch nach jetzigem Stand. Wir sind dabei, mit ihr trotz allem zu verhandeln, wenn es über einen längeren Zeitraum weitergehen sollte, wie man vielleicht dennoch Nachlässe oder uns entgegenkommen kann in Bezug auf Kosten. Aber nach jetzigem Stand sieht es nicht danach aus, dass wir diese Größenordnung erreichen.

Die zweite Frage war: Wirtschaftsprüfer bisher nicht in Regress? – Bis jetzt haben wir keinen, ich glaube, das habe ich vorhin auch gesagt, Anhaltspunkt, dass die Wirtschaftsprüfer in Regress zu nehmen sind. Es gibt dort immer Schwellen aufgrund der Größenordnung des Wirtschaftsplans, also des Etats, ab welcher Größenordnung ein Jahresabschluss wieder aufgemacht werden muss, und der Betrag ist deutlich siebenstellig. Erst wenn es Anhaltspunkte gibt, die in die Vergangenheit hineinreichen, müssten wir, wenn wir solche Erkenntnisse haben, auch mit den Wirtschaftsprüfern sprechen. Sie sind bisher nicht an uns herangetreten, sondern wir haben jetzt 2021 einen konkreten Anhaltspunkt oder im Managementletter einige Punkte benannt bekommen, wo wir mit Mazars im Gespräch sind.

Stellungnahmen zum Medienstaatsvertrags: Ich denke, es geht um den RBB-Staatsvertrag. Dort sind wir aufgefordert, bis 16. September unsere Stellungnahme auch als Verwaltungsrat abzugeben. Wir sind da gerade in der Abstimmung. Ich denke, dass wir das nächste Woche fristgerecht auch so finalisieren. Dort werden wir die Dinge, die ich heute hier auch angedeutet habe, mitteilen in Bezug auf die Ausstattung der Gremien, die Anforderungen an Kompetenzen für das Gremium bis hin, dass man überlegen könnte, ob man den Verwaltungsrat personell noch etwas aufstockt, um dann auch eine Ausschussarbeit, also in jedem Fall das Vier-Sechs-Augen-Prinzip, in einer Intensität zu Sachthemen durchgängig zu leben. Wir haben

auch hinreichend in Bezug auf die Stellungnahmen zum Medienstaatsänderungsvertrag diskutiert, da war ich in der Rolle der ARD-Vorsitzenden in der Gremienvorsitzendenkonferenz, dass wir es sehr begrüßen, dass im Medienstaatsänderungsvertrag die Rolle der Gremien geschärft wird, auch übergreifend, nicht nur in den einzelnen Landesrundfunkanstalten, die momentan ihre Aufgabe mitunter differenziert geregelt haben. Da finden wir eine Annäherung und auch ein voneinander lernen, natürlich von denen, die das sehr viel besser machen, sehr sinnvoll. Diese Feststellung, dass die Rolle der Gremien gestärkt wird, ist natürlich für uns Grundlage zu sagen: Wie könnte das laufen?



Da würden wir entsprechende Stellungnahmen abgeben, so wie es der Rundfunkrat ja auch macht. Selbstkritischer sprechen – ich nehme Ihre Wahrnehmung gerne auf. Ich habe eigentlich gedacht, dass ich in jeder Phase auch gesagt habe: Ja, ich übernehme die Verantwortung und bin auch bereit, so lange meinen Beitrag hier zu leisten, wie man meint, ich kann die Verantwortung tragen. Wenn man sieht, es schadet mehr, dann bin ich auch bereit, das zur Verfügung zu stellen. Ich kann Ihnen nur sagen, es gibt ganz viele Dinge, die wir aus meiner Sicht richtig gemacht haben, wo wir auch sehr kritisch nachgefragt haben, aber es gibt auch ganz klar Dinge, die nicht gut gelaufen sind. Ich nehme das gern mit, wenn Sie das so wahrnehmen, dass es nicht selbstkritisch genug war. Ich wollte das eigentlich rüberbringen und kann an der Stelle nur noch mal sagen, dass ich meine Verantwortung hier sehe und versuche, sie auch nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen.

RBB Media: Wir haben viele Dinge, die jetzt hochkommen, nicht gewusst. Da sind für uns Dinge neu. Im Übrigen, Herr Förster, hatte ich eine Frage zur Nähe von Herrn Wolf vergessen. Ich wusste nicht, dass Frau Schlesinger und Herr Wolf auch privat verkehren. Ich wusste nicht, dass sie zusammen in Urlaub fahren. Ich wusste auch nicht, dass es da noch andere Verbandelungen gibt. Ich habe mit Herrn Wolf nicht privat verkehrt und bin auch nicht in diesen Netzen, die Sie so angedeutet haben, in den andere Netzwerken. Ich bin in anderen Netzwerken, und da ist mir das nicht als Störgefühl aufgefallen. Ich hatte ein kritisch-konstruktives Verhältnis mit Herrn Wolf. Ich hatte viele bilaterale Abstimmungen und bin in einigen Dingen durchgedrungen, in anderen nicht. Insofern habe ich da auch eine Verantwortung wahrzunehmen.

Wie geht es mit der GL weiter, Auflösung der Vertragsverhältnisse? Es ist ja so, dass die Wahl und die Abberufung der Intendantin wie auch der Direktorin der Rundfunkrat macht und der Verwaltungsrat die vertraglichen Vereinbarungen macht. Ich habe jetzt in engem Austausch mit der Geschäftsleitung gesagt, es wäre mir sehr wichtig, nicht mit der Axt durch den Wald zu gehen, dass alle niederlegen, die im Übrigen dann widerruflich bezahlt freigestellt sind, die wir aber brauchen, wenn nicht Gefahr im Verzug ist, und das kann ich nicht erkennen, sondern ich kann eher erkennen, dass die jetzige Geschäftsleitung alles tut, um ihren Beitrag zur Aufklärung zu leisten, und sie mir an jeder geeigneten Stelle das Gefühl vermittelt, dass sie genauso wie wir als Gremien ihre Verantwortung trägt und sich in den Dienst des RBB stellt. Es ist dann auch so, dass in der Geschäftsleitung die unterschiedlichen Fachbereiche auch unterschiedlich von etwaigen Vorwürfen oder Mitwirkung oder fehlender Mitwirkung betroffen sein werden. Da sehe ich natürlich Bereiche wie das Justizariat oder die Verwaltungsdirektion anders betroffen als vielleicht den Programm- oder Technikbereich, aber genau das muss man sich anschauen.

Wie geht es weiter? – Das haben Sie jetzt auch mitbekommen: Es wird zu prüfen sein, inwieweit Pflichtverletzungen, grobe oder Pflichtverletzungen, zuzurechnen sind, was Auswirkungen auf vertragliche Vereinbarungen hat, und es gibt dann die Möglichkeit, Vertragsverhältnisse zu beenden mit allen Themen und Ansprüchen, die gegenseitig dann zu vereinbaren sind, oder ob man miteinander einen Weg findet, zukünftig zusammenzuarbeiten. Das wird aber bei einer Position der Geschäftsleitung nur dann gehen, wenn man als Person auch weiter wirksam sein kann für den RBB. Wenn Vertragsverhältnisse beendet werden, dann bedeutet das, dass auch Kosten entstehen, denn uns liegen gegenwärtig – sonst hätte man schon lange reagieren müssen – keine Erkenntnisse vor, dass wir die Vertragsverhältnisse fristlos aus wichtigem Grund beenden, und insofern finde ich es nur fair, dass man mit den Kollegen, die

auch die Bereitschaft entwickeln, hier mitzuwirken, solange es aus Sicht des RBB sinnvoll ist, fair spricht und überlegt, was ein guter Weg sein kann. – Ich hoffe, das waren jetzt alle Fragen, sonst gern noch mal kurz nachfragen!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Ich sehe eine Nachfrage bei Herrn Förster.

**Stefan Förster (FDP):** Weil Sie der Frage nach der Beendigung leider ein Stück weit ausgewichen sind, noch mal ganz konkret gefragt: Es ist doch kaum vorstellbar, wenn die neue Intendantin im Amt ist, dass Herr Brandstätter, der immer noch formal ihr Stellvertreter ist, dieses Amt weiter ausübt, bis er Ende April ausscheidet. Von daher muss doch das Arbeitsverhältnis irgendwie beendet werden. Das können Sie anderen ARD-Intendanten nicht antun und ist auch kein glaubwürdiger Neuanfang. Herr Schulte-Kellinghaus sagt selber, er wolle nur so lange im Team sein, bis die neue Intendantin da ist. Also Sie müssen sich doch Gedanken machen, wie Sie aus diesen Arbeitsverhältnissen rauskommen wollen, sonst verschleppen Sie den Neuanfang noch ein weiteres halbes Jahr.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Frau Kapek, zu Frau König?

**Antje Kapek (GRÜNE):** Und auch dazu, weil es eigentlich relativ klar geregelt ist: Er ist Verwaltungsdirektor, wird da gerade ersetzt, das heißt, wenn sich die Kaskade wieder rückabwickelt, weil es eine regulär gewählte Intendantin gibt, wird er wieder Verwaltungsdirektor und ist in dieser Position krankgeschrieben. Ich kann einen krankgeschriebenen Menschen nicht ohne eine arbeitsrechtliche Begründung einfach kündigen. Er hat selbst angekündigt, dass er seinen Dienstvertrag im Frühjahr beenden möchte. Mit Sicherheit kann man mit ihm darüber sprechen, ob dies früher geschehen soll, aber solange es im Rahmen des Prüfverfahrens keine juristische Begründung gibt, die dann auch hieb- und stichfest ist, zu sagen, ich spreche eine fristlose Kündigung aus, sind hier auch dem Verwaltungsrat die Hände gebunden. Ich will das nur einmal von der anderen Seite her umschreiben. Es ist ja nicht so, dass da jetzt alles wie Freiwild verhandelt wird, sondern es gibt da reguläre Verfahren, und ich kann die Leute auch nicht einfach rausschmeißen, wenn ich ihnen nichts nachweisen kann. Das ist ja einer der Gründe, warum wir gesagt haben, wir prüfen erst mal, ob es tatsächlich justiziable Vorwürfe gibt, die dann auch Konsequenzen erfordern.

Ich finde, es ist bedauerlich, dass Herr Brandstätter krank ist. Wir wünschen ihm trotzdem gute Besserung, und alles andere muss dann der Verwaltungsrat klären. Ich finde alle Fragen berechtigt, und ich glaube, es ist absolut klar, dass massive Fehler passiert sind. Das haben wir in gemeinsamen Sitzungen von Rundfunkrat und Verwaltungsrat jetzt auch an verschiedensten Stellen, teilweise sogar recht emotional, besprochen. Trotz alledem würde die Aufklärung, wie sie gerade erfolgt, nicht passieren, wenn beispielsweise Frau König nicht freiwillig so einen unfassbaren Einsatz leisten würde. Sie sagt, ich lasse meine berufliche Karriere und auch meinen täglichen Broterwerb ruhen, um quasi als Konsequenz des Geschehens der letzten Jahre hier zu sagen, ich fühle mich verantwortlich, und ich trage zur Aufklärung bei und das über die Maßen. Dafür muss man an irgendeiner Stelle auch mal Dankbarkeit zum Ausdruck bringen, finde ich. Ich sage das vor allem aus einem Grund: Man könnte ja andersrum sagen – die Forderung gab es ja auch schon –: Tretet doch bitte alle zurück, Rundfunkrat – alle zurücktreten, Verwaltungsrat – alle zurücktreten, Geschäftsleitung – alle zurücktreten! – Ist eine schmissige Forderung.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Frau Kapek! Gibt es eine Frage?

**Antje Kapek (GRÜNE):** Ich bin sofort fertig. – Letzter Satz: Das führt aber dazu, dass der RBB am Ende des Tages überhaupt nicht mehr geschäftsfähig ist, und vor allem dazu, dass null Aufklärung erfolgt, und das sollte meines Erachtens das oberste Ziel sein. Deshalb gerne Fragen stellen, aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten!

**Stefan Förster (FDP):** Ich hatte aber nicht das Rundfunkratsmitglied Kapek befragt, sondern die Verwaltungsratsvorsitzende König, und hätte auch gern eine Antwort an der Stelle. Es geht auch um den stellvertretenden Intendanten Brandstätter, nicht nur um den amtierenden Verwaltungsdirektor, der er dann wieder wäre.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Frau König für den Verwaltungsrat!

**Dorette König (Rundfunk Berlin-Brandenburg; amtierende Vorsitzende des Verwaltungsrats):** Ganz klar: Ich kann mir nicht vorstellen, dass Herr Brandstätter, der jetzt krank ist und bei dem auch noch nicht absehbar ist, wann er wiederkommt – dazu habe ich mit ihm gesprochen –, wieder in diese Rolle kommt, also überhaupt eine Rolle als Stellvertreter oder Verwaltungsdirektor wahrnimmt. Sein jetziger Dienstvertrag ist befristet, ich glaube, bis März oder April. Ich habe auch gesagt, und das möchte ich noch mal betonen, dass ich mir vorstellen kann, dass gerade Verwaltungsdirektion und Justizariat dort geeignet sind, die weitere Geschäftsleitung zu unterstützen. Ich sehe das etwas differenzierter – aber das entscheide ich auch nicht alleine – bei Programm und bei Technik, aber genau das muss man sich anschauen. Dann wird die Frage sein, wie wir beenden, inwieweit wir das auch so möglich machen, dass es fair und vertretbar, aber natürlich auch möglichst mit nicht zu hohem Aufwand für den RBB verbunden ist, weil auch vertragliche Regelungen bezüglich Ruhegeldregelungen usw. bestehen.

Dann war Ihre Frage – die hatte ich vergessen – nach der Doppelstellung von Herrn Wolf. Ich habe selber in meinem Zuständigkeitsbereich den Mietvertrag der Orchester und Chöre mit dem ICC gehabt und habe sehr kritisch hinterfragt, warum Herr Wolf dort bei der Verhandlung dabei war. Ansonsten habe ich keine Interessenkonflikte auch in Bezug auf IFA wahrgenommen. Er war sonst an Dingen – jedenfalls, was sich mir dargestellt hat – nicht beteiligt. Wir haben ja alle Interessenkonflikte im Rahmen unserer Verwaltungsratsstätigkeit anzuzeigen. Wir werden auch einmal im Jahr abgefragt, ob es Interessenkonflikte gibt, und das wurde dort auch von dritter Seite, also nicht nur von mir, so eingeschätzt. Bei dem Mietvertrag der Rundfunkorchester und Chöre im ICC fand ich es schon befremdlich und habe in meinem Zuständigkeitsbereich sehr kritisch diesen Mietvertrag hinterfragt, weil ich ja wusste, er war auch auf der anderen Seite beteiligt, aber da muss ich Ihnen sagen: Das ist eher für die Messe kritisch und für den RBB eine gute Regelung gewesen. Insofern kann man jetzt natürlich auch sagen, ich habe die Sicht des RBB geprüft, und aus Sicht des RBB ist dieser Mietvertrag für uns gut, um mit dem digitalen Medienhaus, mit der Baufläche weiterzukommen, und auch die Ansätze und Rahmenbedingungen sind eher für den RBB. Wir hatten ja Alternativangebote geprüft, die wir auch sehr kritisch gegengestellt haben. Es war das beste Angebot in dieser Situation, um die Orchester und Chöre unterzubringen. Insofern finde ich die öffentliche Berichterstattung dort nicht richtig.

Im Übrigen gibt es das auch bei ein paar anderen Punkten, wo wir, ich glaube, irgendwann dazu kommen, wenn man die Themen abschichtet, dass viele Themen überzogen, überspitzt und manchmal nicht in allen sachlichen Facetten in der Öffentlichkeit richtig dargestellt sind. Aber was natürlich sehr schwer wiegt, ist der Anschein der Nähe, der dann bei solchen Themen eine große Rolle spielt und ein großes Gewicht hat. Das habe ich geprüft und war deshalb der Meinung, dass der Mietvertrag trotz allem für den RBB sinnvoll und richtig ist und deshalb abgeschlossen werden sollte. Aber wir haben hier seine Rolle kritisch hinterfragt.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank! – Sind alle Fragen an Frau König so weit beantwortet? – Ich sehe Nicken. Dann bedanke ich mich bei Ihnen und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag. Schön, dass Sie hier waren! – [Dorette König (RBB): Danke!] – Wir machen weiter mit der Rederunde, wie sie eben begonnen wurde. – Frau Kühnemann-Grunow!

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD):** Vielen Dank! – Dann würde ich gern noch mal auf Herrn Schulte-Kellinghaus zurückkommen wollen. Wir haben inzwischen schon viel über Finanzen gesprochen. Dazu hatte auch Herr Förster etwas gesagt. Ich würde gern wissen, wie Sie die Rechtsfolgenabschätzung veranlasst haben und ob Sie schon etwas dazu sagen können, welche finanziellen Belastungen auf den RBB zukommen, einerseits aus der Kündigung der Intendanz und Geschäftsführung und andererseits der Neuordnung. Zum Abschluss 2020/21 würde mich interessieren, wie Sie die anstehenden Kosten vor dem Hintergrund des Jahresdefizits beurteilen.

Ich hatte bereits gefragt – aber darauf sind Sie nicht ganz eingegangen –, welche Auskunftsrechte der Rundfunkrat gegenüber der Intendanz hatte und haben soll und welche in der Zukunft ergänzt werden sollen, um Complianceanforderungen künftig besser einzuhalten.

Zur Novelle der Rundfunkstaatsverträge hatten Sie gesagt, dass es ein bisschen schräg ist, wenn sie selber sagen, was in den Bericht aufgenommen werden soll, weil letztendlich ja von denen die Kontrolle ausgeht. – Diese beiden Punkte wären mir noch mal wichtig. So weit erst mal.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank! – Dann hat Herr Förster das Wort.

**Stefan Förster (FDP):** Vielen Dank! – Es ist schon eine Menge abgeräumt und angesprochen worden. Ich will noch ein paar Punkte von Ihnen aufgreifen, Herr Schulte-Kellinghaus. Sie hatten das Thema Intendantenverfassung angesprochen und wie man das gestalten könnte. Ähnliche Überlegungen gab es auch von Herrn Reinhardt und Herrn Grimberg. Ich bin durchaus diskussionsbereit, wenn man sagt, das Modell in der bisherigen Form hat sich in Teilen überlebt. Das sehe ich auch so. Ich will nur darauf hinweisen: Wenn man zu einem vollkommen anarchischen Prinzip oder dem Prinzip eines gleichberechtigten Direktoriums zurückkehrt, dann hat man andere Probleme. Wir hatten das im Übrigen schon mal in der ARD bei Radio Bremen. Da war es über Jahrzehnte so, bis Radio Bremen vollkommen in der finanziellen Grütze war, das Direktorium sich vollkommen zerstritten hat, der Intendant überhaupt kein Weisungsrecht hatte, die Direktoren Entscheidungen blockiert haben und dann die Bremische Bürgerschaft das mit der Novelle des Mediengesetzes abgeschafft hat und Radio Bremen heute ein ähnliches Prinzip hat wie alle anderen ARD-Anstalten auch. Das muss nicht immer schiefgehen, aber insbesondere dann, wenn man das Team bunt zusammenwürfelt und vier oder fünf Leute auf Augenhöhe als Quartett oder Quintett zusammenarbeiten sollen,

muss das – Stichwort Räterepublik, Christian Goiny – nicht immer das erfolgreiche Modell sein.

Ich kann mir auch sehr gut vorstellen, dass man die entsprechenden Positionen im Direktorium ausschreibt und wenigstens nach fachlicher Eignung sichtet und dann aus diesem Pool Vorschläge gemacht werden und dass es möglicherweise noch ein weiteres Gremium gibt, das das bestätigen muss, dass es also Verwaltungsrat und Rundfunkrat bestätigen müssen oder wie auch immer oder dass es nicht unbedingt ausschließlich der Vorschlag der Intendanz ist, das zu machen. Es klingt immer sehr schön, Verantwortung auf breite Schultern zu verteilen, das muss dann aber auch klappen im Kollegium, und es muss am Ende auch das Kollegium insgesamt bereit sein, Verantwortung zu übernehmen, und da muss einer auch für den anderen einstehen, wenn man Verantwortung trägt. Dann kann es nicht sein, mit dem Finger auf andere zu zeigen und Entscheidungen zu blockieren. Die Gefahr besteht auch. Der SFB hat ja Erfahrungen damit, die haben mehrere Intendanten abgesägt. Lothar Loewe ist ein Beispiel. Ob das am Ende dem Programm und dem Ansehen des SFB in der Stadt gutgetan hat, sei dahingestellt. Am Ende war es der Aufstieg des privaten Rundfunks. 100,6 wurde dann Marktführer in Berlin. Das ist am Ende auch ein Stück weit das Ergebnis eines zerstrittenen Hauses gewesen, was der SFB Ende der Achtzigerjahre durchaus war. Das ist hinlänglich bekannt.

Dann will ich das Thema Umgang mit den AT-Verträgen und Außertarifverträgen aufgreifen. Soweit ich das verstanden habe, hat die jetzige bestehende Geschäftsleitung, also das Direktorium, freiwillig auf die Bonuszahlung verzichtet. Das ist mein Kenntnisstand. Herr Schulte-Kellinghaus, dazu können Sie gern noch mal etwas sagen. Bei den AT-Verträgen war zu lesen, es sollen bisher nur zwei darauf verzichtet haben. Können Sie sagen, ob das auch der Kenntnisstand ist, den Sie haben? Die Verhandlungen müssen in dem Fall ja die entsprechenden internen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen, die für Personal zuständig sind. Das ist ja bei den AT-Verträgen nicht Aufgabe des Verwaltungsrats und schon gar nicht des Rundfunkrats. Ich will aber an der Stelle ausdrücklich sagen: Man kann niemanden zwingen, einen AT-Vertrag mit Bonuszahlungen freiwillig aufzugeben, aber mein Appell an die Leute, die es betrifft, die vielleicht auch zuhören, ist: Die gegenwärtige Situation des RBB ist kein Spaß, und es ist auch keine Leichtfertigkeit, wo wir uns im Augenblick befinden in der Diskussion. Wer der Meinung ist, die Bonuszahlungen sind für die nächsten Jahre wichtiger als das Gesamtkonstrukt RBB, bei dem sollte man am Ende der AT-Verträge auch sehr genau überlegen, ob man diese verlängern muss. Wer sich in dieser Situation nicht so verhält, dass er auf die Bonuszahlungen freiwillig verzichtet, schadet dem Gesamtkonstrukt RBB, und das ist in keiner Weise zu tolerieren. Jetzt ist Verantwortung gefragt, auch von der zweiten Führungsebene, und da ist am Ende auch Maß und Mitte gefragt. Herr Reinhardt hat die Diätenerhöhung im Parlament angesprochen. Die Abteilungsleiter verdienen im Schnitt deutlich mehr als wir, mindestens die Hälfte bis das Doppelte mehr als wir, von daher ist das Thema Maßhalten immer – – Die Politik wird gern kritisiert, also kann man auch bei den Gehältern der zweiten Führungsebene beim RBB noch etwas runter. Auch wenn ich mir die Vergütungen der freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angucke, die sind ja ARD-weit nicht gerade üppig im Vergleich, und da muss man Checks and Balances auch an dieser Stelle wahren.

Dann habe ich mir noch die Frage aufgeschrieben – ich wollte diese Debatte nicht aufmachen und sie auch nicht führen, aber weil sie heute schon in der Diskussion war –, wie man geschlechtergerechte Ansprache in den Programmen wählt. Ich glaube, da geht es nicht darum, dass man Männer und Frauen adressiert. Frauen sind die Mehrheit der Bevölkerung, und dann

kann ich auch von Zuschauerinnen und Zuschauern sprechen. Das ist nicht das Problem, glaube ich, das wird ja auch gemacht. Ich glaube, es geht eher darum – das ist das, was der Kollege Goiny meinte, das findet leider auch in den Nachrichten statt –, dass bestimmte Begriffe gewählt werden, die einfach schludriger Umgang mit der deutschen Sprache oder journalistisch unsauber sind. Ich kann nicht von Nichtwählenden sprechen, sondern das sind Nichtwählerinnen und Nichtwähler, denn jemand, der nicht wählt, kann kein Wählender sein. Ich kann auch nicht von Studierenden sprechen, wenn sie sich in den Semesterferien befinden oder abends in der Kneipe sitzen. Dann sind es Studentinnen und Studenten, aber sie studieren ja nicht. Mitarbeitende, die abends zu Hause sitzen und eine Flasche Rotwein trinken, sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber sie arbeiten ja nicht mit in dem Moment. Das ist schlichtweg falscher Umgang mit deutscher Sprache, mit deutscher Grammatik, und so etwas hat im öffentlich-rechtlichen Rundfunk an der Stelle nichts zu suchen. Das kann man auch nicht dem Zufallsprinzip überlassen. Der Bayerische Rundfunk hat das ganz klar ausgeschlossen. Beim Bayerischen Rundfunk gibt es einen ganzen Volontärsjahrgang, darunter acht junge Frauen, die sich ausdrücklich gegen diese Art von Gendersprache gewehrt und gesagt haben, sie wollen das nicht im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Also immer zu sagen, die jungen Leute seien es, die das wünschen – da gibt es in der ARD auch andere Beispiele.

Dann hat Herr Reinhardt die Frage angesprochen, wie man im Hause selber möglicherweise investigativer mit den eigenen Versäumnissen umgehen und das möglicherweise lösen kann. Ich glaube, das wird schwer – Sie können mir gern eine andere Antwort geben –, weil man beim eigenen Haus immer mit angezogener Handbremse unterwegs ist und bestimmte Verantwortliche bestimmte Dinge nicht hören wollen. Der Fall Relotius beim „Spiegel“ war ja genauso einer, wo alle Alarmglocken hätten klingeln müssen und wo man am Ende in einer Situation war, die haarsträubend und hanebüchchen war, und trotzdem hat man nicht reagiert, obwohl auch beim „Spiegel“ die entsprechenden Hinweise vorlagen. So ist es hier vermutlich auch. Dass man hinterher nicht diejenigen im RBB kritisiert, die das nicht recherchiert haben – es ist ein ganz normaler Reflex, dass man im eigenen Laden nicht so genau hinguckt. Möglicherweise braucht es immer erst den Anstoß von außen. Das würde ich jetzt gar nicht als Kritik empfinden. Es ist schön, dass Sie es selbstkritisch sehen, Herr Reinhardt, aber das ist erst mal ein normaler Reflex. Auch die Frage – das geht in Richtung von Herrn Grimberg – von politischer Einflussnahme – Sie sagten, die hätte es nicht gegeben – ist natürlich ein Problem, das den öffentlich-rechtlichen Rundfunk immer begleitet. Ich erinnere mich, 2001 war ich noch beim SFB, das war kurz nach dem Sturz von Landowsky. Damals sagten die Redakteure von 88,8 vom Morgenprogramm „Guten Morgen, Berlin!“: Jetzt können wir endlich wieder ungehemmt berichten. Landowsky hat hier jeden zweiten Tag angerufen. – Der war doch Mitglied des SFB-Rundfunkrats. Der hat massiv Einfluss ausgeübt. Das wussten auch alle, und keiner hat es kritisiert. Das sind Zustände, die auch vor 20 Jahren schon geherrscht haben. Von daher muss man leider die Frage stellen: Ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk an der Stelle lernfähig, oder haben wir in 20 Jahren dieselbe Diskussion? Herr Grimberg, vielleicht haben Sie da ein Patentrezept, aber über diese Fragen von Einflussnahmen haben wir schon vor 20 Jahren diskutiert.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Förster! – Herr Gläser!

**Ronald Gläser (AfD):** Vielen Dank! – Vielen Dank, Herr Schulte-Kellinghaus, für Ihre Ausführungen! Ich hatte darauf hingewiesen, dass führende RBB-Repräsentanten enge Verbindungen zu Leuten in der Politik haben, sogar familiäre, was nicht verboten ist, aber schon

Fragen aufwirft aus Sicht des Staatsbürgers und Beitragszahlers. Ich hatte Sie gefragt, ob Sie verstehen, dass es problematisch sein kann, und ob das dem Anspruch des RBB nicht zuwiderläuft, vollkommen unabhängig zu sein, und was Sie gegen diesen möglicherweise falschen Eindruck unternehmen. Und ich hatte nach meinem Antrag auf Akteneinsicht gefragt. Den hatte ich schon vor einem Monat etwa gestellt – mit zwölf Punkten. Da würde ich gern wissen, ob Sie mir etwas dazu sagen können.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Dann ist Dr. King dran.

**Dr. Alexander King (LINKE):** Danke schön! – Ich glaube, ich bin der Letzte und will es kurz machen. Ich will mich erst mal bedanken. Ich fand es ziemlich instruktiv. Auch im Hinblick auf die Novellierung des Staatsvertrags waren sehr viele und sehr weitreichende Vorschläge dabei, die ich inspirierend fand. Ich nehme jetzt mal mit, dass das Intendantenprinzip – bei Ihnen nicht, Herr Förster – bei unseren Gästen nicht mehr so hoch angeschrieben ist, und das finde ich auch richtig. Darüber muss man auf jeden Fall nachdenken. Die Hauptamtlichkeit im Verwaltungsrat, die ja in der Debatte ist – ich habe es jetzt so verstanden, dass Sie eher nicht dafür sind.

Was die Mitbestimmung betrifft, haben wir sehr konkrete Vorschläge gehört, aber nicht von allen, von Ihnen, Herr Dr. Schulte-Kellinghaus noch nicht so sehr. Bei der partizipativen Führung, die Sie angesprochen haben, ging es mehr um den Vorstand anstelle von Intendanz und Direktorium, aber wir haben sehr konkrete Vorschläge gehört, wie wir die Mitbestimmung auf unterschiedlichen Ebenen jetzt stärken können. Da fände ich es interessant, wenn Sie dazu noch kurz etwas sagen könnten, ohne dass ich mich in Ihre Auseinandersetzungen, die vielleicht noch kommen, einmischen will.

Zu der ganzen Frage Einflussnahme: Ich finde, das ist nicht nur ein drolliges Thema, sondern wir haben ja den Fall NDR, und da würde mich jetzt schon interessieren, ob die Vorwürfe, die im NDR auch von den Mitarbeitern selbst recherchiert werden, zum Beispiel zum Thema Verhinderung kritischer Berichterstattung über den CDU-Ministerpräsidenten usw., in Ihren Diskussionen auch eine Rolle spielen.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank! – Dann habe ich die letzte Wortmeldung von Frau Kühnemann-Grunow.

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD):** Entschuldigen Sie vielmals! Das hatte ich dann doch noch vergessen. Ich habe noch eine Frage an Herrn Reinhardt. Wir haben viel über das Freienstatut gesprochen. Es gibt dazu auch eine Befassung des Parlaments und den Wunsch, in den Personalrat eingegliedert zu werden. Ich möchte trotzdem noch mal fragen, welche Sozialstandards für freie Beschäftigte aus Ihrer Sicht erreicht wurden, auch während der Intendanz von Patricia Schlesinger, und welche weiteren Schritte notwendig sind. Sie haben ja viel darüber gesagt, wie das Verhältnis ist, dass Sie Frau König heute zum ersten Mal getroffen haben. Das spricht auch Bände, dass es da kein Aufeinanderzugehen gab in der Vergangenheit.

Eine letzte Frage: Was meinen Sie, wie stünden die Freien – wir sprechen ja immer von den sogenannten festen Freien – zu Angeboten einer Festanstellung? – [Christoph Reinhardt (Vor-

sitzender Freienvertretung im RBB): Ich habe den letzten Teil nicht verstanden. Stimmen Sie zu?] –

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Den letzten Teil?

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD):** Was meinen Sie: Wie stünden die Freien oder sogenannten festen Freien zu Angeboten einer Festanstellung?

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Ich habe jetzt noch eine letzte kleine Wortmeldung von Frau Wolff.

**Dunja Wolff (SPD):** Eine letzte kleine Frage an Herrn Reinhardt. Herr Reinhardt! Ich würde gern wissen, wie Sie heute Abend den Unmut, der vielleicht noch mal aufkommen könnte, auffangen wollen. Heute Morgen war im Inforadio von unserem Mitglied des Rundfunkbeirats zu hören – Von der Moderatorin wurde noch einmal gesagt, dass es heute Abend diese Wahl geben würde. Sie hat noch einmal darauf hingewiesen, dass es das wohl heute dann auch zu Unmut führen würden, dass es zum Unmut der Belegschaft in dieser Form stattfindet. Wenn man weiß, es ist schon Unmut da, dann wird heute Abend noch mal einer draufgesetzt. Ich hatte auch von Ihnen verstanden, dass Sie im Grunde genommen schon gerne wollen, dass diese Umstrukturierung stattfindet. Aber heute Abend gibt es diese wichtige Wahl. Wie werden Sie darauf reagieren, und wie werden Sie diesen Unmut eventuell auffangen?

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Es gab einige Fragen. Wer von den drei Herren möchte anfangen? – Herr Grimberg!

**Steffen Grimberg (DJV – JVBB e. V.; Vorstandsvorsitzender Landesverband Berlin-Brandenburg):** Das kann ich gern machen, auch wenn ich oder wir aus Sicht des Deutschen Journalistenverbandes gar nicht mehr so konkret gefragt wurden. Wir unterstützen selbstverständlich die Aktivitäten gerade der Freienvertretungen, hier noch stärker eingebunden zu werden. Ich finde auch die Verständigung über das Prozedere, die in der Findungskommission erzielt wurde, vernünftig. Die tragen wir selbstverständlich mit. Dass es jetzt auch von mir bezüglich bestimmter Details des Verfahrens zu kritischen Nachfragen oder Anmerkungen gekommen ist, ändert nichts daran, dass wir grundsätzlich dahinterstehen. Der RBB braucht jetzt eine Lösung, und die ist mit so einer interimistischen Geschichte – das ist kein hundertprozentiges Endorsement von Frau Vernau – schon eine Bestätigung, dass wir es auch richtig finden, dass dort jetzt jemand geholt wird mit der Priorität der Aufklärungsarbeit, um dann eine Basis zu schaffen, auf deren Grundlage eine langfristige, zukunftsorientierte Lösung für den RBB erfolgen kann.

Eine kurze Anmerkung noch zu den AT-Verträgen. Das hatte ich jetzt gerade vergessen. Es wurde in der vorherigen Fragerunde von einigen gefragt. Bei den AT-Verträgen geht es vor allen Dingen auch darum: Sind diese AT-Honorierungen gerechtfertigt? Ich glaube, da muss noch mal genauer hingeguckt werden, und es ist sicherlich dann auch Sache der kommenden Geschäftsleitung, sich damit noch mal intensiver auseinanderzusetzen. Ansonsten kann ich zu den Gremien nur noch mal sagen: Ich empfehle so eine Art Dreierstruktur, hier das Haus mit seiner Geschäftsleitung, dort die wirklich davon distanziert aufgehängten Gremien mit einer eigenen – ich will es nicht Apparat nennen, weil das so negativ besetzt ist gerade im Zusammenhang mit öffentlich-rechtlichem Rundfunk – Aufstellung, die ihnen die Unabhängigkeit



auch in der Kommunikation nach außen ermöglicht. Sie als Rundfunkrätinnen und -räte, die teilweise unter den Anwesenden sind, wissen das. Die Rückkopplung der Rundfunkräte in die Gesellschaft ist auch noch ein ganz neues Thema, nicht unseres hier, aber das ist ein ganz großes Brett, das auch gebohrt werden sollte, denn auf dem Papier funktioniert natürlich diese gesellschaftliche Repräsentanz durch die Rundfunkräte, aber de facto, wenn man draußen aber mal Beitragszahlerinnen und -zahler fragt, ob sie schon mal davon gehört hätten oder vielleicht mal einen Rundfunkrat, eine Rundfunkrätin leibhaftig gesehen haben, sieht es schon ganz anders aus. Auch wenn ich Rundfunkrätinnen und Rundfunkräte frage, wie sie es beispielsweise mit ihrem Berichtswesen und ihren entsendenden Gremien und Organisationen halten, dann gucke ich da leider auch eher in viel zu viele fragende Gesichter, als dass mir jemand sagen würde: Ja, klar, wir machen das ab und zu. – Übrigens für die Autofahrer, schönen Gruß, der ADAC sitzt, soweit ich weiß, im MDR-Rundfunkrat. Also dafür ist auch gesorgt. Aber, wie gesagt, es sollte ein Dreiklang sein: die Geschäftsleitung, die unabhängigen Gremien und dann auch eine Compliance im Haus, eine Ombudsstelle, die ebenfalls unabhängig ist, weisungsungebunden von der Hausführung, ganz egal, ob es ein Vorstandsgremium wird oder bei einer Intendantin, einem Intendanten bleibt. – Das wäre es jetzt erst mal von mir, wenn es nicht noch konkrete Nachfragen gibt.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Grimberg! – Dann machen wir direkt weiter mit Herrn Reinhardt.

**Christoph Reinhardt** (Vorsitzender Freienvertretung RBB): Ich fange mit dem Schwierigsten an, mit dem Themenblock, investigativer unterwegs sein, mit angezogener Handbremse recherchieren oder die Arbeit machen oder auch Einflussnahme der Strukturen auf die Recherche, so, wie beim NDR: Das kann ich nicht gut beantworten. Für mich ist das eine Frage des individuellen journalistischen Berufsethos, und das sind Konflikte, die vor allem der einzelne Journalist mit sich selbst, in seiner Redaktion und sicher auch mit der Redaktionsleitung austragen muss, wo erst mal normal ist, dass man unterschiedliche Dinge für berichtenswert, für ganz banal oder aufgeblasen hält. Ich habe neulich mal, das ist schon etwas länger her, Frau Schlesinger getroffen: Aha, hallo! Wie geht es? Ach, Herr Reinhardt! Ich höre Sie immer so gern im Inforadio –, und ich habe gesagt: Ich arbeite auch gern für den RBB. Über Honorare reden wir heute mal nicht, aber man kann hier wirklich unabhängig arbeiten. – Das habe ich so gemeint und meine es auch heute. Ich bin keinen Gängelungen ausgesetzt, außer dieser Schere im Kopf, und dafür bin ich verantwortlich.

Als ich neulich im Frühsommer am Samstagmorgen auf dem Sofa lag und „Tagesspiegel“ las, und da stand diese Geschichte über Löffelhäppchen und einen Beratervertrag des Ehemannes bei der Messe. Das ist so langsam durchgesickert: Hoffentlich dementiert sie das. Das kann ja wohl nicht wahr sein. Habe ich damit eigentlich etwas zu tun? – Ich bin im Bereich Landespolitik tätig, die Messe ist ein Landesunternehmen. Ich war auch mal für die Wirtschaftsverwaltung zuständig, aber das ist eine Weile her. Was haben wir eigentlich in den letzten Jahren über die Messe gemacht? Was könnte die Gegenleistung sein für diese irre hohe Beraterhonorar, was man irgendwie rechtfertigen könnte? – Natürlich habe ich Kontakt zu den Kollegen aufgenommen: Hey, Leute! Habt ihr das gesehen? Was ist denn da los? Kann das auch auf uns zurückfallen? – Wir haben in letzter Zeit nicht viel über die Messe gemacht. Das hat auch damit zu tun, dass die Info (phon.) Wirtschaft einen Schwerpunkt hat. Das ist die Frage der Zuständigkeit, aber es ist eben auch die Frage nach der Schere im Kopf. Bei allem, was die Berichterstattung im RBB angeht: Im Medienausschuss sehen Sie uns, und die berichten davon, sonst nie. Es ist eine absolute Ausnahme, dass wir das mal machen, weil es auch sonst ein Fall für Jörg Wagner ist, der auf solche komplizierten Sachen spezialisiert ist. Und die Ansage ist natürlich immer: Wenn es um den RBB geht, bezieht die Pressestelle ein –, und es ist dann gar nicht so einfach zu arbeiten.

Ich glaube, die Zeiten sind jetzt andere geworden. Die Schere muss weg. Diesen Konflikt muss tatsächlich jeder Einzelne austragen. Es gibt den Redaktionsausschuss, der sich um solche Programmkonflikte kümmert. Da wird die Freienvertretung nur hinzugezogen, wenn es um existenzielle Fragen geht, wenn das freie Mitarbeiter sind, die dann nicht mehr on Air sein können, weil sie irgendwas auf Facebook gepostet oder eine Podiumsdiskussion moderiert haben. Dann geht es sofort an die Existenzgrundlage, und dann kommen wir mit ins Spiel. Dann organisieren wir da was. Aber diese Pressefreiheitsfragen diskutiert der Redaktionsausschuss und macht seine Arbeit, glaube ich, sehr gut und engagiert, wie die Kollegen beim Norddeutschen Rundfunk auch. Solche Konflikte gehören einfach dazu, und wir müssen sie immer wieder neu lösen, fürchte ich. Eine schwierige Frage und keine richtig gute Antwort.

Nach sozialen Standards, die sich unter Frau Schlesinger bei den freien Mitarbeitern entwickelt haben, hatte Frau Kühnemann-Grunow gefragt. Wir sind ständig an den Tarifverträgen dran, nicht die Freienvertretung, die ist nicht Tarifpartei, aber ich bin auch für die Gewerkschaften, für den DJV, da dran. Wir haben schon einige Verbesserungen gemacht. Dass die Lohnersatzleistungen – in Anführungszeichen – bei Krankheit nicht erst am vierten Tag der

Krankheit einsetzen, sondern am ersten Tag, haben wir, glaube ich, nach 2016 eingeführt. Bestandsschutz für nicht programmgestaltende Freie, so eine Alternative zur Festanstellungsklage für 500 Leute, war in der Zeit von Frau Schlesinger, ein ganz großes, wichtiges Ding, was den Sender für alle Reformen, die auch am Programm kamen, sehr befriedet hat. Das muss unbedingt auch bei den Programmgestaltenden in einer anderen Form, einer angemessenen Form, noch nachgerüstet werden. Das wird den Sender auch befriedigen. Da ist nicht nichts passiert, wenn das die Frage beantwortet.

Dass Fortbildungshonorare immer noch 75 Euro pro Tag sind wie 2015, als das eingeführt wurde, und dass die Honorare immer noch nicht erhöht worden sind, wissen wir alle hier.

Was halten die Freien von Festanstellung? Das war das, was ich akustisch nicht verstanden hatte. Ich weiß nicht, wenn der Rechnungshof den RBB mal prüft, ob er vielleicht dann zu der Erkenntnis kommt, dass der RBB 1 000 Stellen zu wenig hat. Das ist meine Überzeugung, und das sieht man, glaube ich, auf Anhieb. Die ganze ARD, auch das ZDF, hat diesen Umgehungstatbestand der festen freien Mitarbeit gefunden. Die KEF erkennt das an. Ich bin seit 1998 im Haus und gehe auch hier im Abgeordnetenhaus ein und aus, und ich gehe davon aus, dass ich das bis zu meiner Rente weiter machen will. Es ist kein Spitzenbedarf, den wir abdecken. Ich würde gern eine Zählstelle nehmen, und wenn ich dann ordentlich eingruppiert wäre, wäre ich auch zufrieden. Ich wäre gern festangestellt. Das ist nämlich viel besser. Man hat viel weniger Ärger mit der Krankenkasse, die Altersversorgung ist besser. Man kann Überstunden abrechnen, viel besser. Aber wir haben uns alle dieses System nicht ausgesucht, weder die Landtage, noch die Geschäftsleitungen. Wir müssen alle damit umgehen. So etwas wie Bestandsschutz tarifvertraglich zu lösen, würde große Teile dieses Konfliktes nehmen. Aber ja, die Festanstellung ist für die allermeisten eine gute Alternative. Die allermeisten werden nämlich schlechter bezahlt als die Festangestellten. Das ist auch ein Anreiz. Natürlich gibt es auch andere Fälle. Neulich habe ich mit großem Vergnügen eine Sondersendung gesehen, wo der Moderator erst mal Herrn Poschardt fragte: Na, was verdienen Sie denn so? – Dazu gab er keine Auskunft. Ich hätte den Moderator auch gefragt, was er verdient, denn der ist nicht arbeitnehmerähnlich, der ist darüber. Es gibt Gutverdiener, aber das breite Feld, um das wir uns kümmern, ist Normalverdiener. – Das zum Thema Festanstellung.

Wie kann man den Unmut aufgreifen? Sie meinen wahrscheinlich, über diesen Personalvorschlag der Findungskommission. Ich will diesen Unmut gar nicht aufgreifen. Wir sind dafür da, dass das, was die Belegschaft sagt, auch gehört wird. Vielleicht sollte man diesen Unmut verstärken. Der Rundfunkrat hat den Schuss offenbar nicht gehört, und die Findungskommission, da war Dagmar Bednarek drin, hat vertraulich getagt. Darum ist es immer schwer zu entscheiden, was dort wirklich besprochen wurde. Die Aussagen gehen auseinander. Wie kann der Rundfunkrat auf die Idee kommen, dass so ein Einpersonenvorschlag eine gute Idee ist? Ich gucke die Anwesenden hier an: An die Belegschaft ist das das völlig falsche Signal. Sogar meine Mutter, die hochbetagt ist, in Bremen lebt und das im „Weserkurier“ gelesen hat, hat gesagt: Das riecht doch nach Hinterzimmerkungelei. – Das hatte ich ihr nicht souffliert. So kommt das an, gar keine gute Idee. Jetzt die Idee, jemanden vom WDR, dort beurlauben und dann wieder zurück zu Buhrow – Ich glaube, als dieses Statement war, was vor allem als Tiefschlag für unsere Geschäftsleitung gemeint war, kam es bei den Beschäftigten als Tiefschlag gegen den RBB an. Die Vorstellung, dass jetzt die Demütigung vollständig sein soll, indem so eine Schlesinger-Gegenspielerin vom WDR, nachdem die schon den schönen ARD-Vorsitz bekommen hatten, ist einfach da, und das muss ich nicht mal unbedingt teilen. Ich

kenne den Personalvorschlag, aber ich kenne die Frau überhaupt nicht. Der Lebenslauf sieht exzellent aus. Klar können wir uns die Finger danach lecken, aber wenn es darum geht, das Vertrauen der Belegschaft in die neue Führung herzustellen: Entschuldigung! Das ist keine gute Idee. – Das muss der Rundfunkrat beurteilen, das wird er heute Abend machen. Wie viel Grund zu Unmut dann übrig bleibt, das werden wir dann sehen, und wir werden das in den nächsten Tagen und Wochen bearbeiten. Ich hoffe, morgen ist eine Beschäftigtenversammlung, und dann reden wir darüber.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Dann hat Herr Dr. Schulte-Kellinghaus das letzte Wort in dieser Anzuhörendenrunde.

**Dr. Jan Schulte-Kellinghaus** (Rundfunk Berlin-Brandenburg – RBB; Programmdirektor und geschäftsführender Intendant): Vielen Dank! – Ich würde gern, bevor ich zur Beantwortung der Fragen komme, noch zwei, drei Sachen zu Herrn Reinhardt sagen, denn er hat recht: Wir sind uns sympathisch, wir sind aber nicht in allen Sachen einer Meinung. Alle Vorschläge, die er hier gemacht hat, würde ich nicht eins zu eins unterschreiben. Deshalb ist mir eines ganz wichtig, und das habe ich auch immer in Belegschaftsversammlungen gesagt. Wir müssen stärker über Partizipation reden. Es ist mir aber ganz wichtig festzuhalten, dass es kreative Prozesse gibt, die man nicht demokratisieren kann. Das ist so. Über die kann man auch nicht abstimmen. Es gibt manchmal Situationen, in denen Ideen einen Welpenschutz brauchen, und die können dann nicht irgendwelchen Gremien ausgesetzt werden, und dann wird darüber abgestimmt. Deshalb habe ich immer ein Problem, wenn ich den Vorschlag höre: Programm und Partizipation, und dann gibt es ein Vetorecht. – Das würde ich zum Beispiel nicht sehen, aber dann wären wir jetzt schon wieder sehr im Konkreten, aber wir sind hier erst mal ganz grundsätzlich aufgefordert zu sagen, welche Themenbereiche Sie bei der Gesetzgebung vielleicht bearbeiten sollten.

Nur um hinsichtlich der bestandsgeschützten Kameralente konkret sein: Da hat Herr Reinhardt jetzt gesagt, Herr Augenstein wäre dafür verantwortlich. Das ist er nicht allein, das bin ich mit ihm zusammen, denn das ist das Thema in der digitalen Transformation: Wo setzen wir welche Ressourcen rein? – Nur, um ehrlich zu sein und nicht, um die Diskussion jetzt hier zu führen: Ja, es ging vom Programm aus zu sagen: Ist es sinnvoll, die Ressourcen in EB-Teams einzusetzen, oder können wir die nicht besser woanders einsetzen? – Dadurch ist diese Situation entstanden, von der ich gemeinsam mit Christoph Augenstein gehofft hatte, dass wir sie durch andere Formen der Beschäftigung oder durch andere Dinge gelöst bekommen, und das ist nicht passiert. Deshalb müssen wir jetzt noch mal grundsätzlich neu beginnen und mit den Redaktionen und den Kollegen von der Produktion und Kamera gemeinsam reden, denn so, wie es ist, das sehen wir alle, kann es nicht bleiben.

Dann noch zur Fünf-Tage-Prognose, auch nur, um unsere Differenzen klarzumachen: Das kann man nicht entscheiden, sondern nach fünf Tagen entstehen arbeitsrechtliche Ansprüche. Der RBB muss sich so organisieren, dass er nicht in solche Risiken läuft. Das ist der Hintergrund. Auch das ist schwer abzustimmen, sondern das ist einfach so.

Ich wollte nur einmal gesagt haben, dass wir durchaus einen differenzierten Blick auf diese Themen haben, auch wenn wir uns heute weitgehend einig sind, dass mehr Partizipation stattfinden sollte und dass es an der Zeit wäre, über diese Form der Intendantenverfassung nachzudenken.

Herr Gläser! Es tut mir! Ihren Antrag auf Akteneinsicht kenne ich nicht. Das holen wir nach. Dazu kriegen Sie eine Auskunft.

Zur Frage der familiären Kontakte: Na klar! Das ist ein Riesenthema für uns, und das ist ein Riesenthema wegen des Anscheins. Die Frage ist: In welcher Redaktion, mit welcher Aufgabe ist er betraut? Wie ist das familiäre Verwandtschafts- oder sonstiges Verhältnis? Was bedeutet das für den Anschein? – und zuerst mal für uns: Sind wir sicher, dass da unabhängig berichtet wird? – Das entscheiden wir von Fall zu Fall, und das besprechen wir auch mit den Kolleginnen und Kollegen von Fall zu Fall. Es geht natürlich auch die andere Perspektive: Es wäre überhaupt nicht im Sinne der Beitragszahler oder im Sinne des RBB, Spitzenleute nicht zu beschäftigen, weil sie irgendwelche verwandtschaftlichen Beziehungen haben. Das wäre auch Quatsch. Bernhard Vogel und Jochen Vogel haben gezeigt, dass man Geschwister sein und für die gegensätzliche Seite arbeiten kann. Das geht, und deshalb ist das eine Von-Fall-zu-Fall-Entscheidung, aber Sie haben gefragt, ob wir den Anschein ernst nehmen: Den nehmen wir sehr ernst.

Dann zur Frage nach der Belastung durch die Vorfälle in der Intendanz für den Wirtschaftsplan. Das kann ich noch nicht sagen, weil ich Lutz|Abel und die Kosten nicht abschätzen kann. Da ist nicht der RBB der Vertragspartner, sondern der Verwaltungsrat und die Compliance-Beauftragte. Frau König hat eben eine Hausnummer gesagt, aber das müssen wir schlicht abwarten. Ob es aus diesen vielen aufgeworfenen Vorwürfen und aus der Kündigung der Intendantin und was weiß ich, noch finanzielle Belastungen gibt, wissen wir nicht. Ich habe jetzt keine großen Anhaltspunkte dafür, aber der Jahresabschluss ist noch nicht festgestellt worden, weil die Wirtschaftsprüfer gesagt haben, wir warten mal ab, was da herauskommt, und dann wissen wir erst, ob und wie das finanziell zu bewerten ist.

Herr Förster! Genau das ist es: Der RBB muss entscheidungsstark bleiben. Wenn man jetzt sagt, wir verändern die Intendantenfassung, wenn wir über andere Formen der Partizipation und Mitbestimmung sprechen, ist das genau das Gegengewicht. Es darf nicht sein, dass man lauter Gremien schafft, die dann gegeneinander arbeiten und keine Entscheidungsmöglichkeiten mehr da sind. Auch deshalb bin ich beim Wort Vetorecht ein bisschen hellhörig geworden. Sie und wir müssen eine Lösung aushandeln. Gerade in der digitalen Transformation müssen verlässlich schnelle Entscheidungen getroffen werden, und das müssen wir uns alle erhalten.

Bei den AT-Verträgen habe ich es, Herr Förster, nicht als Frage verstanden, sondern als Statement. Bei Studierenden und Mitarbeitenden, das ist eher eine Redaktionskonferenz. Das würde ich hier ungern aufmachen. Ich kann nur sagen: Sprache entwickelt sich und dem wollen wir Rechnung tragen, und wir sind im RBB auch keine Sprachpolizei. Zwischen diesen Polen bewegt sich das. Wie gesagt, in den Nachrichten gendern wir nicht. – [Beifall von der SPD] –

Dann war noch das große Thema Einflussnahme, ob wer anruft und was weiß ich. Ich kann nur von mir selbst berichten. Als ich hier Programmdirektor geworden bin, hat mich niemand nach meiner politischen Einstellung gefragt. Es hat mich auch niemand gefragt, ob ich in einer Partei bin oder jemals in einer Partei war. Das fand ich sehr beeindruckend, und das hat mich bis heute niemand gefragt. Es hat mich als Programmdirektor auch bis heute niemand angerufen. Das stimmt nicht, ich hatte das eine oder andere Gespräch mit einem Bürgermeis-

ter, einer Bürgermeisterin, die die Darstellung bei Brandenburg Aktuell nicht in Ordnung fanden, aber es hat mich noch kein Politiker angerufen und gesagt: Machen Sie das so, oder machen Sie das nicht! – Wenn das so wäre, betrachte ich es als meine Aufgabe und vor allem als Aufgabe der Intendanz, und das ist es, die Politik aus dem Sender rauszuhalten, genau diese Einflussnahme zu verhindern. Das ist Aufgabe der Intendanz und der Führungsspitze. Ich kann aus meiner Perspektive der letzten sechs Jahre sprechen: Das hat bei mir keiner versucht.

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Dr. Schulte-Kellinghaus! – Wir hören jetzt noch das Wort des Senats dazu, und dann schließen wir unsere Anhörung ab.

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl):** Vielen Herzlichen Dank! – Ich mache es ganz kurz. Ich kann bestätigen, dass ich auch noch nicht bei Herrn Schulte-Kellinghaus angerufen habe, freue mich aber, ihn heute hier zu sehen. – [Heiterkeit] – Wir haben heute mit der Anhörung sehr wichtige Schritte und ein Verständnis für die Problemlagen entwickelt. Das ist sehr wichtig, weil wir mit der Reform des Staatsvertrags vorankommen wollen. Ich kann für uns in der Senatskanzlei sagen, dass viele Dinge, die hier angesprochen wurden, beispielsweise die Zusammensetzung und Professionalisierung des Verwaltungsrats und insgesamt das Thema Interessenkollision bei Gremienmitgliedern, Compliance und Vergütungsstrukturen, Themen sind, die wir auch auf unserem Zettel haben, um sehr bald eine überarbeitete Fassung vorzulegen. Wie ich eingangs schon gesagt habe, sind viele Dinge schon in der jetzt vorliegenden Fassung des Staatsvertrags berücksichtigt worden. Ich weise auf die Vertretung der Freien im Personalrat und auf Mitbestimmungsvorgaben hin. Auch die haben wir antizipiert und bereits in den Entwurf einbezogen.

Sie alle wissen, dass das weitere Verfahren auch deswegen komplex ist, weil wir zwischen zwei Regierungen und zwei Parlamenten eine Einigung finden müssen, und bei der Fülle an Themen, die Sie heute aufgerufen haben, ist deutlich geworden, dass das kein einfacher Weg ist, sondern wir noch viel diskutieren müssen. Deswegen bin ich sehr dafür, dass wir zügig vorankommen, neue Rechtsgrundlagen zu schaffen, aber mit der dafür notwendigen Gründlichkeit. Beides müssen wir in Einklang bringen, genauso wie wir die Beitragsstabilität auf der einen Seite genauso mit den Bedürfnissen, die sowohl die Mediennutzenden in unserer Stadt, in unserem Land, haben als auch mit den Bedürfnissen der Beschäftigten und des Senders selbst in Einklang bringen müssen. Es ist aus der heutigen Anhörung hervorgegangen, dass wir beides in den kommenden Monaten gemeinsam aufarbeiten müssen. – Von meiner Seite herzlichen Dank!

**Vorsitzende Derya Çağlar:** Vielen Dank, Herr Dr. Fischer! – Dann wären wir schon am Ende der Anhörung angekommen. Ich bedanke mich recht herzlich bei Ihnen und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag. Wir haben noch einen Tagesordnungspunkt. Sie können gern noch da bleiben, aber uns auch gern verlassen. Herzlichen Dank!

Die Beratung des Besprechungspunktes wird vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.